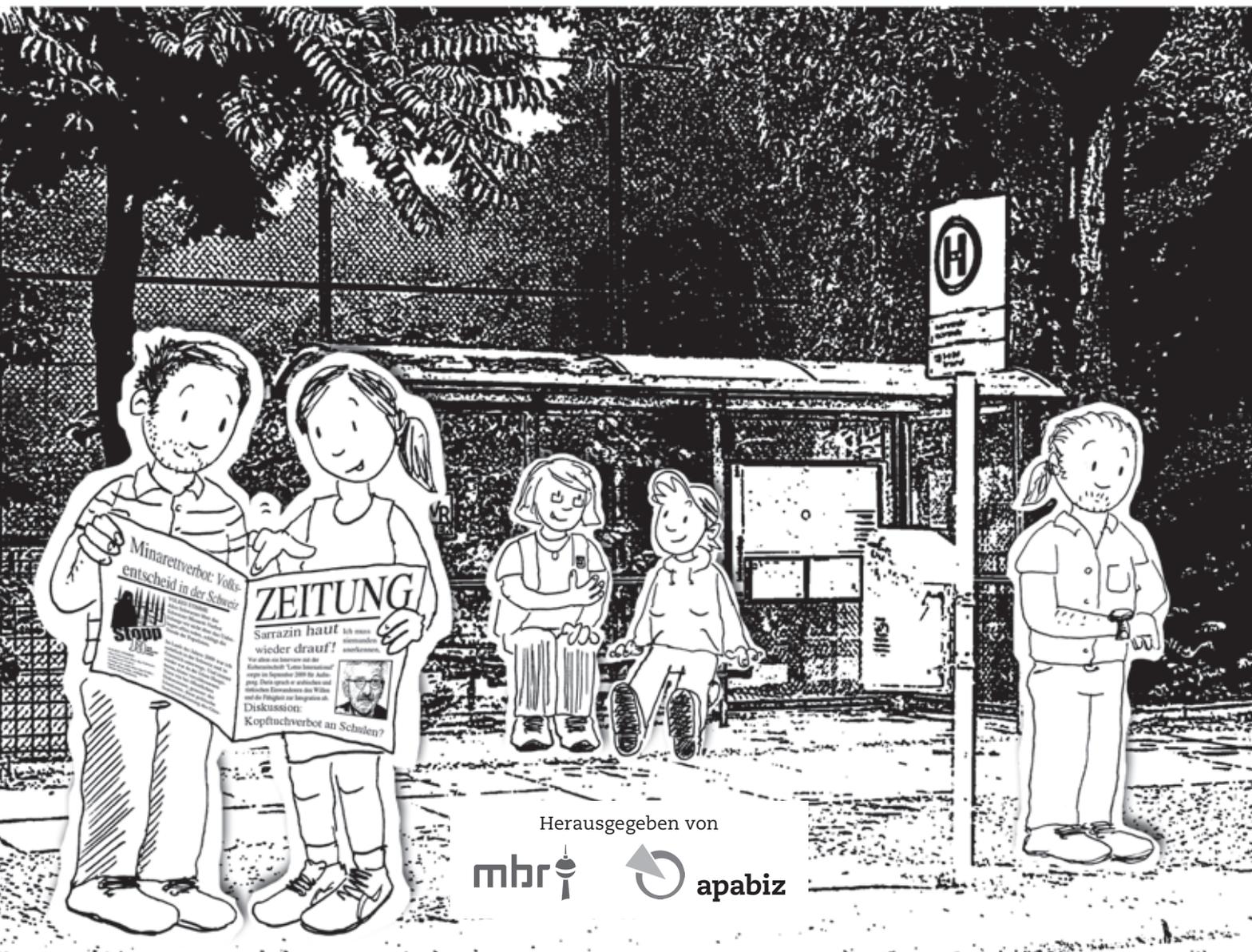


BERLINER ZUSTÄNDE 2009

Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus
und Rassismus



Herausgegeben von



apabiz

INHALT

-
- 48 Berliner Zustände 2009**
Chronik rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Angriffe und Bedrohungen – Von ReachOut
-
- 3 Vorwort**
von Alexander Häusler (Arbeitsstelle Neonazismus der FH Düsseldorf)
-
- 6 Einleitung**
von Annika Eckel (MBR), Eike Sanders und Ulli Jentsch (apabiz)
-
- 8 Ausgerastet – Der Bordsteinkick am S- Bahnhof Frankfurter Allee vor Gericht** von Nicole Walter
-
- 12 Unfähig und überfordert? – Die Berliner NPD möchte ihr Krise überwinden** von Yves Müller (Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse)
-
- 15 Die Berliner rechtsextreme Szene: Gewalttätige Aktionen und inhaltliche Schwäche** von Anne Benzing, Annika Eckel, Bianca Klose und Matthias Müller (MBR)
-
- SCHWERPUNKT**
-
- 22 Sind alle ›Islam-Kritiker‹ ›islamophob‹?**
von Ulli Jentsch und Eike Sanders (apabiz)
-
- 24 Islamophobie in Deutschland?**
von Eberhard Seidel
-
- 30 Ungebrochene Selbstidealisierung**
von Birgit Rommelspacher
-
- 35 Pax Europa Berlin: Islamfeindliche Politik in der „Multi-Kulti-Hauptstadt“**
von Ulli Jentsch (apabiz)
-
- 42 Fallzahlen: Grund zur Entwarnung?** von ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
-
- SERVICE**
-
- 58** Weiterführende Literatur
-
- 59** Projektadressen
-
- 60** Impressum
-

VORWORT

von **Alexander Häusler**

In dem diesjährigen Schattenbericht wird deutlich, dass sich auch in Berlin Wandlungsprozesse am rechten Rand widerspiegeln, welche sich seit einigen Jahren im europäischen Rahmen vollziehen.

Mit einer Fokussierung auf einen kulturelligios ummantelten Rassismus versuchen sich Teile der extremen Rechten an einer „Modernisierung“ ihrer Propaganda. Dabei droht das politisch inszenierte Schlagwort der „schleichenden Islamisierung“ zum Einfallstor von Rechtsaußen in die politische Mitte zu werden. Die gesellschaftliche Sprengkraft eines solchen antimuslimischen Rassismus zeigte Ende 2009 die Volksabstimmung gegen Minarettbau in der Schweiz, die Vorbildcharakter für die rechtspopulistisch modernisierte extreme Rechte in Europa hatte. Auch in Deutschland sind propagandistische Verschiebungen innerhalb der extremen Rechten zu konstatieren, die einhergehen mit einer Neuaufstellung der extrem rechten Parteienlandschaft.

Während die NPD die DVU geschluckt hat und damit versucht, das traditionsorientierte neofaschistische Lager erneut parteiförmig zu einen, strebt die so genannte PRO-Bewegung mit ihrer anvisierten Vereinigung mit den REP eine rechtspopulistische Modernisierung der extremen

Rechten an. Dabei ist jedoch die Moslemfeindlichkeit als Chiffre für einen mehrheitsfähigen Rassismus das einigende Banner. Denn auch die NPD ist nicht unbeeindruckt geblieben von dem ‚Erfolg‘ eines populistisch betriebenen antimuslimischen Kampagnen-Rassismus in Europa und versucht sich seit ihrem letzten Parteitag gar, anbietend an die in Österreich erfolgreiche rechtspopulistische FPÖ, als „soziale Heimatpartei“ zu inszenieren. Die PRO-Bewegung will als neue Rechtsaußengruppierung mit rassistischen Kulturkampfparolen ihren Wirkungsbereich von Nordrhein-Westfalen aus bundesweit ausdehnen.¹ Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin im Jahr 2011 möchte PRO antreten.

Im Unterschied zu offen neonazistischen und demokratiefeindlichen Parteien wie der NPD bekleidet sich die PRO-Bewegung mit einer rechtspopulistischen Hülle, wenngleich auch sie dem Lager der extrem rechten Parteienlandschaft entstammt und mit den anderen Rechtsaußenparteien um die Stammwählerschaft dieses

Lagers ringt. Dabei versucht PRO mit den propagandistischen Mitteln der „Protest-Inszenierung“ (Karin Priester), Rassismus und Nationalismus politisch als ‚plebiszitär‘ zu verankern.² Um sich selbst als moderne Rechtsaußen-Wahlgruppierung neu zu formieren, werden Begriffe der Bürgerinitiativ-Bewegungen für sich in Anspruch genommen – eine perfide Spielform der politischen Mimikry. So wird eine strukturelle Demokratiefeindlichkeit als eine ‚bürgerschaftlich‘ ausgerichtete Mogelpackung inszeniert, der Rassismus wird als ‚demokratisches Mitbestimmungsangebot‘ verpackt. Das Schüren von Ängsten und Vorurteilen gegenüber „dem Islam“ steht im Zentrum dieser rechtspopulistischen Agitation. Unterschriftensammlungen gegen Moscheebau und Minarette haben als Agitationsform einen besonderen Stellenwert in der Strategie dieses rechten Netzwerkes. Die klassische „Ausländer raus“-Parole wird dabei kulturalisierend verpackt als Kampfansage gegen die „Islamisierung unserer Gesellschaft“. Die Zuwanderung wird pauschali-

1: Vgl. AK Ruhr / LAGA NRW (Hg.): Rechtspopulismus in Gestalt einer Bürgerbewegung, online unter: <http://docs.google.com/viewer?a=v&pid=sites&srcid=ZGVmYXVsdGRvbWFpbXha3J1aHJ8Z3g6MjJhZGExM2I5NzJlYzkyZ2A>

2: Vgl. Karin Priester, Populismus als Protestbewegung, in: Alexander Häusler (Hrsg.), Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, Wiesbaden 2008, S. 19-36

sierend verknüpft mit der Religion, dem Fundamentalismus und der politisch motivierten Gewalt. In solchen Feindbild-Konstruktionen zeigt sich die Stoßrichtung dieser populistischen Kampagnen, der Rassismus wird religiös als „Kulturkampf“ verschleiert.

Mittels einer öffentlichkeitsorientierten Eskalationsstrategie wird ein solcher Kulturkampf inszeniert: Konflikte werden aggressiv rassistisch geschürt, um Aufmerksamkeit und Gegenproteste hervorzurufen. Dies wiederum bietet dann Anlass, sich als Opfer von „Meinungsdiktatur“, „politischer Correctness“ und „linkem Gesinnungsterror“ zu inszenieren und erneut den Grad öffentlicher Konflikte zu verschärfen. Ein solches Drehen an der populistischen Schraube ist Ausdruck einer Strategie, die auf Steigerung der Konflikte ausgerichtet ist. Dies funktioniert nach dem Prinzip rassistische Vorlage – antirassistische Reaktion – rassistische Antwort – Ausweitung der Konfliktebene im Sinne einer Fortsetzung auf ständig höherer Stufenleiter: Eine ritualisierte Inszenierung einer populistischen Eskalations-Schraube.

Damit einher geht die Forderung zum Austausch der Feindbilder: So interpretieren etwa



der PRO-Mäzen Patrik Brinkmann und sein Redenschreiber Andreas Molau „nicht die Juden, sondern die Muslime“ als das „Kernproblem“. „Die deutsche Rechte muss sich von ihrer Vergangenheit emanzipieren“, so die Erläuterung Brinkmanns zum Wandel der Feindbilder.³

Quo Vadis?

Derartige Entwicklungen erfordern Neuorientierungen im Umgang mit dem Kulturrassismus von Rechtsaußen: Das im parteipolitischen Geplänkel jüngst wieder hervorgehobene „Extremismus-Konstrukt“, das den rechten mit dem linken Rand gleichzusetzen bestrebt ist und proklamiert, die „wehrhafte Demokratie“ gegen die „extremistischen Ränder“ zu verteidigen, verfehlt in seinem ideologisch motivierten Impetus vollends die realen Entwicklungen. Denn gerade der kampag-

nenorientierte Kulturrassismus zielt auf die „politische Mitte“, indem er mehrheitsfähige rassistische Diskurse zur eigenen Neuverortung benutzt. Nicht die „extremen Ränder“, sondern die demokratischen Defizite im Zentrum des Politischen sind dabei die Sollbruchstellen für einen Rechtsruck.

Die Rechten sind real keine extremistischen ‚Aliens‘, die von außen in die intakte heimische Sphäre der Demokratie eindringen – sie sind vielmehr Teil dieser Gesellschaft und ziehen die Wirkungsmächtigkeit ihrer Kampagnen aus deren realen demokratischen Defiziten. Religiös verklusulierter Kulturrassismus, nationalistischer Anti-EU-Protest und Anti-Establishment-Gehabe von Rechtsaußen entfalten deshalb Wirkungsmächtigkeit, weil sie reale Probleme aufgreifen und mit simplen Feindbild-Projektionen politisch besetzen: Sie sind ein Seismograf für die Krise

3: Vgl. Alexander Häusler: „Von der Vergangenheit emanzipieren... Vom Antisemitismus zur Islamfeindlichkeit?“, in: ZAG Nr. 56/2010, S. 21-23



der Demokratie. Ein Blick über den nationalen Tellerrand zeigt beispielhaft an Ländern wie Italien und den jüngsten Wahlerfolgen in den Niederlanden und in osteuropäischen Ländern, dass die größten Herausforderungen nicht im Kampf gegen „äußerlichen Extremismus“ sondern in der schleichenden Implosion der Demokratie durch deren Transformation nach rechts liegen.

Die parteiförmige extreme Rechte in Deutschland hat dies zum Teil erkannt. Sie versucht die rechtspopulistischen Erfolge in Europa national zu importieren, indem sie sich auf hegemoniale Diskurse bezieht und diese kampagnenartig zuspitzt: Nicht von ungefähr wird der CDU-Slogan

von der „christlich-deutschen Leitkultur“ als Vorlage genommen für den neuen Leitspruch „Abendland in Christenhand“.

Hier liegen zugleich auch neue Herausforderungen für eine antifaschistische Arbeit: Der „Kampf gegen Rechts“ kann sich nicht auf die moralische Verurteilung beschränken. Vielmehr muss der extremen Rechten das politische Terrain auf neuen Ebenen streitig gemacht werden. Dies beinhaltet die Verstärkung eigener Auseinandersetzungen mit Integrations- und Demokratiedefiziten mit dem Ziel neuer Verständigungen. So steht auch die antifaschistische Auseinandersetzung mit der PRO-Bewegung in Nordrhein-Westfalen weiterhin

noch vor großen Anstrengungen. Dort zeigt die Erfahrung, dass notwendiger antifaschistischer Protest auf der Straße gegen kulturalistischen Kampagnen-Rassismus nur die eine Seite der Medaille ist. Er muss begleitet werden von inhaltlichen Auseinandersetzungen mit dessen Inhalten sowie der Bereitschaft von antirassistischen und antifaschistischen Initiativen, sich neuen Fragestellungen und politischen Herausforderungen gegenüber zu öffnen. Nur so kann unter emanzipatorischen Prämissen politisch wieder neues Terrain betreten und besetzt werden.

Alexander Häusler ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsstelle Neonazismus der FH Düsseldorf. Er ist Herausgeber der ersten wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der „PRO-Bewegung“ (siehe Literaturliste). In Kürze erscheint ein von ihm gemeinsam mit Jan Schedler herausgegebener Sammelband zu den „Autonomen Nationalisten“.

So kam etwa auf einer Podiumsdiskussion zur Tagung „Feindbild Islam“ im Herbst 2008 in Köln zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem als „Antiislamisierungskongress“ angekündigten rechtspopulistischen Spektakel großes Interesse an offenen Diskussionen zu bislang noch ‚dunklen Feldern‘ in der antirassistischen und antirassistischen Debatte im kommunalen Kontext zum Ausdruck. Vgl. hierzu den Tagungsband von Alexander Häusler/Hans-Peter Killguss (Hg.): Feindbild Islam. Rechtspopulistische Kulturalisierung des Politischen, Köln 2008 (erhältlich bei der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln).

EINLEITUNG

Von **Annika Eckel** (MBR), **Eike Sanders** und **Ulli Jentsch** (apabiz)

Vergangenes Jahr, in der Einleitung zum damaligen Schattenbericht, hatten wir davor gewarnt, vor-schnell über den offensichtlichen Niedergang der Berliner NPD zu frohlocken und zu glauben, der parteiförmige Teil des Rechtsextremismus sei drauf und dran, sich selbst zu erledigen: „Doch wenn es die Partei nicht mehr geben würde, bliebe immer noch die Bewegung.“

Heute sieht es so aus, als habe die NPD ihren Niedergang zumindest aufgehalten. Es dürfte aber noch einige Monate dauern, bis beurteilt werden kann, ob es dem neuen Berliner Landesvorstand wirklich gelingt aus der Talsohle heraus zu kommen. Tatsächlich gingen die entscheidenden, weil bedrohlichen, Aktivitäten im Jahr 2009 nahezu ausschließlich von den bewegungsförmigen Strukturen des Neonazismus aus – jenem Spektrum, dem die NPD als zu angepasst und bürgernah gilt. Und deren AktivistInnen sich in der Pose der militanten Politrebellen gefallen, als StraßenkämpferInnen, die jederzeit bereit sind, die politischen GegnerInnen auch körperlich anzugreifen.

Schwerpunkt Rassismus

Im vierten Jahr des Erscheinens der „Berliner Zustände“ beleuchteten drei Berliner Projekte sowie drei weitere Berliner AutorInnen die anti-muslimischen und/oder rassistischen sowie rechtsextremen Phänomene in Berlin, die Grund geben für eine kontinuierliche Auseinandersetzung. Die Berliner Zustände 2009 sollen Analysen aus der Hand von PraktikerInnen geben und alternativ zu staatlichen und medialen Sichtweisen die wesentlichen Entwicklungen und Tendenzen des letzten Jahres in den Blick nehmen.

Neben der Entwicklung der organisierten extremen Rechten und ihrer Aktionsfähigkeit im vergangenen Jahr werfen wir diesmal einen ausführlicheren Blick auf jenes Phänomen, das wir als antimuslimischen Rassismus bezeichnen (zur Begriffsdebatte siehe den Beitrag „Sind alle „Islam-Kritiker“ „islamophob“?“). Der antimuslimische Rassismus ist für die im Schattenbericht vertretenen Projekte bereits ein deutlich sichtbares Phänomen im Alltag der beratenden und dokumentierenden Initiativen und eine Herausforderung für die „Migrations-Hauptstadt“ Berlin. Mit der Schwerpunktsetzung möchten wir zu einer differenzierten Auseinandersetzung beitragen.

Weitere Artikel beschreiben wesentliche Ereignisse, die die Arbeit und das Engagement von Initiativen und Projekten 2009 geprägt haben.

So hat die Journalistin Nicole Walter ihre Eindrücke über den sogenannten Bordsteinkick-Prozess festgehalten. Sie hat den Prozess begleitet und beschreibt sachlich und gleichermaßen eindringlich die brutale Dimension einer Tat, die beinahe ein Menschenleben gekostet hätte.

Wie sehr inhaltliche Schwächen und gewalttätige Aktionen in der extremen Rechten zusammen gehen, zeigt der Beitrag der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR). Er beschreibt eine zunehmende Dynamik von Anfeindungen und Bedrohungen politischer GegnerInnen und eine neue Dimension der Anti-Antifa-Arbeit rechtsextremer Strukturen. Abgesehen von den personellen Zusammenschlüssen – wie der durch den Berliner Senat verbotenen Kameradschaft „Frontbann 24“ – wird deutlich, welche wichtige Funktion die Kneipe „Zum Henker“ in Schöne-weide für diese Dynamik hat. Ihre Außenwirkungen auf den öffentlichen Raum des Stadtteils sowie Berlinweit wird in dem Artikel ausführlich analysiert.



Aus der Perspektive des Projektes „Auseinandersetzung mit Rechts-Extremismus in den kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“ beschreibt Yves Müller in seinem Artikel die Verfasstheit der Berliner NPD im Jahre 2009 – ein turbulentes Jahr voll mit internen Streitereien, Austritten, Rücktritten und Skandalen, die zu einer öffentlichen und parlamentarischen Unscheinbarkeit der Partei beitrugen. Der Autor zeichnet die Entwicklungen des Berliner Landesverbandes unter dem damaligen Vorsitzenden Jörg Hähnel und der mit ihm (ehemals) verbündeten extrem rechten Gruppierungen und Personen nach, bis zum Februar 2010, als Uwe Meenen den Posten des Landesvorsitzenden übernahm. Eine inhaltliche Abkehr von der wenig bürgerlichen neonazistischen Linie der Berliner NPD ist aber auch unter Meenen nicht zu erwarten.

Was ist antimuslimischer Rassismus?

Unser Themenschwerpunkt „Antimuslimischer Rassismus“ wird mit einer Begriffsklärung eingeleitet. Daran anschließend zeichnet Eberhard Seidel in seinem Artikel „Islamophobie in Deutschland?“ nach, aus welchen Konflikten die Islamdebatte ihre Schärfe bezieht und warum wir uns die Antwort auf

die in seinem Titel gestellte Frage nicht einfach machen dürfen. In seine differenzierende Darstellung bezieht Eberhard Seidel, Geschäftsführer bei „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, vor allem auch die bei uns nur wenig bekannte niederländische Debatte mit ein, die den hiesigen Diskurs stark mitbestimmt hat.

Einen Teilaspekt der Kontroverse um „den Islam“ beleuchtet der Artikel von Prof. Dr. Birgit Rommelspacher, der bereits in der taz veröffentlicht wurde. Frau Rommelspacher kritisiert hierin diejenigen feministischen „IslamkritikerInnen“, die sich auf rassistische Argumentationen und Organisationen einlassen, um am lautesten Gleichberechtigung für MuslimInnen zu fordern. So wird nicht nur kulturalisierend pauschalisiert, sondern der Sexismus der Mehrheitsgesellschaft gerät ebenso zum blinden Fleck.

Das apaz legt in diesem Schattenbericht eine erste umfangreiche Dokumentation der „Bürgerbewegung Pax Europa e.V.“ vor, eine vor allem auch in Berlin aktive islamfeindliche Organisation. Pax Europa hatte im vergangenen Jahr mehrfach öffentliche Veranstaltungen durchgeführt, um auf ihren Kampf gegen die „Islamisierung“ Berlins aufmerksam zu machen. Dabei war sie zum Teil auf deutlichen Widerspruch antirassistischer Initiativen gestoßen,

so bei einer Kundgebung am 3. Oktober 2009. Der Artikel stellt die Politik und die Köpfe dieser Gruppierung, die in Berlin von René Stadtkewitz, Mitglied der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, geführt wird, vor.

In ihrem Beitrag „Fallzahlen: Grund zur Entwarnung?“ berichtet die Opferberatungsstelle ReachOut von den Zahlen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt des Jahres 2009. Auch wenn die von ReachOut dokumentierten Gewalttaten zwar fast um ein Drittel gesunken sind, stellt das Projekt umfangreich den Anstieg rassistischer Stimmungsmache in der Mitte der Gesellschaft dar. Die AutorInnen gehen deshalb auch der Frage nach, welche Wechselwirkungen rassistische Äußerungen wie die des ehemaligen Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin mit rassistischen Gewalttaten haben. Dazu wird wie in jedem Jahr ergänzend die ReachOut-Chronik rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Angriffe und Bedrohungen veröffentlicht.

Die Entscheidung, den Schattenbericht dieses Jahr mit einer Comic-Strecke statt einer Fotoserie zu bebildern, ist hoffentlich eine interessante Neuerung. Wir bedanken uns für Illustration und Layout bei den KollegInnen von 123comics.

AUSGERASTET

Der Bordsteinkick am S-Bahnhof Frankfurter Allee vor Gericht

Im Sommer 2009 wurde ein junger Mann in Friedrichshain von Neonazis attackiert und schwer verletzt. Nur die schnell herbei gerufenen Polizisten konnten verhindern, dass er mit einem Bordsteinkick auf den Kopf getötet wird. Die Täter kommen mit einem überraschend milden Urteil davon.

Von **Nicole Walter**

Es ist die Nacht vom 11. auf den 12. Juli 2009. Vier junge Männer feiern in der Diskothek „Jeton“ in der Frankfurter Allee. Es gibt eine Schaumparty in dieser Nacht, sie betrinken sich und verlassen das „Jeton“ erst am frühen Sonntagmorgen. Als sie kurz vor sechs Uhr die Frankfurter Allee in Richtung S-Bahnhof überqueren, fällt ihnen eine Gruppe von etwa zehn Jugendlichen auf, die ihnen zu folgen scheinen. „Thor Steinar – lass mal auf die Fresse hauen“, sollen sie rufen. Michael L. (23) trägt aus dem „Jeton“ kommend eine solche Jacke. Und unmittelbar vor dem Aufbruch zur S-Bahn hatte sein Freund Michael B. (20) vor der Diskothek den Arm zum Hitlergruß gestreckt, wie später im Internet veröffentlichte Fotos dokumentieren. Wenige Momente später wird Michael L. von hinten geschubst, geht zu Boden und holt sich eine Platzwunde am Kopf. Eine Schlägerei beginnt. Der angeklagte Oliver K. (26) aus Königs Wusterhausen greift sich einen jungen Mann, den 22-jährigen Jonas K. Den haut es direkt um, aber Oliver K. hört nicht auf ihn zu verletzen. Seine Freunde treten mit zu oder halten ihm den Rücken frei. Die Worte „Du Zecke wirst nicht

mehr aufstehen“ fallen. Passanten, die helfen wollen, werden bedroht. Oliver K. tritt Jonas K. mit Stampfkicks ins Gesicht und auf den Kopf – er zieht den Fuß hoch bis auf Kniehöhe und tritt mit voller Kraft zu. Jonas K. regt sich nicht mehr, er blutet stark am Kopf. Oliver K. zieht den bewusstlosen Mann zum Fahrradweg am U-Bahneingang Frankfurter Allee, legt ihn mit dem Gesicht auf den Asphalt und tritt weiter zu. Stampfkicks. Mit voller Wucht. Und der Absicht ihn zu töten, wie der Staatsanwalt sagt. Auch als die Polizei kommt, macht Oliver K. weiter – solange, bis die Beamten ihn und seine Freunde festnehmen.

„ ... und dann Wumm!“

Wie kaltblütig Oliver K. handelte, wird später klar: Eine Stunde nach seiner Festnahme sagt er: „Ich bereue nichts. Ich hätte den bis auf die Bordsteinkante ziehen und mir seinen Kopf richtig hinlegen sollen – und dann Wumm!“ Dabei habe er angedeutet, wie er den Kopf von Jonas K. zwischen seine Hände nimmt und so hinlegt, wie er es haben will. Dann habe er mit dem Bein ausgeholt und zugetreten, zum Glück nur auf den Asphalt. So berichtet es

ein Polizeibeamter, der in diesem Moment neben Oliver K. stand. „Das alles erinnert mich an den Bordsteinkick in dem Film American History X“, so der Polizist. Nach ihrer Tat bleiben die vier Angeklagten bis zum Prozess in Untersuchungshaft.

„Neonazis prügeln Passanten fast tot“ steht direkt nach der Tat in der B.Z. Zwei Tage später: „Prügel-Opfer kein unbeteiligter Passant“. Die Berliner Zeitung schreibt, „Polizei ermittelt auch gegen Opfer von Neonazi-Angriff“. Innerhalb weniger Tage verschiebt sich auch in den meisten anderen Medien die Perspektive. Aus Jonas K., dem Opfer einer Gewalttat von Neonazis, wird Jonas K., der Angreifer, der mit anderen Linken zuerst auf die Rechten losgegangen sein soll. Was ganz genau passiert ist, bleibt offen.

Es wird auch ein halbes Jahr später vor Gericht nicht völlig klar, zu widersprüchlich sind die Zeugenaussagen: Im Januar 2010 stehen die rechtsextremen Täter vor dem Landgericht Berlin. Und wieder wechselt die Perspektive: Angeklagt werden die vier jungen Männer des gemeinschaftlichen versuchten Mordes. Der Staatsanwalt wirft ihnen eine „Tötungsabsicht aus Machtde-

monstration gegenüber einem vermeintlichen politischen Gegner“ vor, den sie „Zecke“ nennen. Drei Wochen später werden zwei der Angeklagten nur wegen gefährlicher Körperverletzung zu milden Bewährungsstrafen verurteilt. Ein Angeklagter wird freigesprochen. Der Haupttäter, der 26-jährige Oliver K. aus Königs Wusterhausen, wird nicht wegen versuchten Mordes, sondern nur wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt. Selbst sein Verteidiger hatte für eine höhere Haftstrafe plädiert. Auch der Staatsanwalt hatte für drei der Angeklagten höhere Strafen gefordert. Von einem politischen Motiv der Tat, einem Angriff mit rechtsextremen Hintergrund, ist in der Urteilsbegründung keine Rede mehr. Die Angeklagten hätten sich gegen einen Angriff verteidigt und die meiste Zeit in Notwehr bzw. Nothilfe gehandelt. Erst gegen Ende der gewaltsamen Auseinandersetzung seien sie für einen kurzen Moment ausgerastet und über das Maß der Notwehr und Nothilfe hinaus geschossen. Alle vier Angeklagten sind mehrfach vorbestraft, auch wegen gefährlicher Körperverletzung. Zwei von ihnen zudem wegen des

Verwendens von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen.

Wenn es im rechten Arm zuckt

„Die stammen aus einem rechtsgerichteten Milieu“, sagte der Richter in seiner Urteilsbegründung. Aber bei dieser Tat sei das irrelevant gewesen. Für die Täter habe es keine Rolle gespielt, ob Jonas K. aus der linken Szene stamme oder nicht, sagte der Vorsitzende Richter Kay-Thomas Dieckmann. Zuvor hatte der Verteidiger von Oliver K. dem Richter für die „sachliche Prozessführung“ gedankt. Er habe sich von der Vorverurteilung der Angeklagten in den Medien, die diese als Neonazis gebrandmarkt hätten, nicht beeindrucken lassen.

Das ist zart ausgedrückt. Tatsächlich spielte die rechts-extreme Gedankenwelt der Angeklagten kaum eine Rolle in der Beweisaufnahme während des Prozesses, hartnäckig wurde sie nur von dem Anwalt der Nebenklage, Ols Weidmann, zur Sprache gebracht. Richter und Staatsanwalt erkundigten sich selten nach entsprechenden Anzeichen, und ihre Fragen

beschränkten sich manchmal auf die Kleidungsmarken der Anklagten. Der Hitlergruß des 20-jährigen Marcel B. unmittelbar vor der Tat war dem Richter am Ende die lakonische Bemerkung wert: „Passen sie künftig besser auf, dass ihnen nicht immer der rechte Arm zuckt.“

Wie kam es dazu, dass die Anklage wegen eines rechtsextremen motivierten Mordversuchs in einem Urteilspruch mündet, der die Täter als großenteils in Notwehr und Nothilfe handelnd beschreibt und ohne ein rechtsextremes Motiv? Zwei Sachverhalte waren dafür ausschlaggebend: Mord ist es, wenn der Täter einen „niederen Beweggrund“ hat, wenn er zum Beispiel einen Menschen ermorden will, weil dieser politisch anders denkt. „Du Zecke wirst nicht mehr aufstehen“ wäre dafür ein klares Signal gewesen – vorausgesetzt, die Zeugin hätte eindeutig aussagen können, wer genau das gesagt hat. Das konnte sie aber nicht. Deshalb wurde auch Oliver K. nur wegen versuchten Totschlags verurteilt, nicht wegen versuchten Mordes. Zudem gab es nach Ansicht der Richter keine Pause im Kampfgeschehen, in der Oliver K. und seine Freunde den Angriff auf Jonas K. hätten gezielt angehen können. Vielmehr habe sich diese Attacke aus ihrer anfänglichen Notwehr entwickelt. Hätte es eine Zäsur gegeben, nach der die Angeklagten zielgerichtet auf Jonas K. losgegangen wären, dann wären sie wahrscheinlich zu höheren Strafen verurteilt worden, sagt Ols Weidmann, der Anwalt von Jonas K. als Nebenkläger. Anders als die Richter hält er eine solche Zäsur durchaus mit den Aussagen der Zeugen vereinbar.

Opfer, Täter, Mittäter

In dem Maß, wie in diesem Prozess die Täter zu Opfern wurden, rückte Jonas K. während des Prozesses in die Rolle eines Mittäters. Ebenso wie die Jugendlichen, die wie er zuvor im gleichen Hausprojekt in Friedrichshain gefeiert hatten und dann auf dem Weg zu S-Bahn waren, und die deshalb im Prozess als Zeugen aussagten. Sie hätten die vier Angeklagten wegen deren rechtsextremer Gesinnung attackiert, einen von ihnen verletzt und so die Gegenattacke provoziert. Ols Weidmann erkennt hierin ein Muster: „Es geschieht oft, dass Täter aus dem rechtsextremen Spektrum nach ihrem Angriff behaupten, sie seien zuerst attackiert worden, und direkt nach ihrer

Tat entsprechende detaillierte Aussagen gegenüber der Polizei zu Protokoll geben.“ Auf welchen tönernen Füßen dies in diesem Fall steht, zeigt die Aussage des Richters am letzten Prozesstag: „Hätte ich als Richter zu beurteilen, ob Jonas K. des Angriffs auf Michael L. schuldig ist, würde ich ihn wahrscheinlich nicht verurteilen, weil ich Zweifel hätte.“

Im „Jeton“-Prozess hat noch eine andere politische Frage eine große Rolle gespielt: Wird bei linker und rechter Gewalt mit dem gleichen Maß gemessen? Offensichtlich hat ein parallel stattfindender Prozess zum 1. Mai die Richter aufgewühlt. Zwei Stunden bevor sie ihr Urteil im „Jeton“-Prozess verkündeten, wurden drei Türen weiter die beiden Schüler Yunus K. und Rigo B. aus Zehlendorf frei ge-



sprochen, sie hatten knapp acht Monate in Untersuchungshaft gesessen. Die Staatsanwaltschaft hatte ihnen vorgeworfen, am 1. Mai 2009 einen Molotowcocktail auf Polizeibeamte geworfen zu haben. Der „1. Mai-Prozess“ hatte in der Öffentlichkeit hohe Wellen geschlagen und Kay-Thomas Dieckmann ging in seinem Bordsteinkick-Urteil darauf ein: „Viele werden sich über milde Strafen in diesem Verfahren wundern. Aber stellen sie sich vor, es wäre genau umgekehrt und die Angeklagten wären aus der linksextremen Szene? Dann wären die Reaktionen doch ganz anders.“ Mit Stolz sagte er an die Angeklagten gerichtet: „Sie sehen, dass dies hier ein fairer Prozess ist. Vor Gericht werden der Gymnasiast aus Zehlendorf und der Autoschrauber aus

Königs Wusterhausen gleich behandelt“. Die Debatten in den Medien und in der Politik, ob in Berlin zu lasch gegen linksextreme Straftäter ermittelt wird, hat den „Jeton“-Prozess beeinflusst. Zulasten von Jonas K., der in vielen Köpfen zu Unrecht als Provokateur hängen bleiben wird.

Marcel B. und Michael L. sind gegen das Urteil in Revision gegangen. Das Ermittlungsverfahren gegen Jonas K. läuft noch (Stand: 3. März 2010).

Nicole Walter arbeitet als freie Journalistin in Berlin, vor allem zu den Themenschwerpunkten Rechtsextremismus, soziale Entwicklungen und Politik. Sie hat u.a. über rechtsextreme Parteien im Europaparlament und Strafgesetze gegen rechte Gewalt in Deutschland geschrieben. Den Jeton-Prozess hat sie im Gerichtssaal verfolgt.



UNFÄHIG UND ÜBERFORDERT?

Die Berliner NPD möchte ihre Krise überwinden

Die NPD beschreibt sich selbst als den „partiegebundenen Teil der nationalen Volksbewegung“, der den „Kampf um die Straße“ und den „Kampf um die Parlamente“ erfolgreich miteinander verzahne. Ein Blick auf den Berliner NPD-Landesverband spricht jedoch eine andere Sprache, war das vergangene Jahr doch eher von Machtkämpfen, Austritten und geringen Aktivitäten in der Öffentlichkeit geprägt.

Von **Yves Müller**
Projekt
„Auseinandersetzung
mit Rechtsextremismus
in den kommunalen
Gremien Berlins –
Dokumentation und
Analyse“

Mit der Neuwahl des Landesvorsitzenden endeten vorerst ein- einhalb Jahre der Spaltung und Untätigkeit der Berliner NPD unter dem glücklosen Jörg Hähnel. Am 6. Februar 2010 übernahm der rechtsextreme Funktionär Uwe Meenen den Posten.

Die Geschichte des Scheiterns Hähnels begann am 7. Juni 2008 mit seiner Wahl an die Berliner NPD-Spitze. War mit dem Wahlerfolg zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) 2006 ein Erstarren des mitgliederarmen Landesverbandes erwartet worden, setzte bald Ernüchterung ein. Parallel zum Richtungsstreit in der Bundes-NPD, aber ohne inhaltliche Verbindung, machten sich auch in Berlin Spaltungstendenzen bemerkbar. Um den damaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden und Vorsitzenden des Kreisverbandes (KV) Tempelhof-Schöneberg/Steglitz-Zehlendorf, Hans-Joachim Henry,

und Gesine Hennrich, damals Vorsitzende des KV Marzahn-Hellersdorf und Funktionärin des Berliner „Ring Nationaler Frauen“ (RNF), sammelte sich ein oppositioneller Flügel, der Hähnel vorwarf, mit seinen verschiedenen Ämtern überfordert zu sein und – nicht einmal in Berlin wohnhaft – die Interessen des Landesverbandes nicht zu repräsentieren. Hähnel sei inaktiv und intrigant. Inhaltliche Differenzen spielten dabei kaum eine Rolle, stehen doch beide Seiten für eine klar neonazistische Ausrichtung. Ausschlaggebend waren vielmehr persönliche Animositäten und Gezanke um Machtpositionen. Nicht zuletzt mögen habituelle und strategische Unterschiede zwischen aktivistischem Radau-Rechtsextremismus à la Hennrich und einer ebenso sich neonazistisch gerierenden bürgernahen Linie um Hähnel und Manuela Tönhardt eine Rolle gespielt haben.

Manuela Tönhardt ist Vorsitzende der NPD-Fraktion in der Lichtenberger BVV sowie des Lichtenberger NPD-Kreisverbandes

Ursprünglich wollte sich Henry selbst zum Landesvorsitzenden wählen lassen, allein der Rückhalt fehlte ihm. Deutlich wurde der Disput erstmals anlässlich der rechtsextremen „Anti-Kinderschänder-Demo“¹ am 18. Oktober 2008 in Marzahn-Hellersdorf. Hennrich hatte diesen Aufmarsch angemeldet und erbat die Unterstützung des NPD-Landesvorsitzenden Hähnel, der jedoch den Aufmarsch nicht – wie üblich – beim Bundesvorstand anmeldete. So musste Hennrich den Aufmarsch ohne offizielle Unterstützung der NPD durchführen, was der Mobilisierung – es kamen 400 Rechtsextreme – keinen Abbruch tat. Am 3. Februar 2009 kam es zum Eklat, als Hennrich von Hähnel zu ihrer Loyalität gegenüber Henry befragt wurde. Nachdem sie erklärte, dass sie „Henry politisch und menschlich sehr schätze und auch in Zukunft zu ihm stehen werde“², wurde sie

1: http://de.altermedia.info/general/anti-kinderschander-demo-in-berlin-marzahn-181008_17908.html [07.02.2009]

2: http://de.altermedia.info/general/rucktrittserklarung-von-gesine-hennrich-landesvorsitzende-de-rings-nationaler-frauen-berlins-und-mpd-kreisvors-von-berlin-marzahn-hellersdorf-060209_22501.html [07.02.2009]

mit Fotografien konfrontiert, die sie in lasziven Posen zeigten, und zum Rücktritt von ihren Ämtern in der NPD aufgefordert. Mit der folgenden Austrittswelle hatte Hähnel aber nicht gerechnet: Der rechtsextremen Internetplattform „de.altermedia.info“ zufolge hatte die Berliner NPD angeblich einen Mitgliederverlust von 20 Prozent, also etwa 60 Personen, hinzunehmen.³ Nicht zuletzt kehrten einige aktive Kader der Partei den Rücken und formierten sich in Folge zur einzig relevanten Opposition.

Neue Organisationsversuche

So machte der „Frontbann 24“ Schlagzeilen, weil sich seine Mitglieder recht unverhohlen zum Nationalsozialismus bekannten und uniformähnliche Kleidungsstücke zur Schau stellten. Seit Anfang 2009 traten sie auf rechtsextremen Veranstaltungen auf und wurden mit ihrer „aktionistische[n] Straßenpolitik“⁴ zur ersten „relevante[n] rechtsextremistische[n] Kameradschaft“⁵ seit Verbot der Kameradschaften „Berliner Alternative Süd-Ost“ und „Kameradschaft Tor“.

Auch das Internet nutzen die „Abtrünnigen“ für sich. Die Homepage „ex-k3-berlin.de“ ist Forum und Tummelplatz für all jene, die mit dem Kurs der hiesigen NPD unzufrieden sind und so werden Interna der Partei freimütig „ausgeplaudert“. Eine bleibende Heimstatt fanden die „Renegaten“ indes nicht: Der „Frontbann 24“ wurde im No-

vember verboten, die Annäherung an die DVU verlief letztlich im Sande. Gleichwohl scheint der Dissens der beiden Lager im Berliner Rechtsextremismus nicht unüberbrückbar, bleiben personelle Verbindungen doch bestehen. Das Auftreten von „Frontbann 24“-Anhänger/innen bei der NPD-Veranstaltung in der Bundeszentrale am 1. Mai 2009 ist daher kaum verwunderlich.

Anhaltende Stagnation

Auch ist die NPD zwar geschwächt, doch blieb eine Erosion im Landesverband aus. Zwar verlor die Partei einflussreiche Akteure, doch konnte ein völliges Auseinanderbrechen verhindert werden. Einerseits konnte ein Teil der innerparteilichen Opposition ruhig gestellt werden, andererseits kehrten etliche Mitglieder eines der größten Kreisverbände (KV Marzahn-Hellersdorf) der NPD den Rücken, während ein Großteil der Kritiker/innen Hähnels in der Partei verblieb. Letztlich ist der Grad für Hähnels Wirken als Landesvorsitzender an den öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten unter seiner Regie, an Erfolgen und Raumgewinnen, zu messen. Und hier fällt die Bilanz für die NPD ernüchternd aus: Die Partei war in der Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar. So konnte die bereits 2007 anvisierte „Veranstaltungsoffensive“ auch im letzten Jahr nicht umgesetzt werden. Das änderte sich angesichts notorisch klammer Finanzen der Bundespartei ebenso wenig im Bundestagswahlkampf. Bei den Wahlen im

September 2009 erreichte die NPD in keinem Berliner Bezirk die Fünf-Prozent-Marke. Zudem wurde der alljährlich im Dezember stattfindende Aufmarsch von „Freien Kräften“ und NPD 2009 nach Königs Wusterhausen verlegt und verlor damit seine Mobilisierungskraft. Noch im Vorjahr zog der Aufmarsch hunderte „Autonome Nationalisten“ aus dem ganzen Bundesgebiet an. Die Berliner Sektion der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), Jugendorganisation der NPD, war in der Öffentlichkeit nicht wahrnehmbar. Zwar kann von internen Schulungen ausgegangen werden, ein eigenständiges öffentliches Agieren blieb jedoch weitgehend aus. Auch der kurzfristig organisierte Aufmarsch in Berlin-Mitte am 10. Oktober 2009, der hunderte Rechtsextreme aus dem ganzen Bundesgebiet anzog, wurde von der Berliner JN lediglich unterstützt.⁶ Offizieller Ausrichter war „NW-Berlin“, wengleich hier personelle Überschneidungen zu den JN offensichtlich sind, und die „Freien Kräfte Königs Wusterhausen“. Auch die NPD-Unterorganisation RNF konnte den Verlust Hennrichs kaum ausgleichen. Gerade Hennrich hatte als RNF-Funktionärin die bei Rechtsextremen zentrale „Kinderschänder“-Thematik bedient und einige junge Frauen um sich sammeln können. Mit Hennrichs Weggang ebte auch der Aktionismus des RNF, der sich seither wieder auf die interne Strukturarbeit besinnt, ab.

Beispielsweise formierte sich beim „Trauermarsch“ in Dresden am 14. Februar 2009 sowie bei einem Aufmarsch in Rathenow am 18. April je ein eigener Block mit „Frontbann 24“-Sympathisant/innen. Mitglieder der Gruppierung nahmen im Jahresverlauf an rechtsextremen Aufmärschen im Bundesgebiet teil. Der „Frontbann 24“ mobilisierte eigenständig zu einer Kundgebung unter dem Motto „Härtere Strafen für Kinderschänder!“ am 27. März 2009 und zu einer weiteren Kundgebung am 5. September 2009 in Berlin-Lichtenberg.

3: Vgl. http://de.altermedia.info/general/nach-fnb-grundung-im-vogtland-170209_23225.html/print/ [19.02.2009]

4: Jentsch, Ulli: Frontbann 24 verboten. NS-NostalgikerInnen tanzen nur ein Jahr. In: monitor. Rundbrief des apabiz e.v., Nr. 43, Dezember 2009, S. 3

5: http://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/aktuell/am_frontbann_25.06.2009.html [10.07.2009]

Rechtsextreme Kommunalpolitik

Die Aktivitäten der NPD beschränkten sich im Jahr 2009 bis auf wenige Ausnahmen auf ihre Präsenz in den Bezirksverordnetenversammlungen. Hier konnten die NPD-Verordneten nur vereinzelt Skandale inszenieren. Zwar präsentiert sich in der BVV Lichtenberg eine agile und provokatorisch auftretende NPD-Fraktion und auch die Fraktion in Treptow-Köpenick mit dem Bundesvorsitzenden Udo Voigt vermag es, sich stetig in Szene zu setzen, doch sind die kommunalpolitischen Aktivitäten insgesamt im Vergleich zu den Vorjahren rapide gesunken.⁷ Zuletzt trat der Neuköllner NPD-Verordnete Thomas Vierk aus der Partei aus und auch Eckart Bräuniger legte sein Mandat in der BVV Treptow-Köpenick nieder. Bleiben Motive für die Austritte mehr oder minder verborgen, verdeutlichen sie doch, dass die Konflikte in der Partei weiter virulent sind. Nicht zuletzt vermochte es die rechtsextreme Partei bisher nicht, ihrem Ziel, sich im kommunalpolitischen Raum zu verankern, näher zu kommen. Kontinuierliche kommunalpolitische Aushandlungsprozesse liegen der NPD nicht. Sie verfolgt nicht den Anspruch, sich ins „Hamsterrad der Ausschussarbeit“⁸ zu begeben, und baut stattdessen auf medienwirksame Skandale und

Am 27. Januar 2009 mobilisierte die NPD in der Stadtmitte zu einer Kundgebung gegen einen vermeintlichen „Holocaust in Gaza“. Außerdem fanden zwei Hoffeste in der NPD-Bundeszentrale in Köpenick statt.

Provokationen. Aufmerksamkeit erregte so ein NPD-Schreiben an Berliner Kommunal- und Landespolitiker/innen mit Migrationshintergrund, in dem diesen nahe gelegt wurde, Deutschland zu verlassen.⁹ Zwar konnte sich die NPD unter Hähnel als wichtiger Akteur des Rechtsextremismus in Berlin behaupten, doch vermochte sie es kaum, ihre Mandate in den Bezirksverordnetenversammlungen für außerparlamentarische Aktivitäten zu nutzen und veranstaltete lediglich vereinzelte Informationsstände.

Neuer Landesvorstand

Mit Uwe Meenen ist nun ein erfahrener Aktivist an die Spitze der Berliner NPD gehievt worden. Da Meenen, wie seine Vorgänger Bräuniger und Hähnel als radikaler Vertreter der NPD gilt, ist ein Kurswechsel unwahrscheinlich. Die weiteren Mitglieder des neuen Landesvorstandes deuten auf den Versuch hin verschiedene Kräfte innerhalb der Partei zu repräsentieren. Stellvertreter Meenens sind Bräuniger, der zuletzt durch seine Abrechnung mit dem NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt für Furore sorgte, Dietmar Tönhardt, ehemaliger Berliner Vorsitzender der DVU, sowie Sebastian Schmidtke, der es versteht, die „Freien Kräfte Berlin“ um sich zu scharen und so an die Partei zu binden. Auch Hähnel gehört weiterhin dem

Landesvorstand an.

Die Berliner NPD hat ein turbulentes Jahr hinter sich. Der Streit hinderte die Partei, ihre kontinuierliche Aufbauarbeit fortzusetzen. Mit dem neuen Vorsitzenden soll nun Ruhe einkehren. Um das bisherige Ergebnis bei den Wahlen im Jahr 2011 – die NPD wähnt sich bereits „auf dem Weg ins Berliner Abgeordnetenhaus“¹⁰ – aber ausbauen zu können, ist ein wenig mehr nötig.

Er war zuletzt stellvertretender bayerischer Landesvorsitzender seiner Partei und bekleidete zuvor Ämter bei den „Jungen Nationaldemokraten“ und der Partei „Die Republikaner“. Publizistisch tätig war er bereits als Redaktionsmitglied der national-revolutionären Zeitschrift „wir selbst“.

Das Projekt „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“ (VdK e.V.) dokumentiert systematisch die Aktivitäten der Rechtsextremen in den kommunalen Gremien, analysiert deren Vorgehensweisen und beschreibt die Handlungsweisen der demokratischen Verordneten. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der menschenverachtenden und antidemokratischen Programmatik der NPD ist ebenso wie eine konsequente Abgrenzung von deren Vertreter/innen Voraussetzung dafür, dass die NPD mit ihrer „Normalisierungsstrategie“ mittel- und langfristig erfolglos bleibt. Ziel des Projektes ist es zu einer kontinuierlichen Entwicklung von Präventions- und Interventionsmöglichkeiten im Umgang mit Rechtsextremismus beizutragen

6: Vgl. antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (Hrsg.): Neonazi-Demo in Berlin-Mitte „gegen linke Gewalt“. Ein Dossier über den Nazi-Aufmarsch am 10. Oktober 2009. <http://www.apabiz.de/publikation/publikation/Linke%20Gewalt.pdf> [07.03.2010]

7: Vgl. Henßler, Vera/Lang, Juliane/Müller, Yves/Wörsching, Mathias: „In der BVV kann der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht gewonnen werden, muss dort aber dennoch geführt werden.“ herausgegeben vom Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. Berlin 2009. S. 16ff.

8: So der sächsische Landtagsabgeordnete und NPD-Vordenker Jürgen W. Gansel. Zitiert nach Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Bonn 2006. S. 127.

9: Vgl. Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (Hrsg.): Rundschreiben: NPD provoziert Politiker/innen mit Migrationshintergrund, 23.09.2009, http://mbr-berlin.de/Verein/Rechtsextremismus_in_den_BVVen/Rundschreiben/660.html [07.03.2010]

10: „Die Alternative für Berlin“, Verlautbarung vom 30. Januar 2010, <http://npd-berlin.de/?p=65> [17.03.2010]

„Und die Zeit ist nun vorbei, wo wir uns alles gefallen lassen. Wenn wir es so haben wollen, dann kann es ganz schnell vom nationalen Widerstand zum nationalen Angriff werden!“

Sebastian Schmidtke
(NPD - Berlin) am
10. Oktober 2009,
Alexanderplatz

Die Berliner rechtsextreme Szene:

GEWALTÄTIGE AKTIONEN UND INHALTLICHE SCHWÄCHE

Mit dem Lokal „Zum Henker“ in Schöneweide schuf sich die rechtsextreme Szene Berlins 2009 einen ihrer wichtigsten Treff- und Anlaufpunkte. Für den Erhalt dieser Infrastruktur gelingt es ihr, ihre Anhänger/innen spektrenübergreifend zu mobilisieren und Geschlossenheit zu demonstrieren. Daraus resultiert eine erhöhte Bedrohung für Personen und Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen.

Von **Anne Benzing, Annika Eckel, Bianca Klose,
Matthias Müller** (MBR)



Trotz oder gerade wegen des Repressionsdrucks auf das Kameradschaftsspektrum sowie der Krise und Personalschwäche der Berliner NPD machte die rechtsextreme Szene im vergangenen Jahr mit Angriffen auf linke Projekte und Einrichtungen sowie mit der Bedrohung engagierter Antifaschist/innen auf sich aufmerksam. Durch Aktionismus, insbesondere durch direkte gewalttätige Aktionen gegen politische Gegner/innen und deren Einrichtungen vor allem in Neukölln und Kreuzberg, gelang es einer geschwächten Szene mit relativ wenig Aufwand öffentlichkeitswirksam und spektakulär in Erscheinung zu treten. Die Radikalisierung und der Aktionismus der Rechtsextremen haben vor allem für engagierte Berliner/innen und alternative Projekte zu einer neuen Qualität unmittelbarer Bedrohung geführt. Zudem eröffnete mit der Kneipe „Zum Henker“ in Schöneweide im vergangenen Jahr der mittlerweile wichtigste Treff- und Anlaufpunkt der Berliner rechtsextremen Szene.

Im Februar 2009 traten erstmals Berliner Aktivist/innen des kameradschaftsähnlichen Zusammenhangs „Frontbann 24“ auf dem rechtsextremen „Trauermarsch“ in Dresden öffentlich in Erscheinung. Ihr uniformiertes, martialisches Auftreten sowie ihre unverhohlene Bezugnahme auf den Nationalsozialismus waren insofern überraschend, als

man in Berlin von der NPD mittlerweile ein eher bürgernahes Auftreten und von „Autonomen Nationalisten“ einen jugendkulturellen Stil gewohnt ist. Hervorgegangen war der „Frontbann 24“ aus unzufriedenen Mitgliedern der NPD, genauer gesagt aus den Kreisverbänden Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf, die nach personellen Streitigkeiten und interner Kritik am damaligen Landesvorsitzenden Jörg Hähnel aus der Partei ausgetreten waren.¹ Im Gegensatz zum NPD-Landesverband, der im vergangenen Jahr kaum in der Öffentlichkeit mit Aktionen oder Veranstaltungen in Erscheinung trat, gelang es dem „Frontbann 24“, sowohl mit eigenen Aktionen als auch im Rahmen von rechtsextremen Aufmärschen oder Festen, wie etwa am 1. Mai in Köpenick, präsent zu sein. Es machte den Eindruck, als sei ein Teil der rechtsextremen Szene Berlins des bürgernahen Auftretens der NPD überdrüssig und wolle verstärkt wieder den konfrontativen „Kampf um die Straße“ forcieren. Offenbar gelang es dem „Frontbann 24“ eine Leerstelle zwischen NPD und „Autonomen Nationalisten“ zu füllen.

1: Vgl. Yves Müller: Unfähig und überfordert? – Die Berliner NPD möchte ihre Krise überwinden, in diesem Heft.

Der Henker: „Wir sind eine Kneipe und kein Parteibüro!“²

Zwar blieb die langjährige Forderung der Rechtsextremen nach einem „nationalen Jugendzentrum“ auch 2009 erfolglos, mit der Eröffnung des Lokals „Zum Henker“ Ende Februar im Treptow-Köpenicker Stadtteil Schöneeweide gab es fortan jedoch einen „nationalen Freiraum“ jenseits von Parteipolitik. Der Betreiber ist der bekannte englische Rechtsextremist Paul Stuart B.. Er wurde 2003 wegen der Verbreitung verfassungswidriger Kennzeichen, Bedrohung, Beleidigung sowie wegen des Verstoßes gegen das Waffengesetz zu sieben Monaten Haft auf Bewährung verurteilt.

Im „Henker“ finden seit der Eröffnung eine Vielzahl von Treffen der rechtsextremen Szene Berlins statt. Mitglieder des mittlerweile verbotenen „Frontbann 24“³ gehören dabei ebenso zu den Stammgästen in der Brückenstraße 14 wie „Autonome Nationalisten“, Aktivist/innen verbotener Kameradschaften sowie NPD- Funktionär/innen.⁴

Auf einer von ihm betriebenen Website („SS88.de“) veröffentlichte er Bilder zweier Staatschützer. Darüber prangten eine Maschinenpistole und der Satz „Die Kugel ist für dich“. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung beschlagnahmte die Polizei ein Handbuch zum Bau von Bomben und Schlagringe. Vor Gericht verzichtete der damals 33-Jährige auf einen Anwalt, beschrieb die leicht verzerrten Hakenkreuze auf seiner Website als „Kunstwerk“ und gestand „Ich bin rechts orientiert. Was ich getan habe war gerechtfertigt“. Vgl. dazu: Tagespiegel (12.06.2002), Berliner Zeitung (13.06.2002) und Morgenpost (13.06.2002).

Funktion des „Henkers“ für die rechtsextreme Szene

Der „Henker“ dient der rechtsextremen Szene als Versammlungsort, als Ort des Informationsaustausches sowie als Freizeit- und Erlebniswelt. Rechtsextreme Erlebniswelten bieten Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen Aktivitäten mit Eventcharakter und ein gemeinsames Lebensgefühl in einem rechtsextremen Kontext. Die im „Henker“ stattfindenden Aktivitäten haben – auch dann, wenn es sich nur um das Zusammensitzen bei einem Glas Bier handelt – einen wichtigen Anteil an der Entstehung eines Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühls sowie einen identitätsstiftenden Effekt auf die rechtsextreme Szene.

Generell spielen solche auf Dauer angelegten Treff- und Anlaufpunkte für die Schaffung rechtsextremer Erlebniswelten eine wesentliche Rolle. Kneipen, Tattoostudios, Büro-, Seminar- und Bandproberäume, Geschäfte und Imbisse sind wichtige Bestandteile rechtsextremer Strukturen und (Sub-)Kultur. Im Gegensatz zu temporären, oft jahreszeitlich gebundenen Treffpunkten wie etwa Parks oder öffentliche Plätze bieten sie eine dauerhafte Basis. Rechtsextreme Erlebniswelten und rechtsextreme Infrastruktur schaffen so ein soziokulturelles Milieu, in dem Jugendliche und junge Erwachsene rechtsextrem(-orientierte) Lebensstile und Identitäten ent-

wickeln können. Sie bieten Raum für Kontakt und Austausch unter Gleichgesinnten, sodass sich rechtsextreme Orientierungen oder Teilidentifikationen in einer Art „Freiraum“ zu eindeutigen politischen Identitäten festigen und radikalieren können.

Doch solche Orte bedienen nicht nur auf unterschiedlichste Art und Weise das Bedürfnis nach einem rechten Lebensgefühl, sie sichern zugleich auch den personellen, materiellen und finanziellen Fortbestand der rechtsextremen Szene.⁵

So bezeichnete Uwe Dreisch, führendes Mitglied des verbotenen kameradschaftsähnlichen Zusammenschlusses „Frontbann 24“, die rechtsextreme Szenekneipe „Zum Henker“ in Schöneeweide gegenüber der RBB Abendschau (28.07.2009) als „enorm wichtig“, weil man dort in der „nationalen Bewegung [...] unter sich“ sein könne.

2: Einladung zur „Soli Feier im Henker“ auf <http://www.henker-berlin.de>, abgerufen am 27.08.2009.

3: Am 5.11.2009 wurde der „Frontbann 24“ durch den Berliner Innensenator auf Grund seiner „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“ in „Vorstellungswelt und Gesamtstil“ verboten.

4: Vgl.: Kleine Anfrage „Rechtsextreme Aktivitäten im „Zum Henker““ im Abgeordnetenhaus Berlin DS 16/14272 vom 17.03.2010.

5: Vgl.: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin: Ladenschluss jetzt! Kommunale Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremer Infrastruktur, Berlin 2009

Auswirkungen auf den Sozialraum

Kneipen und andere Treffpunkte Rechtsextremer sind Ausgangspunkte und zugleich Ausdruck einer schleichenden Besetzung des öffentlichen Raums. Anders als bei Aufmärschen oder Aktionen wird der öffentliche Raum nicht nur anlassbezogen besetzt, vielmehr sind solche Treffpunkte ein wesentlicher Beitrag zur Verankerung rechtsextrem(-orientierter) Alltagskultur im Sozialraum. Der entsprechende Publikumsverkehr erhöht sich in dieser Gegend und mit ihm

das Bedrohungspotenzial für potenzielle Opfer rechtsextremer oder rassistischer Gewalt. Oft wohnen wichtige Aktivist/innen der Szene in der Nähe oder ziehen hinzu; Nachbarschaften und Kieze werden dann tagtäglich als „szeneeigenes Territorium“ beansprucht.

Die Vereinnahmung des öffentlichen Raumes im Umfeld rechtsextremer Infrastruktur kann letztlich zur Entstehung sogenannter Angsträume⁶ führen. Angsträume sind Orte, an denen potenzielle Opfer von Rechtsextremen Angst vor Bedrohung oder Gewalt haben müssen und

deshalb gar nicht oder nur mit Vorsicht und Angst betreten werden. Für die Entstehung eines Angstraumes genügen mitunter ein einzelnes Gewalterlebnis oder auch nur ein Bedrohungsgefühl und deren Kommunikation an andere potenzielle Opfer. Eine solche Entwicklung lässt sich auch in der Umgebung der Kneipe „Zum Henker“ beobachten.

Für die Zunahme rechtsextremer Aktivitäten im Sozialraum sprechen auch die Zahlen. Das Register in Treptow-Köpenick, das Vorfälle mit einem rechtsextremen, rassistischen oder antisemi-

6: Vgl. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin: Angsträume in Berlin. Lokale Handlungskonzepte im Umgang mit rechtsextremen Erscheinungen im öffentlichen Raum, Berlin 2006.



tischen Hintergrund dokumentiert, verzeichnete für 2009 in Schönevide eine Verdoppelung der gemeldeten Ereignisse im Vergleich zum Vorjahr. In diesem Ortsteil wurde mit 52,3 % mehr als die Hälfte aller rechtsextremen und rassistischen Übergriffe im Bezirk gemeldet. Die Chronik des Registers dokumentiert, dass von der Kneipe „Zum Henker“ Einschüchterungen und Angriffe ausgingen. So wurden beispielsweise laut diesem Register Anfang Dezember 2009 Jugendliche, die aus einer Disco kamen, von Gästen des „Henkers“ attackiert und unter Drohungen

wie „Wir bringen Euch um, wir machen Euch fertig!“ durch den Kiez gejagt.⁷

Angriff auf die Szenekneipe „Zum Henker“ und Aufmarsch am 10. Oktober

Als Unbekannte Ende August 2009 die Scheiben und die Hauswand der Szenekneipe „Zum Henker“ beschädigten, verteilten die Rechtsextremen im Kiez ein Flugblatt, in dem sie „Linksextremisten“ für diese „scheinheiligen Aktivitäten“ verantwortlich machten. Sie selbst beschreiben sie als „fest integrierten

Bestandteil in Schönevide“, der Langzeitarbeitslose beschäftige, mit „zufriedenen Gästen“ und luden zu einer Unterstützungsfeier in der Kneipe „Zum Henker“ ein.⁸ Bereits eineinhalb Monate zuvor hatte eine größere „Solidaritätsfeier des Nationalen Widerstandes Berlin“ stattgefunden. Auf ihr war die Cottbuser Rechtsrock-Band „Frontalkraft“ aufgetreten und mit einer Tombola wurden Gelder für die rechtsextreme „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) gesammelt.

7: Vgl. Register Treptow-Köpenick zur Erfassung rassistisch, antisemitisch, homophob und rechtsextrem motivierter Vorfälle: Auswertung für das Jahr 2009, zu finden unter: http://register-tk.de/Downloads/Auswertung_Register_TK2009.pdf
8: Einladung zur „Soli Feier im Henker“ auf <http://www.henker-berlin.de>, abgerufen am 27.08.2009.



In den Morgenstunden des 4. Oktober 2009 wurden zwei Brandsätze auf den Szenetreff „Zum Henker“ geworfen. Die Rechtsextremen stürmten heraus und versuchten die Täter zu ergreifen. Bei deren Flucht mit einem Pkw verletzten die Täter drei der Gäste, einen davon schwer. Für die Rechtsextremen war schnell klar, dass der Angriff von „der Antifa“ verübt worden sein musste. Der schwer verletzte Enrico S. wurde innerhalb der Szene als Märtyrer stilisiert, der den gemeinsamen Treffpunkt „heldenhaft“ verteidigt habe.

Noch am gleichen Abend versammelten sich daraufhin knapp 300 Rechtsextreme in Schöne-weide und führten einen spontanen Aufmarsch gegen „linke Gewalt“ und für den schwer verletzten Kameraden durch. Ange-reist waren Rechtsextremist/in-nen verschiedener Spektren aus Berlin sowie dem Umland. Der gebürtige Berliner und jetzige sächsische Landtagsabgeordnete der NPD, Andreas Storr, hetzte dabei unter anderem gegen die Homosexualität des regierenden Berliner Bürgermeisters. Das führende „Frontbann 24“-Mitglied Uwe Dreisch diffamierte die Arbeit von Projekten gegen Rechtsextremismus und behauptete, sie würden solche Angriffe finanzieren und steuern. Konkret bezichtigte er die Leiterin der Mobilen Beratung gegen Rechts-extremismus Berlin (MBR), durch ihre Arbeit für die Gewalttat mitverantwortlich zu sein.⁹ Die Hetze gegen ihre Person steigerte sich in den folgenden Tagen

in rechtsextremen Internetforen bis hin zu Gewalt- und Morddrohungen.¹⁰

Am darauf folgenden Samstag, dem 10. Oktober 2009, marschierten etwa 750 Rechts-extreme unter dem aggressiven Motto „Vom nationalen Widerstand zum nationalen Angriff“ durch die Berliner Bezirke Mitte und Friedrichshain. Die starke Emotionalisierung des Themas innerhalb der rechtsextremen Szene ermöglichte es, dass kurzfristig aus dem gesamten Bundesgebiet rechtsextreme Aktivist/innen zu dem Aufmarsch anreisten und dass rechtsextreme Gruppierungen, die eigentlich an jenem Samstag einen Aufmarsch im brandenburgischen Königs Wusterhausen durchführen wollten, stattdessen nun ebenfalls nach Berlin mobilisierten.

Bereits am Vorabend dieser Demonstration gab die Polizei jedoch die Ergreifung der mutmaßlichen Täter des Angriffs auf den „Henker“ bekannt. Nach polizeilichen Erkenntnissen hatten die Tatverdächtigen aus Rache gehandelt, nachdem sie mit Gästen des „Henkers“ in Streit geraten waren. Ihnen war der Zutritt verweigert worden, außerdem wurden sie von Gästen der Kneipe angegriffen und verletzt. Ein politisches Tatmotiv schloss die Polizei ausdrücklich aus. Doch den Ermittlungsergebnissen schenken die Rechtsextremen keinen Glauben. Im Gegenteil, sie bezichtigten weiterhin „Linke“ des Angriffs auf die Kneipe und schworen Rache. Der Anmelder

des rechtsextremen Aufmarsches, Sebastian Schmidtke, seit Februar 2010 stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner NPD, bezeichnete Gregor Gysi (DIE LINKE) sowie Bianca Klose (MBR) als „geistige Brandstifter“. Der Redner Lutz Giesen aus Mecklenburg-Vorpommern nannte mehr als zwanzig Namen von Antifaschist/innen, teilweise mit Adressen, und drohte ihnen: „Wir haben die Namen und wir haben die Adressen. (...) Das sind die Hintermänner! Das sind die Hetzer! Wir kriegen euch alle!“¹¹ So unverhohlene und offen vorgetragene Drohungen gegen einzelne Personen hatte es in Berlin lange nicht gegeben.

Gleichwohl schritt die Polizei gegen diese Drohungen nicht ein. Selbst nach Auswertung des Ton- und Videomaterials habe sie keine strafrechtlich relevanten Tatbestände feststellen können. Bianca Klose bezeichnete diese Haltung als „einen Schlag ins Gesicht all derer, die sich aktiv gegen Rechtsextremismus engagieren“. Für die Betroffenen sei diese Haltung ein Signal, dass ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit und ihr grundgesetzlich zugesicherter Schutz durch staatliche Behörden nicht uneingeschränkt gelte. Die Rechtsextremen könnten diese Haltung dagegen darin bestärken, den Drohungen auch Taten folgen zu lassen.

Der Fall „Zum Henker“ zeigt exemplarisch den aktuellen Zustand der rechtsextremen Szene Berlins. Sie ist zwar durch politischen Druck, innere Streitereien

9: Die Transkription entsprechender Redebeiträge liegt der MBR vor.

10: Vgl. dazu u.a.: das rechtsextreme Internet-Portal „Altermedia“, unter dem Beitrag „Von wegen „blinder“ Haß – Überfall auf nationale Szenekneipe Zum Henker in Berlin-Niederschöneweide (04.10.09)“, abgerufen am 06.10.2009

11: Transkription des „Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums e.V.“ (apabiz) vom 10.10.2009

sowie durch staatliche Repression geschwächt, aber umso mehr sucht sie geradezu nach einem Anlass, der eine übergreifende Mobilisierung der eigenen Kräfte erlaubt, eine Mobilisierung, die sich notfalls auch wider besseren Wissens gegen den politischen Gegner richten lässt.

Engagement gegen den Szenetreffpunkt „Zum Henker“

Im Bezirk Treptow-Köpenick engagieren sich seit vielen Jahren Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus. Gemeinsam setzen sie sich in Projekten und Aktionen für Demokratie und Menschenrechte ein. Allerdings können sie dabei, wie andernorts auch, nicht auf die Unterstützung aller Menschen im Bezirk setzen. So wurden im Kiez um den „Henker“ auch viele Stimmen laut, die das Problem Rechtsextremismus verharmlosten: Die Gäste des „Henkers“ würden sich „ruhig und ordentlich verhalten“ und „niemandem etwas tun“, nach größeren rechtsextremen Treffen

werde sogar der Bereich vor dem Eingang des Lokals gesäubert. Das eigentliche Problem sei vielmehr das jugendliche Publikum, das an jedem Wochenende in den verschiedenen Clubs und Diskotheken in Schöneweide feiere. Das Bedürfnis nach Ruhe, Sicherheit und Ordnung scheint bei einigen Anwohner/innen einen höheren Stellenwert zu haben, als die rechtsextremen Einstellungen und Aktivitäten der „Henker“-Gäste und die Bedrohungen durch Rechtsextreme. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Rechtsextremen von einigen Anwohner/innen toleriert werden, solange von ihnen nur keine Störungen ausgehen.

Fazit

Das kontinuierliche antifaschistische und zivilgesellschaftliche Engagement in Berlin hat zu einer deutlichen gesellschaftlichen Ächtung des Rechtsextremismus und seiner Infrastruktur geführt. Rechtsextreme Treffpunkte und Läden sind in Berlin breiten öffentlichen Protesten ausgesetzt. Dabei arbeiten auch immer

häufiger Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft Hand in Hand. Dadurch gerät die rechtsextreme Szene weiter unter Druck, zum Teil muss sie erhebliche Rückschläge in ihrer Aufbauarbeit vor Ort hinnehmen.

Auch auf die mangelnde Kampagnenfähigkeit und Bindungskraft der NPD in Berlin reagiert die rechtsextreme Szene vor Ort zunehmend mit einer Radikalisierung einzelner Zusammenhänge. Martialisches Erscheinen à la „Frontbann 24“ und (verbal-) radikales Auftreten mit Drohgebärden und gewalttätigen Aktionen gehören immer häufiger zu ihren Politikformen. Niederlagen der Rechtsextremen, wie etwa der durch Tausende Bürger/innen und Antifaschist/innen blockierte Dresden-Aufmarsch am 13. Februar 2010, ziehen inzwischen umgehend Einschüchterungsversuche der rechtsextremen Szene nach sich. Dass solche Reaktionen auf politische Niederlagen eher ein Ausdruck der Schwäche als der Stärke sind, macht sie für die betroffenen Einrichtungen, Personen und Initiativen nicht weniger gefährlich.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) unterstützt und vernetzt alle Berliner/innen, die in ihrem Wohn-, Arbeits- oder sozialen Umfeld mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind und sich für die Stärkung demokratischer Kultur einsetzen wollen. Die MBR berät Einzelpersonen, Jugendeinrichtungen, Schulen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke, Politik und Verwaltung, Sport-Vereine, Gewerbetreibende und Verbände.

Unter Berücksichtigung der jeweiligen lokalen Gegebenheiten und Ressourcen entwickelt die MBR gemeinsam mit den Akteuren situationsbezogene Handlungsstrategien, bietet Fortbildungen an und begleitet die Umsetzung von lokalen Aktionsplänen und Kommunalanalysen. Langfristiges Ziel der Beratungen ist die Unterstützung einer alltäglichen Praxis demokratischer Kultur und die Ermöglichung eines angstfreien und menschenrechtsorientierten Miteinanders in Berlin.

SIND ALLE ›ISLAM-KRITIKER‹ ›ISLAMOPHOB‹?

Die Auseinandersetzung über die Gefahren, die von muslimischen MigrantInnen-Milieus ausgehen oder ausgehen sollen, ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Stereotypen, kulturelles Unverständnis oder Unwissen. Sie ist oftmals überformt durch ideologisierte Positionen und gefährliches Halbwissen, hiervon ist vor allem die islamfeindliche Internet-Gemeinde geprägt.¹

Jeder Versuch einer analytischen Betrachtung hat damit zu kämpfen, dass auch die Begriffe, die dieses Themenfeld beschreiben sollen, umkämpft sind. Daher wollen wir hier mit einer Begriffsklärung beginnen.

Von
von **Ulli Jentsch** und
Eike Sanders (apabiz)

1. Islamkritik

Die Mehrheit der islamfeindlichen Szene würde sich wohl als „Islam-Kritiker“² bezeichnen. Sowohl in den gemäßigten als auch den radikalen Teilen der islamfeindlichen Szene wird ebenfalls gerne der Begriff des „Dhimmi“³- oder „Islamwatch“ oder der „Counter-Jihad“-Bewegung als Charakterisierung der eigenen Bewegung verwendet, so auch von der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE).⁴ Dies verdeutlicht sehr treffend das Selbstverständnis als Bewegung, die international gegen einen

gemeinsamen Feind „kämpft“, der „uns“ den „Krieg“ erklärt habe. Und hinter dessen offenen Fronten man selber einen Kampf um Einfluss auf Meinungen und Medien führe.

Es geht den meisten Mitgliedern dieser „Counter-Jihad“-Bewegungen am aller wenigsten um eine Religionskritik. Deshalb ist auch der Begriff „Islamkritik“ hier eine unzulässige Selbstbezeichnung. Nach unserem Verständnis ist es gerechtfertigt von Islamkritik zu sprechen, wenn es um allgemeine Religionskritik geht, die sich in diesem Fall am Islam abarbeitet. Religi-

onskritik ist eine Arbeit, die von vielen selbst ernannten „Islam-Kritikern“ nicht geleistet wird, die aber Voraussetzung bleibt, um die anti-emanzipativen, anti-demokratischen Ideologiebestandteile dieser und anderer Religionen verdeutlichen und berechtigte Kritik von unberechtigtem Vorurteil unterscheiden zu können. Leider scheuen sich auch viele Anti-RassistInnen vor dieser generellen Religionskritik am Islam.

Die ihren Vorurteilen verhafteten islamfeindlichen Bewegungen (re-)produzieren vielmals eine in sich geschlossene

1: Zu den Erscheinungen im World Wide Web maßgeblich Yasemin Shooman: Islamfeindschaft im World Wide Web. In: Zentrum für Antisemitismusforschung (Hg.): Jahrbuch 17 (2008). Berlin, 2008.

2: In der Selbstbezeichnung tauchen keine geschlechtsneutralen Bezeichnungen auf. Daher fehlen diese hier.

3: „Als ‚Dhimmis‘ bzw. ‚Schutzbefohlene‘ galten in islamischen Herrschaftsgebieten die Anhänger von sogenannten Religionen des Buches, in erster Linie Juden und Christen. Ihnen wurde freie Religionsausübung gewährt, sie waren in der gesellschaftlichen Hierarchie Muslimen jedoch nicht gleichgestellt.“ So Yasemin Shooman: Islamfeindschaft im World Wide Web, S.74. In: Zentrum für Antisemitismusforschung (Hg.): Jahrbuch 17 (2008). Berlin, 2008.

4: Vgl. die Darstellung der internationalen Kontakte der BPE im Artikel „Pax Europa Berlin“ in diesem Heft.

Welterklärung, die hinter allem – Probleme der „inneren Sicherheit“, kulturelle Missverständnisse, anti-moderne Ideologien in ImmigrantInnen-Gesellschaften – den Islam und seine Agenturen sehen will. Und diese Interpretation ist bei vielen so dominant, dass schon Beiläufigkeiten Ausdruck einer geplant betriebenen „Islamisierung“ werden können. Dieses Vorgehen lässt sich zum Teil nur als zwanghaft bezeichnen und der Vergleich zu den Denkstrukturen des Antisemitismus liegt nahe.

2. „Islamophobie“ vs. antimuslimischer Rassismus

In der wissenschaftlichen Diskussion erfährt der, in den Medien und bei vielen Anti-RassistInnen beliebte, Begriff der „Islamophobie“ Kritik. Die bundesdeutsche Definition folgt insgesamt der europäischen Diskussion, wie sie u.a. vom European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC) verwendet wird.⁵ Der Begriff der „Islamophobie“ bezeichnet laut einer Definition des Instituts für interdisziplinäre Konfliktforschung „die Bedrohungsgefühle und die ablehnenden Einstellungen gegenüber der Gruppe der Muslime, ihrer Kultur und ihren öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten.“⁶

Hier werden also negative Gefühle und Einstellungen untersucht. Eine weit verbreitete englische Definition listet acht

Spezifika auf, die „Islamophobie“ definieren können⁷, ohne dass diese irgendwie gewichtet werden oder auch nur erklärt würden, ab welchem Grad denn von „Islamophobie“ zu sprechen wäre. Somit kann „Islamophobie“ eine Vielzahl undeutlicher Phänomene bezeichnen, was in der Praxis auch passiert: Welcher Anteil der „Bedrohungsgefühle und ablehnenden Einstellungen“ folgt rassistischen Vorurteilen und wie viel deckt sich mit tatsächlichen Widersprüchen, die der fundamentalistisch geprägte Islam gegenüber modernen demokratischen Gesellschaften hervorruft?

Der Begriff „Islamophobie“ wird inzwischen auch gezielt als politischer Kampfbegriff gebraucht, vor allem durch Organisationen, die selber dem politischen Islam zuzurechnen sind.⁸ Hier soll ganz offensichtlich Kritik an der eigenen Politik abgewehrt werden. Salzborn und Kahlweiß schreiben zutreffend, „dass der Begriff Islamophobie in den öffentlichen und akademischen Debatten sowohl einen analytischen Anspruch wie einen propagandistischen Anteil hat, [die] nicht eindeutig voneinander zu trennen“ sind. Sie raten daher von der Verwendung dieses Begriffes ab.⁹

Wir halten es für unsere Arbeit insgesamt für wesentlich, sich auf die jeweiligen anti-demokratischen sowie rassistischen Gehalte in den Aussagen der KritikerInnen zu konzentrieren.

Denn hieran kann am deutlichsten Islamkritik von Islamfeindschaft getrennt werden. Anstelle des auch medial überstrapazierten Begriffs der „Islamophobie“ ist der soziologisch präzisere Begriff des antimuslimischen Rassismus zu bevorzugen. „Islamophobie“ betont das individuelle Vorurteil und vernachlässigt die gesellschaftliche Funktion des Rassismus, Hierarchien zu legitimieren. So delegitimiert der Begriff einerseits wegen seines psychologisierenden Gehalts, der Kritik am Islam in die Nähe eines krankhaften Wahns rückt, Islamkritik als pathologisches Problem Einzelner. Andererseits verschleiert er durch die Pathologisierung die gesellschaftliche Dimension des Phänomens: Die Islamfeindschaft in Europa kommt aus einer Tradition des Rassismus, der sich früher gegen „die Ausländer“ richtete, heute gegen „den Islam“, wenngleich damit die TrägerInnen des angenommenen homogenen Merkmals „Islam“ gemeint sind – eine rassistische Argumentationsweise und eben nicht Religionskritik. Und Rassismus ist nicht das Vorurteil eines Einzelnen, sondern eine gesellschaftliche Ausgrenzungs- und Diskriminierungsstruktur, die sich gegen eine Minderheit richtet und den eigenen Machtanspruch durch Hierarchisierung zementieren will. Als eben diese sollte antimuslimischer Rassismus gekennzeichnet werden.

5: Vgl. <http://fra.europa.eu/>. Besonders http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/Manifestations_EN.pdf, einges. am 18.04.2010.

6: Vgl. <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/gmf/einstellungen.html>, einges. am 18.04.2010.

7: Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Islamophobie>, einges. am 18.04.2010.

8: Vgl. den Beitrag von Eberhard Seidel in diesem Heft.

9: Vgl. Samuel Salzborn & Luzie H. Kahlweiß: „Islamophobie“. Zur Konzeptionellen und empirischen Fragwürdigkeit eines politischen Kampfbegriffes. Unveröffentlichtes Manuskript 2010.

ISLAMOPHOBIE IN DEUTSCHLAND?

Von **Eberhard Seidel**

Eberhard Seidel ist seit 2002 Geschäftsführer von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage.“ Zuvor arbeitete er als Redakteur bei der taz (die tageszeitung) und leitete dort das Inlandressort. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Rechtsextremismus, Islamismus, Migration, jugendliche Subkulturen und neuerdings die Islamfeindlichkeit der bürgerlichen Mitte. Er veröffentlichte zuletzt „Stadt der Vielfalt. Das Entstehen des neuen Berlin durch Migration“, Berlin 2009 (gemeinsam mit Sanem Kleff). Der vorliegende Artikel ist zuerst erschienen in: Bielefeldt, Heiner et.al (Hrsg.); Religionsfreiheit, Jahrbuch Menschenrechte 2009, Köln/Weimar, 2008.

Islamophobie in Deutschland? Wer es sich einfach machen will, findet darauf eine schnelle Antwort. Die Internetauftritte von Islamkritikern und -hassern wie politically incorrect oder der antiislamischen Bürgerbewegung Pax Europa stellen klar: Der Islam und die Muslime sind unsere Feinde – verabscheuungswürdig, minderwertig und niederträchtig. Unverhohlen wird gefordert, den Muslimen elementare Bürger- und Menschenrechte vorzuenthalten: Zum Beispiel die freie Ausübung der Religion, die den Bau von Moscheen ebenso einschließt, wie das Recht auf religiöse Bekleidung und die Einhaltung religiöser Riten.

Dieser ideologische Kampf wird im Namen der Menschenrechte geführt, gegen eine Religion und deren Angehörige, die, so der in diesen Foren vorherrschende Ton, im Widerspruch zu allem stehen, was gemeinhin

mit Aufklärung, individuelle Freiheitsrechte, Pluralismus und offene Gesellschaft beschrieben wird.

Verstehen wir den umstrittenen Begriff „Islamophobie“ als Synonym für Islamfeindlichkeit, als die feindselige Ablehnung des Islam und der als Minderheit in einer Mehrheitsgesellschaft lebenden Muslime; als eine angstbesetzte Abwehrhaltung und die Bereitschaft zur Diskriminierung der Muslime aufgrund von faktischer, vermuteter oder zugeschriebener Gruppenzugehörigkeit, dann sind hier alle Voraussetzungen erfüllt.

Aber „Islamophobie“ ist auch ein Kampfbegriff. „Deutschland ist islamophob, unsere Menschenrechte werden mit Füßen getreten.“ Das ist die Botschaft, die der Moderator einer Dialogveranstaltung des Vereins M.A.H.D.I. im Juni 2008 in Berlin-Neukölln seinen zumeist jugendlichen Zuhörern vermittelt

– apodiktisch, da bleibt kein Platz für Zwischentöne. „M.A.H.D.I.“, dieses Kürzel steht für „Muslime aller Herkunftsländer deutscher Identität“, bietet den Jugendlichen eine bequeme Opferidentität und das Versprechen: Bei uns findet ihr Rettung und Schutz vor einer feindlichen Umwelt.

Das Angebot wird dankbar aufgenommen. Jeder hat etwas zu berichten: Von einer Diskriminierung am Arbeitsplatz oder in der Schule, von Beleidigungen auf der Straße und im Kaufhaus. Zwischentöne werden ignoriert; zum Beispiel der Hinweis, dass Gewalt gegen Muslime in Deutschland bis heute zur absoluten Ausnahme gehört, in Deutschland nicht die Moscheen sondern Synagogen polizeilich geschützt werden müssen und die rechtsextremistischen Übergriffe in den zurückliegenden zwanzig Jahren rumänische Asylsuchende, katholische Mosambikaner, schwarze Briten, Juden, Angehörige konkurrierender jugendlicher Subkulturen, sozialer Randgruppen und buddhistische Vietnamesen ebenso getroffen haben wie muslimische Türken oder christliche Araber.

Dieser empirische Befund ändert nichts an der Popularität der These vom „Feinbild Islam“. Auch an diesem Nachmittag in Neukölln wird sie variantenreich vorgetragen: Die Furcht und Phobie gegenüber der islamischen Welt schlummert in den tieferen Schichten des europäischen Unterbewusstseins. Der Westen brauche ein Feindbild, um sich seiner Identität zu versichern und geopolitische Interessen sowie militärische Konflikte zu legitimieren. Deshalb habe man nach dem Ende des Ost-West-

Konflikts im Jahr 1989 das alte Feindbild Kommunismus durch jenes des Islam ersetzt.

Das sind flotte Gedanken und für die jungen Aktivisten von M.A.H.D.I. mit Blick auf Guantánamo, Abu Ghraib, den Irak und Nahostkonflikt auch plausibel. Aber taugen sie zu mehr als einer weiteren Verschwörungstheorie? Die Auseinandersetzung mit dem Thema „Islam in Deutschland“ war nie frei von Emotionen. Exotisch, rückschrittlich, geheimnisvoll, undurchschaubar – dies sind einige Adjektive, die mit dem Islam assoziiert werden. Und stets haben die anhaltenden Debatten um das Kopftuch, oder die diversen Diskussionen um den Bau einer Moschee hohe Wellen geschlagen. Und so überrascht es nicht, dass der Kommunikationswissenschaftler Kai Hafez die Ergebnisse der Untersuchungen zum Islambild der deutschen Medien in den letzten zwanzig Jahre folgendermaßen zusammenfasst: „Der Islam hat sich als eine Thematik erwiesen, über die erheblich negativer und konfliktorientierter berichtet wird als über die meisten anderen Themen“ (Hafez/Richter, 2). Dieser Befund mag stimmen, sagt aber noch nichts darüber aus, wie sich das Verhältnis der Mehrheitsgesellschaft gegenüber der muslimischen Minderheit in Deutschland im Alltag gestaltet. In den achtziger und neunziger Jahre zum Beispiel drehten sich die migrationspolitischen Debatten um anderes als um religiöse Aspekte: „Ausländerkriminalität“, „Sozialmissbrauch“, „Jugendgewalt“, „Bildungsdefizite“, „Parallelgesellschaften“, „Heiratsmigration“ – dies waren Themen, die die

medialen Diskurse bestimmten. Wissenschaft, Politik und Publizistik verzichteten bei der Beschreibung der kulturellen und sozialen Differenz zwischen Einwanderern und der Mehrheitsbevölkerung weitgehend auf religiöse Begründungszusammenhänge. In der Regel bediente man sich sozialer Kategorien wie „bäuerliche Bevölkerung“, „Ungleichzeitigkeit“, „Machismo“, „Rückständigkeit“, „patriarchale Familienstrukturen“, „Onkelökonomie“ und „Bildungsferne“.

Auch die xenophoben Debatten bezogen sich nur selten auf den Islam, sondern wurden entlang ethnischer bzw. völkischer Grenzziehungen und dem Topos kulturelle Überfremdung geführt. Eine entwickelte Islamfeindlichkeit gab es in Deutschland bis in die jüngste Vergangenheit nicht. Im Gegenteil: Lange Zeit erweckte das Gros der Bundesbürger den Eindruck, als handelte es sich bei Konflikten des politischen Islam für sie um etwas, das in fernen Ländern stattfindet, nicht aber in Deutschland bzw. dem Westen. Selbst nach den schockierenden Ereignissen vom 11. September 2001 stand in Deutschland das Werben um Toleranz in der Mehrheitsbevölkerung zunächst im Vordergrund. Anders als in England oder in den Niederlanden kam es hierzulande zu keinen nennenswerten Übergriffen gegenüber Muslimen. Auch stießen die Thesen des holländischen Populisten Pim Fortuyn, der 1997 mit seinem Buch „Gegen die Islamisierung unserer Kultur“, seinen erfolgreichen Feldzug eröffnete, in Deutschland vor allem auf Skepsis. Die Bundesbürger ließen

sich selbst durch islamistische Terroranschläge nicht aus der Ruhe bringen.

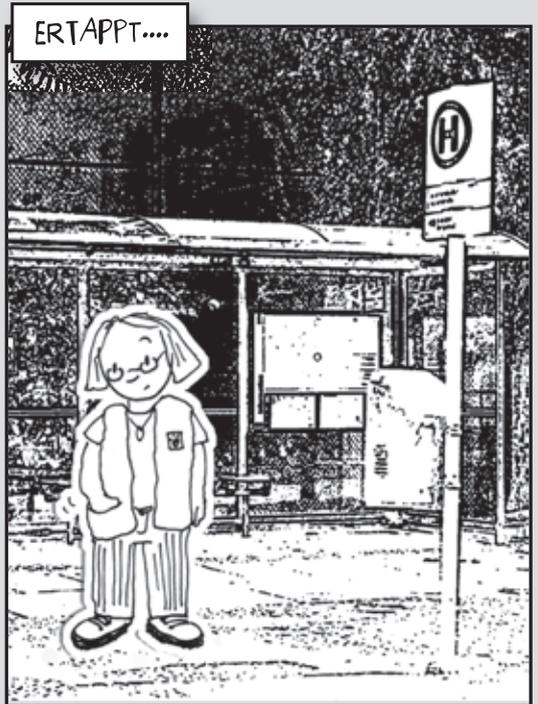
Wer eine tief sitzende und langjährige Islamophobie in Deutschland behauptet, der sollte sich zumindest die Mühe machen zu erklären: Wie konnte es unter diesen Voraussetzungen dazu kommen, dass Deutschland in der Vergangenheit Hunderttausenden muslimischen Flüchtlingen vor allem aus dem Nahen Osten und Bosnien-Herzegowina, aber auch aus Afghanistan, der Türkei, Algerien, dem Iran und Irak und vielen weiteren Ländern Zuflucht gewährte? Eine Phobie und Feindlichkeit sieht anders aus.

Unwissen, Nachlässigkeit und Ignoranz – dies ist die treffendere Beschreibung der Haltung, mit der das Gros der Deutschen über Jahrzehnte auf die Einwanderung des Islam reagierte. Und flackerten tatsächlich einmal islamfeindliche Stimmungen auf, waren Politik und Medien ein verlässliches Korrektiv. So formulierte Bild am 16. September 2001: „Das Letzte, was wir brauchen, ist ein Kampf der Kulturen. Das Allerletzte sind Mitchristen, die nun zum Feldzug gegen den Islam blasen und den weltweiten Schock nutzen, um auf den Flammen des Infernos ihr heuchlerisches Süppchen kochen.“

Die Bundesbürger, aber auch der Großteil der Medien waren in ihrem Bemühen, den Islam zu verstehen, bisweilen so blauäugig, dass sie die Herausforderung totalitärer islamistischer Bewegungen über Jahrzehnte kaum wahrnehmen wollten (vgl. Dantschke/Seidel/Yildirim; auch unter <<http://www.aypa.net>>. Hier wird die Kooperation

bundesdeutscher Politiker mit islamistischen Gruppen und Organisationen beleuchtet, ebenso das mangelnde journalistische Interesse am Thema „Islamismus“). An dieser jahrelangen Verdrängung problematischer Entwicklungen im islamisch/islamistischen Milieu haben

viele mitgewirkt: Ein Teil der politischen Klasse glaubte die Ressource Islam im Allgemeinen und islamistische Gruppen im Besonderen als kommunitaristisches Netzwerk nutzen zu können, um den Folgen von Arbeitslosigkeit und dem sozialen Niedergang in den Einwanderervierteln kostengünstig entgegenzuwirken. Und in den Chefetagen der christlichen Kirchen dachte sich so mancher: Wenn soziale Fragen im Kontext der Islamdebatte in religiöse umdefiniert werden, wertet das die eigene gesellschaftliche Stellung wieder auf. Dem Religiösen kommt endlich wieder der Platz zu, den es ihrer Meinung nach verdient. Und bei einem Teil der Diskutierenden, die biografisch in der ehemaligen Linken verankert sind, bietet sich der Islam bis heute als antiimperialistische Projektionsfläche an. Nach dem Niedergang der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt scheinen islamische



und islamistische Bewegungen die letzten zu sein, die der Vormachtsstellung der USA und der Alternativlosigkeit des globalisierten Kapitalismus etwas Eigenes entgegensetzen.

2004 – Der Mord in Amsterdam und seine Folgen

Im Herbst 2004 veränderte sich die Lage fundamental. Die Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh am 2. November 2004 durch einen Islamisten führte nicht nur bei unseren Nachbarn zu einer „moralischen Panik“, wie der niederländische Publizist Geert Maak die eruptive Verbreitung islamkritischer bis hin zu eindeutig islamophober Einstellungen nennt. Dem Entsetzen über die Tat folgte auch in Deutschland eine Reaktion der Gesellschaft, die schnell hysterische Züge annahm.



Die Debatte glich einem Dammbruch, der lang Angestautes und Verdrängtes sintflutartig durch die Medienlandschaft spülte. Stellvertretend für ein ganzes Milieu formulierte Mathias Döpfner, Chef des Axel Springer Verlags, wenige Tage nach der Ermordung van Goghs: „Was muss noch passieren, bis die europäische Öffentlichkeit realisiert: Es herrscht eine Art Kreuzzug, eine perfide, auf Zivilisten konzentrierte, gegen unsere freien, offenen Gesellschaften gerichtete Systemattacke fanatisierter Muslime“ (in „Die Welt“ vom 20. November 2004).

Über Nacht bestimmten neue Schlagworte die Agenda: Islam, Islamismus, EU-Beitritt der Türkei, Muslime, Parallelgesellschaften, Frauenunterdrückung, Nahostkonflikt, das Ende der multikulturellen Gesellschaft, islamisierter Antisemitismus – alles wurde in einen Topf geworfen und der Islam und Islamismus zu einem ununterscheid-

baren Brei zusammengerührt. In Hunderten von Berichten, Reportagen und Kommentare wurde das Feld Islam, Islamismus und Einwanderer mit muslimischem Hintergrund neu vermessen.

Die Religionisierung der Ausländer- und Integrationsdebatte seit Herbst 2004 ist einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik. Als ob ein Schalter umgelegt worden wäre, veränderte sich die Perspektive. Türken, Araber und Palästinenser mutierten von einem Tag zum anderen zu den Muslimen, und gleichzeitig wurde die unabdingbare Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus aufgehoben. Aus Millionen mehr oder weniger gut integrierter Einwanderer aus der Türkei und dem Nahen Osten wurden Repräsentanten einer Religion, der Terrorismus und Gewalt als Wesensmerkmal innewohnen.

Eine wichtige Rolle bei diesem Transformationsprozess spielte der niederländische

Schriftsteller Leon de Winter. In flammenden Texten erläuterte er dem deutschen Publikum, warum eine klare Grenzziehung zwischen moderaten Muslimen und Extremisten nicht möglich sei. Im historischen Rückblick ist für de Winter die Einwanderung von Muslimen nach Westeuropa ein Fehler. Folgerichtig fordert er in seinem Beitrag „Wir müssen eine Weile die Tore schließen“ einen Einwanderungsstopp für Muslime nach Europa (in „Die Welt“ vom 15. Dezember 2004).

Die These, der Islam und damit die Muslime seien nicht kompatibel mit dem westlichen way of life, wird seit 2004 im bundesdeutschen Feuilleton variantenreich dekliniert. Das gilt auch für die Behauptung des Orientalisten und Publizisten Hans-Peter Raddatz, die Anwendung von Gewalt sei für einen rechtschaffenen Muslim eine Verpflichtung: „Vereinfacht lässt sich sagen, ein Christ mißbraucht seine Religion, wenn er Gewalt anwendet, und

ein Muslim mißbraucht seine Religion, wenn er Gewalt nicht anwendet (in „Die Weltwoche“ 2004, Nr. 16). Von einer solchen Sicht der Dinge ist es nur ein kleiner Schritt, zur Forderung, den Islam oder den Koran zu verbieten. Genau dies verlangte im August 2007 der Chef der niederländischen „Freiheitsliste“ Geert Wilders, der sich als Nachfolger Pim Fortyns betrachtet. Einen „moderaten Islam“ gebe es nicht, schrieb Wilders in einem Brief, der am 8. August 2007 in der Zeitung „De Volkskrant“ veröffentlicht wurde. Wie für das in den Niederlanden verbotene Hitler-Buch „Mein Kampf“ sei für den Koran „kein Platz in unserem Verfassungsstaat“.

Anders als in den achtziger und neunziger Jahren wird heute nicht nur in rechtsextremen Kreisen, sondern auch in der politischen Mitte ernsthaft darüber debattiert, ob Muslime das Recht haben sollten, in Deutschland repräsentative Moscheen zu bauen. Im Frühjahr 2007 drängte der Publizist Ralph Giordano den Oberbürgermeister Kölns, die Genehmigung zum Bau einer Moschee durch die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (Ditib) zurückzuziehen. Ditib ist der größte muslimische Dachverband in Deutschland und frei jeden Verdachts, Islamismus oder gar Terrorismus zu befördern. Giordano bezeichnete das Bauprojekt als „Religionsausdruck einer fremden Kultur“, beschwerte sich, dass die „Bevölkerung überhaupt nicht gefragt wird, ob sie damit einverstanden ist“ und sprach den Muslimen das Recht ab, sich bei ihrem Wunsch, eine Moschee zu bauen, auf das Grundrecht

der Religionsfreiheit berufen zu können (in „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 16. Mai 2007).

Giordanos Thesen fanden breiten Widerhall. In der heftig geführten Debatte wartete unter anderem die Sozialwissenschaftlerin Necla Kelek, mit der Erkenntnis auf: „Das Minarett ist ein Herrschaftssymbol“ und Moscheen seien keine Sakralbauten, sondern „Keimzellen einer Gegengesellschaft“ (Kelek, 33). Daraufhin räsonierte die FAZ: „Sollte es bei den Moscheen- oder Minarettstreitigkeiten auf Seiten der Muslime tatsächlich um Eroberungsphantasien in einem großen Weltspiel gehen? Setzt die islamische Welt mit jedem neuen Minarett einen unverrückbaren Stein, eine Triumphsäule, die, wie eine Siegesfackel in den Himmel ragend, die bisher von Kirchtürmen geprägten Stadtbilder überstrahlt? Sollte das Abendland also doch untergehen und jedes neue Minarett zum Wegweiser der Welt

von morgen werden? Welchen Grund haben die Nichtmuslime, diese ehrwürdigen Zeichen in einem anderen Sinn zu verstehen?“ (Reents).

Ein Kulturalismus, der in der Vergangenheit dem äußersten rechten Rand des politischen Spektrums vorbehalten war, hat sich weit in die bürgerliche Mitte vorgearbeitet. Die extreme Rechte beschrieb und beschreibt den Islam und die muslimischen Einwanderer in der Vergangenheit häufig als für Deutschland bzw. Europa kulturfremde Gruppe, die im Widerspruch zu den kulturellen Traditionen Deutschlands bzw. Europas stünden. Sie geht von einem essentialistischen Begriff des Islam aus, der Muslime zwangsläufig auf Verhaltensweisen festlegen würden, die inkompatibel mit den hiesigen Rechts- und Wertvorstellungen seien. Damit wird ein ganzes Kollektiv, unabhängig vom Verhalten der Individuen, als inkompatibel mit den Normen und Werten in





Deutschland beschrieben. Nichts anderes geschieht im bürgerlichen Feuilleton. Dass dies nicht im Namen einer völkischen Ideologie, sondern im Namen der Menschenrechte geschieht, macht die Sache kaum besser.

Woher kommen die Wut und die Schärfe, mit der die Islamdebatten nach der Ermordung Theo van Goghs in Ländern wie den Niederlanden und in Deutschland seit Ende 2004 geführt werden? Der niederländische Autor Ian Buruma gelangt in seiner brillanten Studie „Die Grenzen der Toleranz“ zu der Erkenntnis, dass der Ruf nach den Werten der Aufklärung keineswegs nur eine Reaktion auf muslimische Herausforderungen sei, sondern eine Reaktion auf die Modernisierung der europäischen Gesellschaften seit den sechziger Jahren. „Er ist zum Teil eine Revolte gegen die Revolte. Die Toleranz ist vielen Konservativen zu weit gegangen. Weil der Säkularismus zu tief greifend

ist, als dass man die Autorität der Kirchen wiederherstellen könnte, haben Konservative und Neokonservative die Ideen der Aufklärung als Markenzeichen nationaler und kultureller Identität begierig aufgegriffen. Mit anderen Worten: Die Aufklärung ist zur Bezeichnung einer neuen konservativen Ordnung geworden, und ihre Feinde sind die Fremden, deren Werte wir nicht teilen können.“

Buruma führt die Bitterkeit vieler Europäer gegenüber dem Islam darauf zurück, dass sich Millionen nur unter Schmerzen aus der Enge der Religion gewunden haben. „Die Tatsache, dass viele Europäer weniger frei von religiösen Sehnsüchten sind, als sie geglaubt hatten, macht die Konfrontation noch schmerzhafter. Dies trifft besonders auf die zu, die sich für Linke hielten. Einige hatten den Glauben ihrer Eltern gegen marxistische Illusionen eingetauscht, bis sie auch hier in Desillusionierung

endeten. Der religiöse Eifer der Immigranten ist ein Spiegelbild dessen, was sie selbst einst gewesen waren.“

Tatsächlich scheinen viele Europäer einer Amnesie zu verfallen, wenn es um ihre eigene jüngere Geschichte und innere Psychologie geht. Nur wenige machen sich bewusst, wie kurz die Geschichte der Emanzipation der Frauen oder die der sexuellen Selbstbestimmung ist: Bis 1954 wurden in den Niederlanden Frauen im öffentlichen Dienst automatisch entlassen, wenn sie heirateten. Und in Westdeutschland war bis 1969 Homosexualität selbst unter Erwachsenen generell strafbar. Die Angst, dass die erst vor kurzem erreichte gesellschaftliche Übereinkunft, die in der Tiefe der Gesellschaft keineswegs so gefestigt ist, wie das urbane Leben in den Metropolen nahe legt, durch muslimische Einwanderer wieder in Frage gestellt werden könnte, ist groß. Die Muslime erscheinen als die Spielverderber, die mit ihren konservativen Geschlechter- und ihren religiös begründeten Moralvorstellungen wie uneinladene Gäste auf der Party auftauchen. Die Bereitschaft der Bevölkerung zum Verständnis für Muslime und deren Rechte scheint erschöpft, bezüglich des Islam und der muslimischen Minderheit werden die Fronten nachweisbar härter. Wenn die Annahme stimmt, dass dem Ausbruch eines Konfliktes eine Zeit der Entfremdung vorangeht, in der das Misstrauen wächst, dann stehen den Muslimen in Deutschland turbulente Zeiten bevor.

UNGEBROCHENE SELBST- IDEALISIERUNG

Redaktionelle Anmerkungen

Unterschiedliche Ausgrenzungsmechanismen und antiemanzipatorische Diskurse laufen weder streng parallel zueinander, noch addieren sie sich einfach. „Rasse“, Klasse und Geschlecht als drei wesentliche strukturierende Herrschaftslinien bedingen sich, verschränken sich und können sich gegenseitig verstärken. Immer wieder wird aber auch das eine gegen das andere ausgespielt.

In der öffentlichen Debatte werden nicht erst seit dem Artikel von Birgit Rommelspacher Feminismus und „Islamkritik“ gegeneinander diskutiert. Gleichberechtigung wird aus einer mehrheitsdeutschen Position auf einmal vor allem - und allzu oft ausschließlich - gefordert, wenn es um muslimische Frauen geht. Mit einem herrschaftskritischen Feminismus wollen diese KritikerInnen hingegen nichts zu tun haben. Zudem verdecken dogmatische Positionierungen schnell die Komplexität der Ausgrenzungsstrukturen „Rasse“ und Geschlecht - differenzierende Analysen sind

selten zu finden. So drohte die von Rommelspacher formulierte Kritik an einigen feministischen „Islamkritikerinnen“, die mit Rechten gemeinsame Sache machen und rassistisch für „ihre“ Sache kämpfen, in einer Flut von Polemik unterzugehen. Nicht zuletzt die heftigen (im übrigen oft überaus rassistischen und sexistischen) Reaktionen, die Birgit Rommelspacher bekam, haben uns veranlasst, diesen Artikel im Schattenbericht nachzudrucken¹. An ihm und an den Reaktionen wird deutlich, wie schwer es ist, einen antimuslimischen Diskurs aufzubrechen, wenn nur noch das Freund-Feind-Schema gilt und kulturalisierend über „den Islam“ und „die Islamkritik“ gesprochen wird, so dass nicht mehr die politischen und sozio-ökonomischen Machtverhältnisse zur Disposition stehen.

Der Artikel von Birgit Rommelspacher ist zuerst erschienen in der taz vom 18. Januar 2010.

1: Eine Replik von Birgit Rommelspacher auf die Kritik findet sich in: inamo Nr. 61, Frühjahr 2010, Jg. 16 bzw. <http://www.linksnet.de/de/artikel/25686>

Beispiel Minarettverbot: Wie kommt es, dass Feministinnen mit den Rechten koalieren? Eine Kritik des kolonialen Feminismus.

von **Birgit Rommelspacher**

Immer häufiger machen Feministinnen mit Rechten gemeinsame Sache. So kämpfte Julia Onken, eine der bekanntesten Feministinnen der Schweiz, gemeinsam mit der rechtspopulistischen Schweizer Volkspartei erfolgreich für das Minarettverbot. Alice Schwarzer zeigt viel Verständnis dafür, drückt sich in dieser Abstimmung doch ihrer Meinung nach das ganze Unbehagen an einem emanzipations- und demokratiefeindlichen Islam aus. Ebenso war sie voll des Lobes für Ayaan Hirsi Ali, die niederländische Feministin aus Somalia, die, kaum dass sie ihre antiislamischen Positionen öffentlich gemacht hatte, von der rechtsliberalen Partei VVD (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie) zur Kandidatur aufgefordert wurde und diese mehrere Jahre als Abgeordnete im niederländischen Parlament vertrat. Feministinnen müssten inzwischen auch mit den Rechten koalieren, so argumentierte kürzlich die Publizistin Halina Bendkowski in einer Radiodiskussion im rbb, da die Linken sich aus Angst vor den Muslimen nicht mehr trauten, sich für die Gleichberechtigung der Frauen einzusetzen.

Früher gab es eine eher selbstverständliche Affinität zwischen Linken und Feministinnen, auch wenn diese oft genug den männlichen Chauvinismus in der Linken anzuklagen hatten. Dennoch schien der Kampf für Gleichheit und Gerechtigkeit sie miteinander zu verbinden. Selbst als der Begriff „links“ zunehmend problematisch wurde, war man sich doch zumindest darin einig, was man nicht sein wollte, nämlich rechts.

Allerdings gab es auch schon früher chauvinistische Tendenzen innerhalb der Frauenbewegung, indem andere Gruppierungen mithilfe des Patriarchatsvorwurfs diskreditiert wurden. In den 1970er-Jahren richtet er sich vor allem gegen die Juden. Ihnen wurde vorgeworfen, einem archaisch verwurzelten Patriarchat verhaftet zu sein, und unter anderem auch, den sexuellen Missbrauch von Kindern zu legitimieren („Das bestgehütete Geheimnis“). Dass Jüdinnen Feministinnen sein konnten, war unvorstellbar. Dem gegenüber war, wie Franz Alt in seinem damaligen Bestseller titelte, „Jesus, der neue Mann“.

Kaum zwei Jahrzehnte später waren es die Ostfrauen, so wussten westdeutsche Feministinnen

angesichts der Vereinigung zu klagen, die die Frauenbewegung um zwanzig Jahre zurückwarfen, weil sie noch nie für ihre Rechte gekämpft und noch nie etwas von sexistischer Gewalt oder von einem geschlechtersensiblen Sprachgebrauch gehört hätten. Spätestens seitdem die erste Bundeskanzlerin eine ostdeutsche Frau ist, ist auch diese Klage verstummt.

Nun sind es die Muslime, die den Prototyp des Unterdrückers zu geben haben. Das wird jedoch wohl kaum eine Episode bleiben, können sich diese Feministinnen doch auf einen breiten Konsens in der Gesellschaft und auf mächtige Stimmen aus den unterschiedlichsten politischen Lagern, national wie international, stützen. So werden allenthalben der Mut und das Engagement von Necla Kelek und Seyran Ateş gelobt, die sich unerschrocken über Tabus hinwegsetzten und für die unterdrückten Musliminnen kämpften.

Ja, es ist eine gute Sache, sich für die Rechte der Frauen einzusetzen. Das Problem beginnt dann, wenn die Unterdrückung von Frauen untrennbar mit einer bestimmten Kultur, wahlweise auch einer bestimmten Religion oder Tradition verknüpft

KOPFTUCHVERBOT



wird. Patriarchat und Kultur beziehungsweise Religion oder Tradition sind dann nicht mehr jeweils eigenständige Größen, die in Wechselwirkung miteinander treten, sondern miteinander verschmelzen, sodass man schließlich die ganze Kultur beziehungsweise Religion infrage stellen muss, will man sich für Frauenrechte einsetzen. Nach dieser Logik müsste man auch unverzüglich das Christentum abschaffen. Das Problem jedoch wäre dann, dass im Zweifel nur noch der Säkularismus übrig bliebe, der jedoch genauso patriarchal ist, hat er doch mit der Biologisierung der Geschlechterunterschiede die Grundlage für tief greifende Formen der Frauenunterdrückung gelegt.

Die Verschmelzung von unterschiedlichsten Einflussgrößen erlaubt es nun, alle möglichen Probleme auf eine Ursache zurückzuführen: Ob es um Gewalt gegen Frauen geht, um die Kriminalität von Jugendlichen, um politische Radikalisierung oder überhaupt um die Einstellung zu Erziehung und Bildung, um Arbeitsmotivation und das gesamte Freizeitverhalten, alles

wird, glaubt man Autorinnen wie Kelek oder Ateş, durch „die“ Kultur bestimmt. Ebenso schweifen sie mit ihren Gedanken frei durch die ganze Welt und greifen all die Grausamkeiten auf, über die gerade aktuell berichtet wird, um sie als Anzeichen des drohenden Scheiterns eines multikulturellen Zusammenlebens in Deutschland heranzuziehen. Zurück bleibt das Bild einer diffusen, überall lauernnden Macht, die uns ständig bedroht und die nur durch entschlossenes Zurück-

drängen und Überwachung in Zaum gehalten werden kann.

Differenz wird hier mit Hass und Feindseligkeit aufgeladen. Mit dieser Essenzialisierung von Differenz und ihrer Dämonisierung durch die Exotik der Grausamkeit wird ein nüchterner Blick auf ihre möglicherweise produktiven wie problematischen Aspekte gar nicht erst zugelassen, sondern man versucht, das Andere auszustoßen oder unter Kontrolle zu bringen. Aus diesem Grunde geht es in erster



Linie um repressive Maßnahmen wie das Kopftuchverbot, Einwanderungsbeschränkungen und Gesinnungsprüfungen in Form des sogenannten Muslimtests.

Was die längerfristigen Strategien betrifft, gibt es im Grundsatz jedoch unterschiedliche Positionen: Die eher Gemäßigten setzen auf eine Reform des Islam, was aber angesichts der ständigen Vermengung von Traditionen und Kulturen mit der Religion und angesichts der weitgehenden Negierung aller anderen gesellschaftlichen Einflussgrößen von sehr begrenztem Wert sein dürfte.

Militanter hingegen gibt sich etwa Necla Kelek. Sie hält „den“ Islam nicht für reformfähig und möchte ihn insgesamt zugunsten des Christentums abschaffen. Denn während „das Alte Testament und der Koran“, so Kelek, „Geschichten von Blut und Gewalt erzählen, ist das Neue Testament eine Botschaft der Liebe und Hoffnung“.

Diejenigen, die angesichts der „Kriminalgeschichte des

Christentums“ Zweifel an dieser Lesart haben, wenden sich dann doch eher einer säkularistischen Position zu, die alle Religionen als patriarchal verurteilt und in ihrem Einfluss auf ein Minimum reduziert sehen möchte. Religion wird als wesentlich vormodern begriffen, als etwas, was es mit dem menschlichen Fortschritt zu überwinden gilt. Zumindest sollte sie in die Verborgenheit des Privaten zurückgedrängt werden, um die „Neutralität“ der Öffentlichkeit nicht zu unterlaufen. Nach dieser Logik hat sogar das Minarettverbot einen Sinn, vorausgesetzt, die christlichen Kirchen zählen nicht. Und das ist in der säkularen Argumentation sehr häufig der Fall, denn es werden nicht nur die Kirchtürme „übersehen“, sondern die Durchdringung des gesamten öffentlichen Lebens mit christlichem Traditionen. Selbst wenn, wie viele Säkularisten fordern, der christliche Religionsunterricht in den Schulen oder die Steuerbegünstigung der Kirchen abgeschafft würde, wäre noch

lange nicht die kulturelle Dominanz des Christentums in dieser Gesellschaft infrage gestellt. Denn die Kirchen beanspruchen heute mehr denn je Autorität in Sachen Ethik und Moral. Gerade weil sie aus dem politischen Tagesgeschäft verdrängt wurden, konnten sie nun umso besser eine besondere Moralkompetenz beanspruchen. Davon hat sich auch die große Mehrheit der Deutschen – einschließlich der säkularen und ungläubigen – überzeugen lassen.

Aufgrund dieser eminent christlichen Prägung unserer Gesellschaft müsste es hier auch mit der Frauenbefreiung schlecht aussehen, wenn man eine Identität von Religion und Patriarchat unterstellt. Deshalb setzen die Säkularisten auch vor allem auf die emanzipatorische Kraft von Aufklärung und Moderne. Allerdings müssten informierte und kritische Menschen heute wissen, dass die Aufklärung nicht nur den Ausgang „des“ Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit



beschert hat, sondern auch die Entmündigung von Frauen, Sklaven und Besitzlosen. Sie hat diese Machtverhältnisse fortgeführt, teilweise verschärft und vor allem neu legitimiert. Mit der Aufklärung wurde die Vernunft zum Maßstab von Menschenwürde und politischen Rechten, wer aber als vernünftig zu gelten hatte, das entschied die Wissenschaft. Dabei war die Erfindung des physiologischen Schwachsinn des Weibes ebenso wie die Hierarchisierung von Menschen mithilfe ihrer Hautpigmentierung eine der bezeichnenden Produkte dieser „aufgeklärten“ Wissenschaft.

Es muss wohl vorsätzliche Naivität angenommen werden, wenn die Geschichte Europas ausschließlich als eine von Demokratie und Menschenrechten erzählt wird, und das in einem Land, in dem noch vor gut 70 Jahren die Mehrheit der Menschen aller Bildungsstufen davon überzeugt war, dass man das Jüdischsein an der Nase ablesen könnte und es als Zeichen persönlicher Verworfenheit und politischer Allmacht interpretieren müsste.

Wenn dies höchst zwiespältige europäische und deutsche Erbe nicht angenommen wird und man in einseitiger Selbstidealisierung verharrt, führt man letztlich den alten Machtanspruch fort. Adorno sagt dazu: „Nicht selten verwandelt sich der faschistische Nationalismus in einen gesamteuropäischen Chauvinismus. Das vornehme Wort Kultur tritt anstelle des verpönten Ausdrucks Rasse, bleibt aber ein bloßes Deckbild für den brutalen Herrschaftsanspruch.“

Man benützt also nicht mehr so sehr das Argument „rassischer“ Überlegenheit, sondern stützt sich vielmehr auf die zivilisatorische Funktion des Westens. Teil dieser „zivilisatorischen Mission“ war jedoch auch schon zu Zeiten des Kolonialismus das Bestreben, „die unterdrückte Muslimin“ zu befreien, was Leila Ahmed von einem „kolonialen Feminismus“ sprechen lässt. Wer jedoch zögert, die Machtanmaßungen des Kolonialismus mit Feminismus zusammen zu denken, der sollte wissen, dass auch im Nationalsozialismus Frauen ihre „rassische“ Überlegenheit mit ihrem Einsatz für die Gleichstellung von Mann und Frauen begründeten. So formulierte etwa Sophie Rogge-Börner in der Zeitschrift Die deutsche Kämpferin, dass man gemeinsam mit den arischen Rassegenossen gegen das „orientalisch-jüdische Patriarchat“ kämpfen sollte, weil dies die ursprüngliche, germanische Gleichstellung der Frau zerstört habe.

Der Einsatz für Frauenrechte und der Kampf um Hegemonie sind also nicht per se Antagonismen. So ist es auch in anderen Bereichen gängige Münze geworden, die eigene Suprematie mit dem Einsatz für Menschenrechte zu begründen. Nicht nur wurde der Einmarsch in den Irak mit dem Kampf um Demokratie begründet, sondern ebenso die Forderung nach Ausweisung von Muslimen aus Holland im Namen des Kampfs um die gesellschaftliche Anerkennung und Gleichberechtigung von Homosexuellen.

Insofern ist wohl auch die Affinität des antimuslimischen Feminismus mit rechten Strömungen nicht ganz zufällig. Sie kann wohl

kaum nur als eine „Notlösung“ verstanden werden, die in erster Linie der „Feigheit“ der Linken anzulasten sei, vielmehr scheint es argumentative Konkordanz zu geben, die neue politische Konstellationen hervorbringen. Zu diesen Konkordanz gehört eine ungebrochene Selbstidealisierung, die auch den Stolz auf das Deutschsein gern pflegt. Ebenso gehört dazu, dass eine differenzierte Analyse durch Polemik ersetzt wird und Ängste und Verschwörungstheorien geschürt werden. Je größer und unheimlicher der Feind gezeichnet wird, desto mehr sind aufrechte Volksgenossen gemeinsam mit der Vorhut der KämpferInnen für die westliche Zivilisation aufgerufen, gegen die anstürmenden Feindesheere in Stellung zu gehen und das bedrohte Volk/die bedrohte Kultur zu schützen.

Angesichts der Tatsache, dass laut Allensbach 83 Prozent der Bevölkerung den Islam mit Fanatismus und Radikalismus assoziieren, während sie zu 80 Prozent das Christentum als eine Religion der Nächstenliebe und der Menschenrechte (71 Prozent) ansehen, scheint sich dies manichäische Denken weitgehend durchgesetzt zu haben.

Prof. Dr. Birgit Rommelspacher ist Professorin (em.) für Psychologie mit dem Schwerpunkt Interkulturalität und Geschlechterstudien an der Alice Salomon Hochschule Berlin und Privatdozentin an der Technischen Universität Berlin.

Islamfeindliche Politik in der „Multi-Kulti-Hauptstadt“

PAX EUROPA BERLIN

Am 3. Oktober 2009 konnten PassantInnen in der Westberliner City eigenartige politische Auseinandersetzungen beobachten. TeilnehmerInnen einer Kundgebung unter dem Turm der Gedächtniskirche beantworteten die „Nazis Raus!“-Rufe einer vorbei ziehenden Gegendemonstration mit der gleichen Parole. Während die einen plakativ gegen „islamischen Faschismus“ demonstrierten, warfen die anderen ihnen Rassismus vor. Es darf bezweifelt werden, dass unbedarfte ZuschauerInnen begriffen, was hier passierte.

Von **Ulli Jentsch** (apabiz)

Der 3. Oktober ist nicht nur als „Tag der Deutschen Einheit“ ein Feiertag sondern seit 1997 auch „Tag der offenen Moschee“. Alljährlich bitten Moscheen an diesem Tag die nicht-muslimischen BürgerInnen zum Besuch. Eine Geste an die „Mehrheitsgesellschaft“, so könnte man meinen, und der Versuch der islamischen Gemeinden, Transparenz herzustellen gegen den oft erhobenen Vorwurf der Abschottung. Doch nichts davon können die AnhängerInnen der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) glauben, ihre Toleranz ist schon lange zu Ende. In dem ersten Kundgebungsauftritt der BPE hatte es noch geheißen, der „Tag der Moscheen“ sei der Versuch der „muslimischen Vereinnahmung der Deutschen Einheit“. Nach öffentlicher Kritik wurde dieser Passus gestrichen und die Kundgebung richtete

sich allgemein „gegen Unterdrückung“ und warb „für Menschenrechte“.

Eine nur kurz anhaltende rhetorische Distanzierung, war doch auf der Kundgebung schon zu hören: „Wir feiern heute den Tag der Deutschen Einheit und nicht den Tag der Offenen Moschee.“¹, so Willi Schwend, Bundesvorsitzender der 2006 gegründeten Initiative, unter großem Applaus. Und in der Mitgliederzeitung BürgerForum heißt es einen Monat später bereits wieder so unversöhnlich wie zuvor, dass die Demonstration am 3. Oktober „gegen die Vereinnahmung (...) durch Muslime“ gerichtet war und den Versuch, dieses Datum zum „Tag der offenen Moschee umzufunktionieren“.²

1: Vgl. <http://www.youtube.com/watch?v=CrRHRcSue9M>, einges. am 18.04.2010.

2: Vgl. BürgerForum Nr.2/2009, Seite 3. Im Internet unter http://www.buergerbewegung-pax-europa.de/buergerforum/BuergerForum_02.pdf, einges. am 18.04.2010.

Was wollen „Islam-Kritiker“ wie Pax Europa?

Die etwas mehr als einhundert Versammelten auf der BPE-Kundgebung an der Gedächtniskirche kämpfen nach ihrer Aussage gegen die „Islamisierung“ Deutschlands, deren „deutliche Zeichen“ überall sichtbar seien: „Muslimische Frauen und Kinder werden durch Ehemänner und Verwandte brutal unterdrückt. Ehrenmorde, Zwangsheiraten, Genitalverstümmelungen und körperliche Gewalt sind noch immer an der Tagesordnung“. Diese „Islamisierung“ sei zielgerichtet und aus dem Ausland geplant: „Der Druck, der seitens der meist aus dem Ausland gesteuerten islamistischen Verbände, sowie ihrer Funktionäre und Helfer auf die zugewanderte und die einheimische Bevölkerung ausgeübt wird, nimmt stetig zu (...)“³ und werde von den PropagandistInnen einer Multi-Kulti-Gesellschaft unterstützt.

Die etablierte Politik sieht sich massiver Kritik gegenüber in der Frage, ob „der Islam“ unsere Gesellschaft bedroht. Einhergehend mit der vermeintlich wachsenden Bedrohung durch den islamistisch motivierten Terrorismus weltweit entwickelten sich in den letzten Jahren in den Staaten Nordamerikas und Europas Bewegungen, die sich zumindest mit dem Adjektiv „islamkritisch“ bezeichnen lassen.

Diese Bewegungen versuchen mit den Mitteln außerparlamentarischer Aktivitäten, „der herrschenden Politik“ die „Stimmung im Volk“ zu vermitteln. Auch in

Berlin engagieren sich AktivistInnen in einem Netzwerk von Gruppierungen. Im Jahr 2009 entwickelte sich vor allem die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE). Im selben Feld sind der Berliner Ableger der sogenannten Bürgerrechtsbewegung PRO Deutschland, PRO Berlin, oder auch die PI-Gruppe Berlin aktiv.

Als „PI-Gruppe Berlin“ bezeichnen sich die Berliner AnhängerInnen des islamfeindlichen Weblogs Politically Incorrect (www.pi-news.net, kurz meist PI genannt).

Muslimen boykottieren die Integration

Um welche Probleme sich Pax Europa kümmern wolle, sagte der Bundesvorsitzende Willi Schwend zu Beginn der Kundgebung am 3. Oktober: „Wir werden noch deutlicher herausstellen, wer verantwortlich ist für:



Das Auftreten dieser Gruppierungen und ihre Stellungnahmen in der Öffentlichkeit sorgten 2009 für zum Teil heftige Reaktionen. Namentlich der BPE wurde vorgeworfen, mit ihrer Propaganda „geistigen Nährboden für rassistische Ausgrenzung“ zu bieten, die Veranstaltung am 3. Oktober mit einer Gegenveranstaltung beantwortet.

Sehen wir hier eine neue, rassistisch argumentierende Initiative, wie die KritikerInnen sagen, oder kämpfen ihre Mitglieder „für den Erhalt der Demokratie“, wie es die BPE selber formuliert?

Ehrenmorde, Missstände beim Moscheebau, Antisemitismus, Parallelgesellschaft, Ausplünderung der Sozialsysteme, Gewalt an Schulen, Jugendgewalt und Gewalt gegen Frauen und viele mehr.

Und wir werden aber auch die Unterstützer, die Dhimmis⁴, anprangern und ganz klar sagen, wer sich da in diese Reihen hineinbegibt. Da wir weder von Fremdenfeindlichkeit noch von Rassismus getrieben sind, fühlen wir uns gut, wenn wir als Sprecher von circa 70 % der Bürger aus der Mitte unserer Gesellschaft die Probleme mit

3: Aufruf „Für Menschenrechte – Gegen Unterdrückung“, siehe http://www.bpe-berlin.de/index.php?option=com_content&view=article&id=131:kundgebung-am-03-oktober-1400-uhr-in-berlin&catid=38:veranstaltungenhinweise&Itemid=73

4: Zum Begriff ‚Dhimmis‘ siehe die Anmerkung 3 im Artikel Sind alle ›Islamkritiker‹ ›Islamophob?‘

dem Islamis äh mit dem Islam thematisieren.“

Der Berliner Landesvorsitzende der Vereinigung Pax Europa, das Mitglied im Abgeordnetenhaus Rene Stadtkewitz (ex-CDU), antwortete auf Fragen eines politischen Sympathisanten⁵, wie er „das Problem der Islamisierung“ in Berlin sehe:

lelgesellschaften, ghettoisiertes Stadtgebiete, die sich entwickelt haben. Das Kopftuch hat enorm stark zugenommen in letzter Zeit und man sieht sogar auch mittlerweile Frauen, die gänzlich vermummt sind. Also von oben bis unten in 'nem Ganzkörperschleier verhüllt sind. Das alles sind deutliche Zeichen. Aber das

„herkunftsdeutschen“ Mitte der Gesellschaft gibt. In dem dazu gehörigen Video werden hierzu Kopftuch tragende Frauen am Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg gezeigt. Seine subjektive Wahrnehmung mag er mit anderen BerlinerInnen oder auch dem ehemaligen Finanzsenator Thilo Sarrazin teilen, seine Darstellung



„Also das ist an allen Ecken und Enden spürbar. Wir haben ja jüngst ein Urteil gehabt, ich weiß nicht, ob Sie es verfolgt haben, da hat ein muslimischer Schüler sein Recht in der Schule beten zu dürfen durchgesetzt. Da ist, wenn Sie das verfolgen und auch die Begründung des Richters sich anschauen, ganz klar Scharia-Recht gesprochen worden, damit wird die Schule zur Moschee, der Ort der Niederwerfung ist dann der Ort, den man als Moschee bezeichnet und eh das und viele andere Zeichen, wenn Sie schauen in Berlin: Es gibt unheimlich viele Paral-

Im September 2009 hatte ein Berliner Gericht einem muslimischen Schüler das Recht auf einen Gebetsraum an der Schule zugestanden. Das Urteil hatte für breite Kritik gesorgt, der Berliner Senat will das Urteil anfechten.

ist nur die Oberfläche, es geht natürlich noch viel tiefer.⁶

So formulieren zwei maßgebliche Repräsentanten der BPE die Probleme, um die es ihrer Vereinigung geht. Angeblich gestützt von der Mehrheit, der Mitte der Gesellschaft, greifen sie an, was falsch verstandene Integration angerichtet habe. Nun ist die Übertreibung in den Formulierungen genauso unübersehbar wie der Mangel an Belegen für die überspitzten Darstellungen. Unnötig zu sagen, dass es viele von Willi Schwend herausgestellte Probleme auch ohne ImmigrantInnen und gerade in der

hier ist sicher ebenso demagogisch wie die an den Stammtischen.

Die „Gesinnungsdiktatur“ im Berliner Senat

Die BPE fordert von muslimischen ImmigrantInnen u.a. die Einhaltung der Gesetze in Bezug auf die Selbstbestimmungsrechte der Frauen. Ein angeblich drohendes Eindringen des islamischen Rechtssystems will BPE stoppen. René Stadtkewitz erwähnt als typischen Fall für „das ständige Einknicken vor der islamischen Ideologie und

5: Vgl. Interview mit Rene Stadtkewitz über Islamisierung in Berlin. Im Internet unter <http://www.youtube.com/watch?v=mgSE5put2io>. einges. am 18.04.2010, Transkription durch Eike Sanders.

6: Vgl. <http://www.youtube.com/watch?v=mgSE5put2io>, Interview mit René Stadtkewitz über Islamisierung in Berlin. einges. am 18.04.2010.

Gesellschaftsordnung“ das Urteil eines Berliner Richters, einen islamischen Gebetsraum an einer Schule zu gestatten. Er „vergisst“ zu erwähnen, dass der Berliner Senat in Person seines Bildungssenators gegen das Urteil vorgehen will. Genauso wie er die scharfe Kritik durch andere „Gutmenschen“ unterschlägt, die solch eine Regelung ablehnen.

René Stadtkewitz ist es gewohnt zu polarisieren. Seine jahrelange Betätigung in den Reihen der „Bürgerinitiative Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger e.V.“ (ipahb) gegen den Bau einer Moschee in dem Ostberliner Stadtteil hatte ihm vielerlei Kritik eingebracht.⁷ Auf sein Wohnhaus wurde 2006 gar ein immer noch ungeklärter Brandanschlag verübt. „Die Partei stand damals auf meiner Seite, denn hier ging es auch um einen Angriff auf unsere Demokratie“, so Stadtkewitz in einem Interview.⁸

Doch innerhalb seiner eigenen Partei, der CDU, sorgte Stadtkewitz' Engagement für heftige Debatten. Im November 2009 sollte eine von ihm vorbereitete Diskussion zum Thema „Islam als Integrationshindernis?“ im Berliner Abgeordnetenhaus stattfinden. Der innerparteiliche Streit darum endete schließlich in der Absage der Diskussion und dem Austritt Stadtkewitz' aus der CDU. Der Berliner CDU-Vorsitzende Frank Henkel konnte

den Dissidenten als parteilosen Abgeordneten in der Fraktion halten.

Dem Ansehen des Pax Europa-Landesvorsitzenden kommen solche Entwicklungen eher zugute: „René Stadtkewitz ist einer der wenigen mutigen Politiker in Deutschland, der sich gegen die verordnete Mainstream-Meinung wehrt, die sich wie Mehltau über die Parteizentralen und Redaktionsstuben dieses Landes gelegt hat. Auch im Jahr 2009 schwingt noch immer und überall die vernichtende Nazi-keule, wenn man über Probleme redet, die von ausländischen Mitbürgern verursacht werden. (...) Aber Stadtkewitz lässt sich nicht einschüchtern.“ So schreibt das BPE-Organ BürgerForum im November letzten Jahres.⁹

Stadtkewitz selber hat seit diesen Vorfällen seinen Ton gegen diejenigen verschärft, die der „Lebenslüge“ anhängen, „Deutschland sei ein Einwanderungsland“. Die Absage der Veranstaltung begründete er mit einer „vom Tagesspiegel und der TAZ sowie von Teilen der eigenen Partei entfachte[n] Hetz- und Abgrenzungskampagne“¹⁰. Das Thema der Veranstaltung dürfe nicht „auf dem Altar der islamophilen Diffamierungskartelle“ geopfert werden. Seitdem kommt Stadtkewitz immer wieder darauf zu sprechen, dass eine „Gesinnungsdiktatur“ errichtet worden sei, „der wir alle

zu folgen haben und wenn wir's nicht tun, dann sind wir diejenigen, die man mit dem Rücken an die Wand stellt und die man beschimpft als Rassisten, Nazi und sonst etwas (...)“.¹¹

Islamfeinde als Freunde

Im Jahr 2009 ist der Berliner Landesverband von Pax Europa verstärkt an die Öffentlichkeit gegangen, um seine Positionen deutlich zu machen. Dabei wurde BPE von verschiedenen weiteren Gruppierungen unterstützt. Von besonderem Interesse ist dabei die Zusammenarbeit mit einer „PI-Gruppe Berlin“. Diese setzt sich zusammen aus Berliner AnhängerInnen des islamfeindlichen Weblogs Politically Incorrect (PI). Sie unterstützten Pax Europa bei der Durchführung der Veranstaltung am 3. Oktober: ein PI-Mitglied übersetzte den Beitrag des US-amerikanischen Gastredners.

Alle argumentativen Muster, die bei Pax Europa vorzufinden sind – Verteidigung der Menschenrechte, Kampf gegen Islamisierung, Widerstand gegen verschwörerisches „Gutmenschentum“ – finden sich auch bei PI in einer radikaleren Form wieder. Yasemin Shooman weist in einem Artikel über „Islamfeindschaft im World Wide Web“ den antimuslimischen Rassismus bei PI nach. Die Zuschreibung als Muslim erfolge in einem

7: Zu diesem Konflikt vgl. Eckel, Annika (2007): Angst vor „Kreuzberger Verhältnissen“. Anti-islamischer Rassismus am Beispiel Heinersdorf. In: apabiz et.al. (2007): Berliner Zustände. Ein Schattenbericht zu Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus. Berlin. S. 16-20.

8: Vgl. „Der deutsche Sozialstaat wurde zum Brautpreis für Zwangsheirat und arrangierte Ehen“, Interview mit René Stadtkewitz auf <http://www.buchtest.de/blog/der-deutsche-sozialstaat-wurde-zum-brautpreis-fur-zwangsheirat-und-arrangierte-ehen/>.

9: Vgl. BürgerForum Nr.2/2009, Seite 2. Im Internet unter http://www.buergerbewegung-pax-europa.de/buergerforum/BuergerForum_02.pdf, einges. am 18.04.2010.

10: Pressemitteilung ohne Datum. Zitiert nach <http://www.pi-news.net/2009/11/angst-vor-fatwa-weltuntergang-laesst-mekka-aus/>, einges. am 18.04.2010.

11: Vgl. Interview mit René Stadtkewitz über Islamisierung in Berlin. Im Internet unter <http://www.youtube.com/watch?v=mgSE5put2io>, einges. am 18.04.2010.



ethnischen Sinne, dies geht bis hin zu biologistischen Wahrnehmungen: „Für mich ist der Kerl [gemeint ist der GRÜNEN-Politiker Cem Özdemir – UJ] ein Türke mit deutschem Pass. Eine Kuh, die im Pferdestall geboren wird, bleibt eine Kuh.“ „Das islambezogene Feindbild mischt sich auf PI“, so Shooman, „mit klassischen rechtsextremen Stereotypen.“¹²

Auch auf internationaler Ebene kooperiert BPE mit Vereinigungen und Personen, die deutlich jenseits berechtigter Islamkritik stehen. Erstmals im Juni sowie im September 2009 nahm Pax Europa als Nicht-Regierungsorganisation (NRO) an Treffen der OSZE in Wien und Warschau teil, „zusammen mit den verbündeten Organisationen „ICLA“ (International Civil Liberties Alliance), „Mission Europa / Netzwerk Karl Martell“ und dem „Wiener Akademikerbund“.¹³ Im November vertrat das Mitglied Elisabeth Sabaditsch-Wolff die BPE auf einer weiteren OSZE-Tagung zur „Gleichstellung der Geschlechter“ in Wien. Sabaditsch-Wolff ist Mitglied im Vorstand des Wiener Akademikerbund und wurde im gleichen Monat Auslöserin eines Skandals, der ihr eine Anzeige wegen Volksverhetzung einbrachte. Sie war Leiterin eines Seminars der FPÖ-Parteischule und von einer Undercover-Journalistin beobachtet worden: „Vier Stunden lang zitiert Sabaditsch-Wolff willkürlich Verse aus dem

Koran, interpretiert sie nach Gutdünken und folgert: Der Islam ist feindselig. Der Koran ist böse. Muslime hassen uns und sind im Dauerkrieg mit uns.“¹⁴

Die BPE-Mitgliederzeitung berichtet auch von einem Besuch bei der rassistischen Lega Nord in Italien. Dort traf der Vertreter der BPE u.a. mit Mario Borghezio zusammen, Abgeordneter der Lega im Europaparlament. Borghezio wurde u.a. wegen eines Brandanschlages auf schlafende illegale ImmigrantInnen im Jahr 2001 während einer Bürgerwehr-Aktion zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Starredner vom 3. Oktober auf dem Breitscheidplatz, Robert Spencer, Betreiber der islamfeindlichen Weblogs Jihadwatch und Dhimmiwatch, war der bisher prominenteste internationale Unterstützer der BPE in Berlin. Seine Webseiten sind finanziert durch das extrem rechte „David Horowitz Freedom Center“. Die Stiftung, der Kritiker rassistische Einstellungen vorwerfen,¹⁵ bezahlte im vergangenen Jahr auch die USA-Besuche des aktuell erfolgreichsten „Islam-Kritikers“ Europas, dem Holländer Geert Wilders, einer Ikone der islamfeindlichen „Counter-Jihadisten“.

Der Glaube an das Böse im Islam

Die Bürgerbewegung Pax Europa überschreitet zunehmend in ihren Darstellungen der Probleme mit dem politischen Islam und der islamischen Religion, wie deren religiösen Absolutheitsanspruch oder deren unbestreitbaren Angriffen auf fundamentale Menschenrechte, die Grenzen der berechtigten Kritik. In den Darstellungen der BPE und den Aussagen ihrer ExponentInnen finden sich deutlich vorurteilsvolle Argumentationen und anti-demokratische Forderungen.

Die BPE tendiert zu einem pauschalisierenden antimuslimischen Vorurteil, vor allem seitdem sie in 2009 häufiger öffentlich auftritt und für das Ziel der öffentlichen Wahrnehmbarkeit auch den Schulteranschluß mit radikaleren Gruppen sucht. Die AnhängerInnen der BPE gehen in ihren politischen Ansichten nur von einer Handvoll an Paradigmen aus – wie auch ihre teilweise radikaleren BündnispartnerInnen:

Der Islam sei nicht nur eine Religion, sondern vor allem eine reaktionäre Gesellschaftsordnung, die einen totalitären Gottesstaat errichten wolle. Vor allem hier werden die Grenzen zwischen Islamkritik und Islamfeindschaft deutlich. Während die gemäßigten IslamkritikerInnen die fundamentalistische Auslegung des

12: Vgl. Yasemin Shooman: Islamfeindschaft im World Wide Web. In: Zentrum für Antisemitismusforschung (Hg.): Jahrbuch 17 (2008). Berlin: Metropol, 2008. Hier S. 86.

13: Vgl. BürgerForum Nr.2/2009, Seite 3. Im Internet unter http://www.buergerbewegung-pax-europa.de/buergerforum/BuergerForum_02.pdf, einges. am 18.04.2010.

14: Vgl. <http://www.news.at/articles/0948/8/256322/undercover-straches-hass-schule-news-reporterin-dolna-fpoe-parteiakademie>

15: Vgl. Chip Berlet: Into the mainstream. Auf <http://www.splcenter.org/get-informed/intelligence-report/browse-all-issues/2003/summer/into-the-mainstream?page=0,1>, einges. am 18.04.2010.



Islam sowie den islamistischen politischen Islam und seine reaktionären gesellschaftlichen Vorstellungen anprangern, gibt es für die radikalen islamfeindlichen Kreise keinen zu rechtfertigenden Unterschied zwischen Islam und totalitärem Islamismus.¹⁶ Für sie gilt als sicher, dass der politische Islam und Demokratie unvereinbar seien, also eine „Integration“ muslimischer Gemeinschaften unmöglich sei. Radikale Islamfeinde sind von der Unfriedlichkeit des Islam überzeugt.

Der Islam sei auf einem weltweiten Eroberungsfeldzug gegen die westliche Welt und ihre Werteordnung. In den westlichen Einwanderungsländern bedeute dies: Vom Ausland gesteuerte Organisationen setzten in Europa die „Islamisierung“ durch, um ein neues politisches Gebilde („Eurabia“) zu schaffen. Dies erfolge mit Hilfe der Gemeinschaft der

eingewanderten Muslime, die durch die totalitäre Rechtsordnung des Islam von der erfolgreichen Integration abgehalten würden. Nicht die Exklusion muslimischer ImmigrantInnen sei der Grund für entstandene Parallelgesellschaften, sondern der Islam sei der Grund für die erfolglose Integration.

Gegen den weltweiten Kulturkampf müsse sich die westliche Wertegemeinschaft, die diffus als „jüdisch-christlich“ oder als „Abendland“ definiert wird, gemeinsam wappnen und die eigenen kulturellen Errungenschaften verteidigen. Die muslimische Einwanderung müsse gestoppt werden, integrationsunwillige „Kulturbereicherer“ müssen zur Auswanderung gezwungen werden können.

Wer die Zeichen der „Islamisierung“ nicht erkenne, wolle diese als unverbesserlicher „Gutmensch“ nicht sehen oder

gehöre jener Politmafia an, die unser Land bewusst dem Islam ausliefere. Diese Kreise hätten in Teilen Deutschlands, beispielweise in Berlin, eine Gesinnungsdiktatur errichtet. Die Dialogbereitschaft, die manche Muslime an den Tag legten, sei ein Trick.

Instrumentalisierung der Menschenrechte

Diese argumentativen Muster sind für das Weltbild seiner AnhängerInnen unverzichtbar, sie variieren allein in der Gewichtung. Manche hiervon scheinen so unantastbar, dass sie in der Auseinandersetzung des „Kulturkampfes“ quasi wie Dogmen, also im Sinne religiöser Paradigmen, gebraucht werden. Die „Argumentationen“ der meisten islamfeindlichen Gruppierungen verlangen dabei vor allem nach einem: nach homogenen sozialen oder politischen Akteuren, denen klar definierte Absichten zugewiesen werden können. Sie enthalten auch unüberhörbare verschwörerische Züge sowie den Drang, sich selber als Verfolgte und Opfergruppe zu stilisieren.

Hierdurch soll Pax Europa ebenso gegen Kritik immunisiert werden wie durch den Hinweis, man verteidige „die Menschenrechte“ oder auch „die Rechte der Frauen“. Tatsächlich werden diese Rechte durch die BPE vor allem instrumentalisiert und als Mittel für den eigenen politischen Kampf entwendet. So wird die (formale) Gleichberechtigung der Frauen in Deutschland als Errungenschaft der „Europäischen Aufklärung“ betont, wogegen MuslimInnen keine Bereitschaft zeigten, „die Werte, die wir (!)



über viele Jahrzehnte und Jahrhunderte errungen haben, in irgendeiner Weise anzuerkennen.“¹⁷ Aber erkämpften „christlich-jüdische Werte“ die Gleichberechtigung der Frauen oder auch das Diskriminierungsverbot unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Sexualität, Geschlecht, Religion etc.? Diese Emanzipationen sind das Ergebnis von sozialen Kämpfen und wurden doch gerade gegen die VerteidigerInnen der tradierten Werte durchgesetzt. Hier nur ein Hinweis auf die dünne Geschichte dieser „Errungenschaften“: Gerade mal seit 1977 gibt es keine gesetzlich vorgeschriebene Aufgabenteilung in der Ehe mehr und Vergewaltigung in der Ehe wurde in Deutschland erst 1997 strafbar.

Die Auswirkungen einer „Pax Europa“-Politik in Berlin

Laut BPE sind alle Integrationsbemühungen gescheitert, weil „der Islam“ grundsätzlich nicht integrationsfähig sei. Seine totalitäre Rechts- und Gesellschaftsauffassung mache muslimische ImmigrantInnen demokratie-unfähig. Doch was ergibt sich daraus? Pax Europa fordert die „wehrhafte Demokratie“ und weitere Einschränkungen bei der Einwanderungspolitik, „Rückführungen“ und Ausweisungen, Nachweise von Integrationsbemühungen, Verschärfung der Voraussetzungen für die Einbürgerung und so weiter

und so fort. „Nicht nur der Terror, sondern auch ein koranorientierter, legalistischer Islam, der unsere Gesetze zur Durchsetzung seiner Ziele missbraucht, bedroht die freie Gesellschaft.“¹⁸ Der Nachweis der „Leistungsbereitschaft“ und damit einer angenommenen wirtschaftlichen „Integrationsfähigkeit“ reicht der BPE dabei auch nicht aus: „Unabdingbar ist vor allem eine gelebte Akzeptanz unserer Rechts- und Werteordnung.“ Und diese Behandlung will die BPE unterschiedslos für alle, die sich zum Islam bekennen.

Diese Forderungen sind nicht mit Ideologie- oder Religionskritik zu begründen. Aus ihrem Gesellschaftsentwurf resultieren für die BPE politische Forderungen, die sich gegen eine bestimmte Menschengruppe richten – sie sind also kulturalistisch begründeter Rassismus. Zudem ist die geforderte Ausgrenzung und Stigmatisierung muslimischer ImmigrantInnen de facto antidemokratisch. Dass solche Forderungen in vorderster Linie von Mitgliedern und Ex-Mitgliedern demokratischer Parteien erhoben werden, ändert nichts an ihrem Gehalt. So wenig, wie das SPD-Parteibuch eines Thilo Sarrazin etwas an seinem elitären Rassismus ändert. Der CDU-Vorsitzende Frank Henkel will den Exponenten dieses Flügels, René Stadtkewitz, offenbar gerne in der Partei halten. Wohl wissend, dass es mit dem Berliner Ableger der Bürgerbewegung Pro Deutschland, Pro Berlin, eine offen islamfeindliche Alternative

bei den Abgeordnetenhauswahlen 2011 geben wird. Die „Bürgerbewegung“, deren Führungspersonen zum Teil aus dem politischen Rechtsextremismus stammen, prophezeit sich in Berlin selbst hervorragende Aussichten, sofern man wahlkampffähig sei. Auch wenn dies Wunschträume bleiben dürften: die breite gesellschaftliche Akzeptanz, die rassistische Forderungen dieser Art haben, kann zukünftig nicht nur die Wahlergebnisse beeinflussen, sie werden sich vor allem negativ auf die politische Kultur in Berlin niederschlagen.

Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz) bietet Informationen, Materialien und Bildungsangebote im Themenbereich Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus an. Zu diesem Zweck betreibt der Verein ein umfangreiches öffentlich zugängliches Archiv und führt Bildungsveranstaltungen durch. Das apabiz dokumentiert und analysiert das Auftreten und die Entwicklungen der extremen Rechten und des organisierten Neonazismus.

16: Vgl. Eckhardt Kiwitt: Warum es keine „Islamisten“ gibt. In: BürgerForum Nr.1/2009, S.6. Im Internet unter http://www.buergerbewegung-pax-europa.de/buergerforum/BuergerForum_01.pdf, einges. am 18.04.2010.

17: Vgl. Interview mit René Stadtkewitz über Islamisierung in Berlin. Im Internet unter <http://www.youtube.com/watch?v=mgSE5put2io>, einges. am 18.04.2010.

18: Vgl. BürgerForum Nr.1/2009, S.1: Was wir wollen.

FALLZAHLEN: GRUND ZUR ENTWARNUNG?



Die Zahl der bekannt gewordenen rechten, rassistischen und antisemitischen Angriffe und massiven Bedrohungen ist 2009 um ein Drittel gegenüber dem Vorjahr gesunken. Dagegen blieb die Zahl der rassistisch motivierten Angriffe auf hohem Niveau. Besorgniserregend sind die in 2009 geführten antimuslimischen Diskussionen in den Medien.

Von **ReachOut**

ReachOut, die Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, verzeichnet für das Jahr 2009 insgesamt 102 Angriffe in Berlin. Dabei wurden 151 Menschen verletzt und bedroht. Bis März des vergangenen Jahres wurden 148 Angriffe für 2008 registriert. Im Verhältnis zu den um fast ein Drittel gesunkenen Gesamtzahlen sind die rassistisch motivierten Angriffe nur in geringem Maß zurückgegangen. In 53 (2008: 65) Fällen wurden Menschen aus rassistischen Motiven angegriffen. Sie stellten mit Abstand die größte

Gruppe dar. Die antisemitischen Gewalttaten sind sogar auf 7 Angriffe (2008: 4) gestiegen. 15 Gewalttaten trafen Linke (2008: 30), vor allem AntifaschistInnen, gegen nicht-rechte, alternative Jugendliche und Erwachsene richteten sich 12 (2008: 30) Angriffe.

50 (2008: 86) Angriffe fanden im öffentlichen Raum statt. Insgesamt 29 (2008: 39) Gewalttaten wurden in öffentlichen Verkehrsmitteln und Bahnhöfen verübt.

Friedrichshain ist mit 17 (2008: 30) Gewalttaten auch im Jahr 2009 der Bezirk mit den meis-

ten Angriffen. Zum ersten Mal landet ein Westberliner Bezirk auf Platz zwei unserer Angriffsstatistik: Insgesamt 9 (2008: 3) Attacken wurden für Wedding dokumentiert. Es folgen Mitte (2008: 6), Prenzlauer Berg (2008: 6) und Treptow (2008: 9) mit je 7, Pankow (2008: 14) und Neukölln (2008: 9) mit je 6 Angriffen.

Während in Friedrichshain die Angriffe gegen Linke und alternative Jugendliche und Erwachsene überwiegen, sind in Wedding die meisten Angriffe rassistisch motiviert (6). Auch in Prenzlauer Berg und Mitte haben die meisten Angriffe einen rassistischen Hintergrund. Für die Entwicklungen im Wedding gibt es keine schlüssigen Erklärungen. Weder die Orte noch die Art und Weise der Angriffe lassen Schlussfolgerungen zu. Gibt es die Möglichkeit genauerer Analysen der Angriffe, z.B. innerhalb von Beratungen und in Prozessbeobachtungen, dann drängt sich am ehesten der Gedanke auf, dass es sich um zufällige Zusammenstöße handelt. Zufall ist jedoch hier ein anderes Wort für gesellschaftliche Hinweisreize (Rommelpacher, 1994). Es wird auch vor Gericht als legitim angesehen, wenn Täter zur Begründung einer zweifel-

los rassistischen Tat anführen, schlecht gelaunt, betrunken und mit Beziehungsproblemen beladen gewesen zu sein. Da trifft es schon mal den zufällig in der U-Bahn sitzenden vermeintlichen „Ausländer“.

Die gesunkenen Angriffszahlen bieten erfahrungsgemäß keinen Anlass zur Entwarnung. Schon mehrfach haben wir in den zurückliegenden Jahren kurzfristige Rückgänge feststellen können. Darauf folgte jedoch häufig wieder ein Anstieg der rechts, rassistisch, antisemitisch und homophob motivierten Gewalttaten.

Für die Ursachen haben wir keine eindeutigen Erklärungen.

Weder die Schwankungen noch die Zahlen selbst lassen erkennen, welche Schicksale sich hinter jedem einzelnen Angriff verbergen. Das folgende Beispiel zeigt, dass selbst lebensgefährliche Angriffe nicht in den Polizeipressemeldungen erscheinen und die rassistische Tatmotivati- on trotz eindeutiger Äußerungen des Täters zuweilen nicht im Vordergrund der polizeilichen Ermittlungen steht. Hier besteht gravierender Handlungsbedarf, da wir von solchen Angriffen bisher nur durch Zufall erfahren.

Fallbeispiel: „Ausländer“ sind „Penner“

Im September 2009 stieg im Bezirk Mitte ein Fahrgast in ein Taxi. Er wollte in Richtung Kurt-Schumacher-Platz gefahren werden. Es entwickelte sich ein kurzes, belangloses Gespräch zwischen ihm und dem Taxifahrer, Herrn F. In der Müllerstraße bei einer Fahrgeschwindigkeit von 50 km/h wurde Herr F. unvermittelt mit der Faust an den Kopf und Hals geschlagen. Fast hätte es einen Unfall gegeben, der nur durch die besonnene Reaktion von Herr F. verhindert wurde. Der Fahrgast würgte Herrn F. von hinten und sagte, dass er ihn töten wolle. Herrn F. gelang es einerseits die Hände des Angreifers zu packen und ihn daran zu hindern zuzudrücken und andererseits, den Wagen am Rand der Straße zum Halten zu bringen. Er konnte auch den Notruf an die Polizei absetzen.

Ein Autofahrer, der die Szene zufällig beobachtete, hielt an, riss die Tür des Taxis auf und zerrte den Angreifer aus dem Auto. Die Polizei nahm den Täter fest. Sogar in der Anwesenheit der Polizei wiederholte der Mann, dass er Herrn F. töten wollte und betonte, dass er Deut-

scher sei und Herr F. schließlich „Ausländer“ und demzufolge ein „Penner“. Herr F. trug u.a. Verletzungen am Kopf davon. Als er wegen der Schmerzen seinen Arzt aufsuchte, wandte sich dieser an die Beratungsstelle ReachOut, da seines Erachtens eine Gewalttat mit rassistischer Motivation vorlag. Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung und schwerem Eingriff in den Straßenverkehr und wegen der nicht bezahlten Taxifahrt wurden von der Polizei eingeleitet: Der rassistisch motivierte Hintergrund der Tat spielte zu diesem Zeitpunkt für die Polizei keine Rolle.

Von rassistischen Angriffen und gesellschaftlichen Debatten

Die rassistisch motivierten Angriffe, mit denen wir in der Beratung vor allem zu tun haben, sind jedoch nur die Spitze des Eisberges. Sie sagen nur sehr begrenzt etwas über das gesellschaftliche Klima aus.

Mindestens so besorgniserregend wie die Angriffe, sind die rassistischen, genauer die antimuslimischen Debatten, die mittlerweile keinerlei Tabus zu kennen scheinen. Es stellen sich die Fragen, ob die Fallzahlen dauerhaft zurückgehen oder die Angriffe in Folge der rassistischen und antimuslimischen Debatten wieder steigen, wenn die sogenannte Mitte der Gesellschaft und deren Eliten sich verbal gebärden, wie der prügeln Rassist und Neonazi, es nicht besser könnten. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass beide Fragen mit einem Ja

beantwortet werden müssen. So mehrten sich in der Folge der „Asyldebatte“ Anfang der 1990er Jahre die Angriffe auf Flüchtlinge. Mit der Abschaffung des Asylrechts, d.h. der Umsetzung der Debatte in institutionalisierte Formen des Rassismus, wurden die Angriffe weniger. Nicht zuletzt deshalb, weil viele Heime mangels BewohnerInnen geschlossen wurden.

Über die rassistischen Äußerungen des Thilo Sarrazin im Oktober des vergangenen Jahres wurde ausführlich diskutiert. Was bleibt? BefürworterInnen und GegnerInnen bemühen sich um wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn.

Eine repräsentative Umfrage von Emnid belegt, dass 51% der BundesbürgerInnen befürworten, was Sarrazin in einem Interview zum Besten gab. Der Spandauer SPD Kreisverband und die SPD-Abteilung Pankow, die Sarrazin auf Grund seiner Äußerungen aus der Partei ausschließen wollten, geben eine Studie in Auftrag, die den wissenschaftlichen Beweis erbringt, dass Sarrazins Aussagen tatsächlich rassistisch sind. Um Missverständnissen entgegenzutreten: Es geht nicht darum, die Ergebnisse dieser Studie grundsätzlich anzuzweifeln. Doch ist für eine klare Positionierung gegen Herrn Sarrazin eine wissenschaftliche Studie nötig? Zumal in der Studie kaum die vermeintlichen Fakten der Sarrazinschen Thesen hinterfragt werden, sondern nur die Art und Weise ihrer Präsentation. Vielmehr stellt sich die Frage, welche Funktion das eilige Herbeirufen von wissenschaftlichen Expertisen eigentlich erfüllen soll. Ist es vielleicht



weniger konfliktträchtig, einer direkten Konfrontation oder gar einer klaren Positionierung gegen Sarrazin aus dem Weg zu gehen? Wo ist der von der SPD vor einigen Jahren beschworene Aufstand der Anständigen geblieben? Bequemer ist es allemal, sich hinter wissenschaftlicher Objektivität zu verstecken und andere damit zu beauftragen, unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Letztlich blieb auch das Gutachten ohne Konsequenz für die Mitgliedschaft Sarrazins in der SPD.

zweiten Generation, danach läuft es wie am Schnürchen, weil sie noch eine altdeutsche Arbeitsauffassung haben. Kein Zuzug mehr, und wer heiraten will, sollte dies im Ausland tun. Ständig werden Bräute nachgeliefert: Das türkische Mädchen hier wird mit einem Anatolen verheiratet, der türkische Junge hier bekommt eine Braut aus einem anatolischen Dorf. Bei den Arabern ist es noch schlimmer“ als rassistisch zu bezeichnen sein könnten.

Kommentaren und Pöbeleien in diversen Internetforen (z.B. im Gästebuch der ARD-Sendung „Hart aber Fair“). Hier spricht vermeintlich „Volkes Stimme“ bzw. die gesellschaftliche „Mitte“. Dieser Rassismus der „Mitte“ konzentriert sich zurzeit auf ein ganz klares Feindbild: Den Islam“ oder die Muslime. Sarrazin und die Debatte um das mit ihm geführte Interview ist lediglich eine medial viel beachtete Fortsetzung einer seit Jahren geführten islamfeindlichen und antimuslimischen Hetzkampa-



Nach ca. 25-jähriger Debatte über Rassismus und rassistische Strukturen in Deutschland mutet es geradezu absurd an, zu fragen, inwiefern Sarrazins Äußerungen wie:

„Die Türken erobern Deutschland genauso, wie die Kosovaren das Kosovo erobert haben: Durch eine höhere Geburtenrate“ oder „Die Deutschrussen haben große Probleme in der ersten, teilweise auch der

Diese Statements von Thilo Sarrazin sind keine Ausrutscher, sondern ganz bewusst gesetzt. Das Interview wurde von ihm autorisiert und es ist zu befürchten, dass der ursprüngliche Wortlaut bereits geglättet wurde. Tatsächlich skandalös ist jedoch nicht Thilo Sarrazin, sondern es sind die Diskussionen, denen er sich als Teil einer gesellschaftlichen Elite anschließt. Das wird offensichtlich in den zahlreichen

gane. Hier finden wir einen gut funktionierenden und miteinander vernetzten, sich gegenseitig zitierenden Kreis aus politischen EntscheidungsträgerInnen, Menschen- und FrauenrechtlerInnen und extrem rechten Gruppierungen. Allerdings müssen sich die extrem Rechten zur Zeit gar nicht mehr selbst äußern, sondern nur noch in den Applaus einstimmen. Der antimuslimische Rassismus basiert auf einer

Mainstreamdebatte und eben nicht auf Diskussionen, die am rechten Rand geführt werden. Daran versucht die NPD anzuknüpfen indem sie beispielsweise den Vorschlag unterbreitet, Herrn Sarrazin zum „Ausländerbeauftragten“ zu machen.

Der Kreis der prominenten UnterstützerInnen und Applaudierenden von Sarrazin ist beachtlich. Berufen wird sich auf die schon erwähnte Emnid-Umfrage oder auch darauf, dass endlich mal einer ausgesprochen habe, was doch so viele denken. Die „KennerInnen“ der Verhältnisse bezeugen, dass die Thesen der Wahrheit entsprechen, auch wenn sich Sarrazin vielleicht etwas im Ton vergriffen habe. So kann hier stellvertretend der Schauspieler Mehmet Kurtulus zitiert werden: „Ich bin der Meinung, dass die Art und Weise, wie es Sarrazin ausgedrückt hat, nicht glücklich gewählt war. Aber die Stoßrichtung war anscheinend die richtige.“ („Ich wollte keine Bomberjacken mehr“, Tagesspiegel, 24.3.2010)

Auch der Neuköllner Bürgermeister Buschkowsky, der gerne von den Medien befragt wird seit er 2004 das Scheitern von „Multikulti“ behauptete, findet die Äußerungen von Sarrazin realitätsnah: „Thilo Sarrazin hat sich selbst und der Sache einen Bärendienst erwiesen. Doch im analytischen Teil seiner Ausführungen zur Integrationspolitik, der von hohem Intellekt zeugt, kommt er den Realitäten sehr nahe.“ Wir haben 20 Prozent Migranten in der Gesellschaft und sie haben nun mal eine deutliche höhere Geburtenrate bei gleichzeitiger Bildungsferne.“ (Morgenpost, 30.10.2009)



Beifall ertete Sarrazin aber nicht nur aus der Politik, auch Medienschaffende, wie der bekannte Produzent und Regisseur Volker Schlöndorff sehen in Sarrazin jemanden der ihnen „aus der Seele“ spricht.

Sarrazin war nicht der Einzige, der sich im vergangenen Jahr im Bereich des antimuslimischen Rassismus hervorgetan hat. Alice Schwarzer – Deutschlands bekannteste „Feministin“ – zeigte Verständnis für das Abstimmungsverhalten der SchweizerInnen zum Minarettverbot. Gleichzeitig wurden und werden Necla Kelek, die den Islam nicht für reformfähig hält, und Seyran Ateş von einer Talkshow zur nächsten weitergereicht. Sie gelten als die Expertinnen „von innen“. Wenn es darum geht, den Islam pauschal als rückständig, gewalttätig und frauenfeindlich zu diffamieren, werden die Einschätzungen von Ateş und Kelek als unverrückbare, absolute Wahrheiten ins Feld geführt. Sabine Schiffer, Leiterin des deutschen Instituts für Medienverantwortung weist zu recht darauf hin: „Alles, was unsere renommierten Kronzeuginnen, wie Ateş oder Kelek, berichten ist

wahr. Es sind jedoch Einzelfälle, von denen auf das große Ganze geschlossen wird. (...) Oft handelt es sich einfach um eine verantwortungslose Reduktion eines komplexen Sachverhalts auf eine einzige Erklärung, die es nur vermeintlich einfach macht.“

Für Differenzierungen ist da kein Platz mehr. Geht es um Muslime als Tätergruppe, wird der – oft nicht vorhandene – Migrationshintergrund in den Vordergrund geschoben. Jeder antisemitisch motivierte Angriff wird dann besonders erwähnt, wenn die Täter aus einer türkischen oder arabischen Familie kommen. Das angebliche besonders hohe Maß an Schwuleneindlichkeit von „den Arabern“ und „den Türken“ wird hervorgehoben und gegebenenfalls mit zweifelhaften Studien belegt. In Debatten über gesamtgesellschaftliche Problemlagen oder Fragen des Zusammenlebens ist es wenig hilfreich ein (christlich/zivilisiertes) „Wir“ und (muslimisch/rückständige) „Andere“ zu konstruieren. Allerdings ist genau dieses Konstrukt durchaus von Vorteil, wenn es darum geht, den maßgeblichen Beitrag der Mehrheitsgesellschaft an den



verschieden Unterdrückungsformen zu leugnen und die Selbstdenisierung einer aufgeklärten und toleranten weißen, christlichen Gesellschaft aufrecht zu erhalten.

Steigende oder fallende Zahlen rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe sind nur bedingt geeignet, um Aussagen über das Ausmaß des Rassismus in einer Gesellschaft zu treffen. Allerdings liefern die Inhalte der oben umrissenen Debatte Hinweise, gegen wen sich in Zukunft vermehrt Angriffe wenden könnten. Im vergangenen Jahr richteten sich zwei der

Angriffe in Berlin gegen Frauen mit Kopftüchern, was sich durch die unzähligen Mediendebatten über die Unvereinbarkeit des Kopftuchs mit der „christlich-abendländischen Kultur“ in Verbindung bringen lässt. Daher müssen wir immer danach fragen, wer treibt – jenseits der extremen Rechten – rassistische, antimuslimische Debatten voran? Was sind die Intentionen und in welchen Formen des institutionalisierten Rassismus finden wir die Ergebnisse dieser Debatten. Die Zählung dieser Angriffe ist komplizierter. Die Unterstützung der Opfer auch.



ReachOut ist ein Beratungsprojekt für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin. Unterstützt und beraten werden auch deren Angehörige, FreundInnen und ZeugInnen eines Angriffs. ReachOut recherchiert rechte, rassistische und antisemitische Angriffe in Berlin und veröffentlicht dazu eine Chronik. Außerdem bietet das Projekt antirassistische, interkulturelle Bildungsprogramme an.



BERLINER ZUSTÄNDE 2009

Chronik rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Angriffe und Bedrohungen in Berlin

Stand 7. Juli 2010

Diese Auflistung beinhaltet Meldungen regionaler und überregionale Zeitungen und Agenturen, des Pressdienstes der Polizei, Meldungen Berliner Antifagruppen, der Berliner Registerstellen, des Schwulen Überfalltelefons „maneo“ und Eigenberichte. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir wissen, dass ein erheblicher Teil rassistisch/rechtsextrem motivierter Taten nicht als solche bezeichnet wird. Zudem müssen wir davon ausgehen, dass die Mehrzahl der Angriffe, Bedrohungen und „Pöbeleien“ nicht bekannt wird.

#89

29. Dezember 2009

Berlin-Neukölln Gegen 22 Uhr 40 wird ein 15-jähriger Punk in der Schönefelder Straße von zwei Männern aufgefordert stehen zu bleiben. Der Jugendliche rennt weg, wird aber von den Beiden eingeholt, mit der Faust ins Gesicht geschlagen und getreten. Eine Flasche, die nach ihm geworfen wird, verfehlt ihn nur knapp. Als der Jugendliche sich auf ein Grundstück rettet, flüchten die Täter. Der Punk kommt mit Verletzungen ins Krankenhaus.

Polizei Berlin, 30.12.2009
Tagesspiegel, 30.12.2009
BerlinOnline, 30.12.2009
indymedia, 30.12.2009
Antifa Neukölln

#88

24. Dezember 2009

Berlin-Hellersdorf Gegen 16 Uhr 35 wird ein 32-jähriger Mann an einer Tram-Haltestelle in der Zossener Straße von zwei unbekanntenen Männern rassistisch beleidigt und mit Steinen aus

dem Gleisbett beworfen, die ihn nicht treffen.

Polizei Berlin, 18.01.2010

#87

23. Dezember 2009

Berlin-Marzahn Ein 27-jähriger Mann wird gegen 1 Uhr 30 vor einem Imbiss in der Allee der Kosmonauten von einem Mann, der eine Thor-Steinar-Jacke trägt, bedroht und antisemitisch beleidigt, nachdem er diesen auf die Marke angesprochen hat.

Polizei Berlin, 23.12.2009
Morgenpost, 27.12.2009

#86

20. Dezember 2009

Berlin-Friedrichshain Gegen fünf Uhr werden zwei Jugendliche, die sich auf dem Nachhausweg befinden, in der S-Bahn zwischen Frankfurter Allee und Treptower Park von sechs Neonazis homophob beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Die Nazis flüchten vom S-Bahnhof Treptower Park.

Antifa Friedrichshain

#85

19. Dezember 2009

Berlin-Köpenick Ein jugendlicher aus Tadschikistan wird um 3 Uhr 55 auf der Grünauer Straße von einem Unbekannten mit den Worten „Scheißausländer“ angepöbelt und zu Boden gestoßen, wobei er sich den Kopf anstößt.

Polizei Berlin, 18.01.2010

#84

13. Dezember 2009

Berlin-Zehlendorf Ein 72-jähriger Mann iranischer Herkunft wird um 17 Uhr auf der Straße Im Dol von einem Mann angesprochen, ob er Ausländer oder Jude sei, und dann mit Faustschlägen niedergeschlagen und mit Flaschen beworfen.

Polizei Berlin, 18.01.2010

#83

8. Dezember 2009

Berlin-Wedding Ein 34-jähriger Mann wird gegen 19 Uhr 50 in der Ackerstraße von zwei unbekanntenen Männern homophob beleidigt, bedroht und zu Boden

geschlagen. Als er am Boden liegt, wird er von den Tätern getreten und leicht verletzt.

Polizei Berlin, 9.12.2009

Berliner Morgenpost, 9.12.2009

#82

6. Dezember 2009

Berlin-Treptow Gegen 5 Uhr werden fünf Jugendliche auf ihrem Weg zum S-Bahnhof Schöneweide in Höhe der Kneipe „Zum Henker“ in der Brückenstraße von mehreren Gästen angegriffen. Zum Teil werden sie mit Fäusten geschlagen und mit Flaschen beworfen. Ein Jugendlicher erleidet Schürfwunden.

Polizei Berlin, 18.01.2010

ReachOut

#81

5. Dezember 2009

Berlin-Steglitz Ein Jugendlicher wird um 21 Uhr an einer Bushaltestelle in der Bergstraße von mehreren, unbekanntem Jugendlichen rassistisch beleidigt, geschlagen und beraubt. Der Jugendliche erleidet Schürfwunden und Prellungen.

Polizei Berlin, 18.01.2010

#80

28. November 2009

Berlin-Mitte Gegen 1 Uhr 50 wird eine 34-jährige Frau auf der Straße vor dem Lokal, das sie gerade verschlossen hat, rassistisch beleidigt und mehrmals geschlagen.

Polizei Berlin, 9.12.2009

#79

25. November 2009

Berlin-Neukölln In Gropuisstadt in der Wutzkyallee wird ein 17-Jähriger gegen 18 Uhr von einem Unbekannten, der als „Rechter“ beschrieben wird, rassistisch beleidigt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Der Hund des Mannes beißt dem

Jugendlichen in den Rücken, sodass dieser im Krankenhaus behandelt werden muss.

Polizei Berlin, 9.12.2009

#78

21. November 2009

Berlin-Pankow Während einer Veranstaltung der evangelischen Kirche in der Elsa-Brandström-Straße wird einem 45-Jährigen von einem unbekanntem Mann, der als „Rechter“ beschrieben wird, ins Gesicht geschlagen. Er erleidet leichte Verletzungen.

Polizei Berlin, 9.12.2009

#77

19. November 2009

Berlin-Treptow Nachdem die Kneipe „Zum Henker“ von mehreren Personen mit Steinen beworfen wurde, suchen Neonazis aus der Kneipe gegen 18 Uhr 30 am S-Bahnhof Schöneweide nach Menschen, die an dem Angriff beteiligt gewesen sein sollen. Ein 19-Jähriger wird von einem 20-jährigen Neonazi als angeblicher Angreifer erkannt, geschlagen und verletzt. Es greifen weder Fahrgäste noch das Bahn-Sicherheitspersonal ein.

Tagesspiegel, 20.11.2009

Polizei Berlin, 9.12.2009

Register Treptow-Köpenick

#76

19. November 2009

Berlin-Neukölln Gegen 14 Uhr 45 werden im Bus 167 zwei Frauen mit Kinderwagen von einer Frau und ihrem Begleiter rassistisch beleidigt. An der Hermannstraße Ecke Werbellinstraße spuckt die Frau eine der Frauen an, wirft sie zu Boden und prügelt weiter auf sie ein. Eine andere Mutter mit Kinderwagen, die versucht dazwischen zu gehen, wird von dem Begleiter zurückgehalten. Sie ruft per Handy die Polizei. Keiner der

anwesenden Fahrgäste greift ein und der Busfahrer ermahnt durch die Sprechanlage zur Ruhe. An der Haltestelle Boddinstraße steigen die Frau und ihr Begleiter unbehelligt aus. Die junge Frau muss eine blutende Wunde am Kopf im Krankenhaus behandeln lassen.

Polizei Berlin, 9.12.2009

ReachOut

#75

14. November 2009

Berlin-Mitte Ein 36-jähriger Taxifahrer wird gegen 2 Uhr 30 von einem 51-jährigen Fahrgast am Ende der Fahrt an der Kreuzung Brunnenstraße Ecke Demminer Straße rassistisch beleidigt und bedroht.

Polizei Berlin, 14.11.2009

#74

13. November 2009

Berlin-Wedding Ein 36-Jähriger wird gegen 23 Uhr in der Liebenwalder Straße anlässlich ruhestörenden Lärms von einer Nachbarin rassistisch beleidigt und mit der Faust auf die Hände geschlagen.

Polizei Berlin, 9.12.2009

#73

7. November 2009

Berlin-Friedrichshain Gegen 21 Uhr wird ein Antifaschist auf dem S-Bahnhof Ostkreuz von einer Gruppe von acht Neonazis erkannt und verfolgt. Er flüchtet in Richtung Ausgang Friedrichshain und begegnet dabei einer weiteren Gruppe von 30-40 Nazis, die von der Polizei begleitet werden. Beim Vorbeigehen an den Nazis erhält er einen Ellenbogenstoß.

ReachOut

#72

7. November 2009

Berlin-Friedrichshain Am S-Bahnhof Ostkreuz werden ca. 30 Antifaschist_inn_en von einer

Gruppe von ca. 50 Neonazis angegriffen. Die Antifas befinden sich in dem S-Bahnzug und die Nazis, Fans der Band Kategorie C, versuchen tretend und schlagend das Abteil zu stürmen. Das wird durch zwei PMS-Beamte verhindert.

ReachOut

#71

31. Oktober 2009

Berlin-Wedding, S-Bahn Ein 36-Jähriger wird in der S-Bahn von zwei unbekanntenen Männern rassistisch beleidigt und durch Schläge ins Gesicht verletzt.

Polizei Berlin, 9.12.2009

#70

30. Oktober 2009

Berlin-Treptow In der Nähe der Kneipe „Zum Henker“ in der Brückenstraße werden ein 20-jähriger und ein 23-jähriger Männer von zwei Unbekannten rassistisch beleidigt. Dem 23-Jährigen wird von einem der Täter mit einer Flasche ins Gesicht geschlagen, wodurch er erheblich am Auge verletzt wird. Die Polizei sucht mit einem Phantombild nach dem Täter.

Polizei Berlin, 11.12.2009

Tagesspiegel, 11.12.2009

Berliner Kurier, 11.12.2009

Berliner Morgenpost, 12.12.2009

#69

22. Oktober 2009

Berlin-Charlottenburg In einem Textilgeschäft in der Uhlandstraße wird eine 31-jährige Kundin gegen 19 Uhr 30 antisemitisch beleidigt und schmerzhaft am Arm angefasst.

Polizei Berlin, 25.11.2009

#68

18. Oktober 2009

Berlin-Zehlendorf Ein BVG-Busfahrer wird gegen 2 Uhr 40 in der Clayallee rassistisch beleidigt

und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Der Angreifer flüchtet an der Haltestelle „Alliiertes Museum“ unerkannt. Der Fahrer wird leicht verletzt.

Polizei Berlin, 18.10.2009

Berliner Morgenpost, 18.10.2009

#67

10. Oktober 2009

Berlin-Köpenick, S-Bahn Ein 18-jähriger Linker wird gegen 22 Uhr 40 in der S-Bahn von mehreren Neonazis geschlagen, die an der Demonstration teilgenommen haben und sich auf dem Nachhauseweg befinden.

Polizei Berlin, 25.11.2009

#66

10. Oktober 2009

Berlin-Friedrichshain, U-Bahnhof Frankfurter Allee Eine Gruppe von Antifaschist_innen werden gegen 17 Uhr 30 auf dem U-Bahnhof Frankfurter Allee von einer Gruppe von 50-60 Neonazis, bespuckt, mit Flaschen beworfen und angegriffen. Ein 16- und ein 17-Jähriger werden durch Tritte und Schläge verletzt. Anwesende Polizeibeamte werden vor dem Angriff von den Nazis aufgefordert sich zurück zu ziehen, was sie auch tun. Gegen die Polizeibeamten wird Anzeige erstattet.

taz, 14.10.2009

Polizei Berlin, 25.11.2009

ReachOut

#65

10. Oktober 2009

Berlin-Friedrichshain Gegen 15 Uhr 50 wird ein Gegendemonstrant an der Landsberger Allee von einem Gegenstand, der aus der Demonstration der Neonazis geworfen wird, getroffen und verletzt. Er entfernt sich unerkannt.

Polizei Berlin, 25.11.2009

#64

10. Oktober 2009

Berlin-Mitte, S-Bahnhof Alexanderplatz Auf dem S-Bahnhof Alexanderplatz wird gegen 11 Uhr 55 ein Punk von einem Teilnehmer der Neonazi-Demonstration gegen einen S-Bahn-Wagen gestoßen. Der Punk entfernt sich unerkannt.

Polizei Berlin, 25.11.2009

#63

7. Oktober 2009

Berlin-Köpenick Ein 47-jähriger Mann türkischer Herkunft, der einen Imbiss in der Bahnhofstraße Ecke Seelenbinderstraße betreibt, und ein 30-Jähriger türkischer Herkunft werden, nachdem sie einen Kunden abgewiesen haben, der sich rassistisch äußert, von diesem vor dem Geschäft mit Steinen beworfen, aber nicht getroffen.

Polizei Berlin, 25.11.2009

#62

6. Oktober 2009

Berlin-Prenzlauer Berg Ein 16-Jähriger wird gegen 22 Uhr 45 in der Tram Linie M 4 von zwei Männern rassistisch beleidigt. Als der Jugendliche libanesischer Herkunft am S-Bahnhof Greifswalder Straße den Wagen wechselt, wird er von den zwei Männern verfolgt. Fahrgäste raten dem Jugendlichen, die Bahn zu verlassen. Dabei versuchen die Täter ihn zu treten. Die Polizei nimmt die 22-jährigen und 27-jährigen Täter an der Tramhaltestelle Hansastraße Ecke Buschallee fest.

Polizei Berlin, 25.11.2009

Tagesspiegel, 7.10.2009

Berliner Zeitung, 7.10.2009

BerlinOnline, 7.10.2009

#61

4. Oktober 2009

Berlin-Treptow In der Nacht von Samstag auf Sonntag wird

in der Nähe des S-Bahnhofs Schöneweide ein junger Mann, der in Begleitung eines Freundes und einer Freundin ist, von sechs Männern als „linke Zecke“ beschimpft und angegriffen. Er erstattet Anzeige.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

#60

26. September 2009

Berlin-Treptow Vier Personen wollen in die Kneipe „Zum Henker“ einkehren. Dies wird ihnen von einer Personengruppe verwehrt, die vor dem Lokal steht. Nach einer verbalen Auseinandersetzung werden die Vier mit Reizgas attackiert. Die Polizei nimmt die Anzeige auf.

Kleine Anfrage 16-14272, 21.05.2010

#59

25. September 2009

Berlin-Friedrichshain Gegen 2 Uhr 30 wird eine Person in der Wühlischstraße auf dem Weg von der Arbeit nach Hause von drei Rechten rassistisch beleidigt und angegriffen. Der Mann versucht durch ruhiges Reden die Angreifer zu stoppen. Er wird jedoch geschubst und gestoßen. Daraufhin wehrt sich der Angegriffene und flieht unverletzt.

Register Friedrichshain
Antifa Friedrichshain

#58

23. September 2009

Berlin-Wedding Ein Taxifahrer nimmt gegen 2 Uhr 15 einen Fahrgast auf, der als Ziel Richtung Kurt-Schuhmacher-Platz angibt. In der Müllerstraße wird der Fahrer unvermittelt mit der Faust an Hals und Kopf geschlagen und von hinten gewürgt. Der Fahrer kann das Taxi zum Stehen bringen und versucht, sich zu befreien. Ein Autofahrer, der die Situation beobachtet hat, reißt die Tür auf und zerrt

den Angreifer aus dem Auto. In Anwesenheit der Polizei äußert sich der Täter rassistisch und bekundet Tötungsabsichten.

ReachOut

#57

19. September 2009

Berlin-Wedding, U-Bahnhof

Rehberge Gegen 4 Uhr 10 werden zwei Iraner im U-Bahnhof Rehberge von zwei Männern und zwei Frauen rassistisch beleidigt und angegriffen. Der 60-jährige Iraner wird mit einem Messer bedroht, mit einem Teleskopschlagstock geschlagen und, als er am Boden liegt, getreten. Er erleidet eine Schulterverletzung und muss operiert werden. Der 55-Jährige wird auch geschlagen und getreten. Das Eingreifen von einem Zeugen und BVG-Mitarbeitern kann Schlimmeres verhindern. Die Polizei nimmt später die Täter_innen fest. Gegen drei von ihnen wird ein Haftbefehl vollstreckt.

Polizei Berlin, 19.09.2009, 22.09.2009
Berliner Zeitung, 20.09.2009, 22.09.2009
BerlinOnline, 20.09.2009, 23.09.2009
Berliner Morgenpost, 22.09.2009, 23.09.2009
Tagesspiegel, 23.09.2009
npd-blog-info, 23.09.2009
ReachOut

#56

19. September 2009

Berlin-Wedding, U-Bahnhof

Leopoldplatz Eine 21-jährige Punkerin und ein 20-jähriger Punk werden gegen 2 Uhr am U-Bahnhof Leopoldplatz in der Müllerstraße von einer Gruppe von 10-15 Neonazis angegriffen, geschlagen und mit Reizgas attackiert. Die Polizei nimmt einen 20- und einen 22-Jährigen fest.

Polizei Berlin, 19.09.2009
BZ, 19.09.2009
indymedia, 20.09.2009
Tagesspiegel, 21.09.2009

#55

19. September 2009

Berlin-Prenzlauer Berg Drei Männer werden von Jugendlichen am Volkspark Friedrichshain homophob beleidigt und angegriffen. Ein 19-Jähriger bekommt einen Tritt in den Rücken, ein 34-Jähriger kann einem Faustschlag ins Gesicht ausweichen. Ein 23-Jähriger wird getreten und mit einer Bierflasche beworfen, die aber nicht trifft.

Polizei Berlin, 21.09.2009
Berliner Morgenpost, 21.09.2009
Tagesspiegel, 21.09.2009
taz, 21.09.2009
queer.de, 22.09.2009

#54

11. September 2009

Berlin-Prenzlauer Berg Ein Mann wird um 21 Uhr 35 in der Greifswalder Straße von drei Tätern rassistisch beleidigt und angegriffen und schwer verletzt. Die Täter versuchen auch seinen Rucksack zu rauben. Die von ihm gerufene Polizei nimmt die Täter fest.

ReachOut

#53

10. September 2009

Berlin-Pankow Am U-Bahnhof Vinetastraße wird gegen 22 Uhr ein Antifaschist von zwei Neonazis aus einer Gruppe von Mitgliedern des Pankower NPD-Kreisverbandes, die Wahlplakate für die Partei aufhängt, angegriffen. Der Antifaschist kann mit seinem Fahrrad ausweichen und entkommen.

ReachOut

#52

31. August 2009

Berlin-Friedrichshain In der Simon-Dach-Straße auf der Höhe Nummer 5 wird gegen 14 Uhr 30 eine Frau von fünf Neonazis rassistisch motiviert angegriffen.

Antifa Friedrichshain

#51

27. August 2009

Berlin-Prenzlauer Berg Ein neunjähriger schwarzer Junge wird um 13 Uhr 30 vor dem Erich-Weinert-Park auf der Ostseestraße von einem etwa 30-jährigen, unbekanntem weißen Mann rassistisch beleidigt und mit dem Tode bedroht. Das Kind kann flüchten.

Pankower Register

#50

23. August 2009

Berlin-Zehlendorf Gegen 18 Uhr 30 wird ein 25-jähriger Mann an einer Badestelle der Krummen Lanke am Quermatenweg von neun Männern antisemitisch beleidigt. Der Mann und seine Freunde werden mit einer Bierflasche beworfen, aber nicht getroffen.

Polizei Berlin, 24.08.2009

#49

22. August 2009

Berlin-Treptow An der Kreuzung Elsenstraße Ecke Beermannstraße meint ein 46-jähriger Mann, von fünf Jugendlichen angesprochen zu werden. Als er ihnen in russischer Sprache antwortet, wird er von ihnen antisemitisch beleidigt, mit Bier bespritzt und bespuckt. Die Täter entkommen unerkant.

Polizei Berlin, 23.08.2009
Bild, 23.08.2009

#48

8. August 2009

Berlin-Pankow Eine 26-jährige Frau aus dem Libanon wird in der Elsa-Brandström-Straße von zwei Männern und einer Frau beleidigt und geschlagen. Der 31-jährige türkische Freund, der ihr helfen will, wird auch geschlagen. Die Täter hören erst auf, als sich zwei Passanten einmischen. Beide Opfer werden verletzt. Während die Täter sich mit dem Auto entfernen, zeigt einer den „Hitlergruß“. Die Polizei, die die Anzeige aufnimmt, trifft die Täter nicht mehr an.

Polizei Berlin, 9.08.2009
Berliner Morgenpost, 9.08.2009
Tagesspiegel, 10.08.2009
Berliner Zeitung, 10.08.2009

#47

5. August 2009

Berlin-Treptow Ein 17-Jähriger und seine Freundin werden auf der Brückenstraße von vier Nazis bedroht. Sie erstatten Anzeige.

ReachOut

#46

4. August 2009

Berlin-Friedrichshain Um 20 Uhr 15 zieht eine Gruppe von 15-20 Nazis, unter ihnen vier Frauen, u.a. mit „Sieg-Heil-Rufen“ durch die Mainzer Straße. Als ein Anwohner sich am Fenster beschwert, bedrohen ihn die Nazis. Sieben von ihnen stürmen das Haus, wobei ein Mann sich beim Einschlagen der Tür verletzt. Nach ein paar Minuten verlassen sie das Haus wieder. Auch im Beisein der Polizei bedrohen die Nazis weiterhin das Opfer. Die Polizei nimmt die Personalien von einem Nazi auf, bevor die ganze Gruppe ungestört ihren Weg fortsetzt. Sanitäter behandeln den Verletzten.

Augenzeugenbericht

#45

29. Juli 2009

Berlin-Treptow, S-Bahnhof Plänterwald Gegen 23 Uhr werden fünf Leute, darunter ein Mann pakistanischer Herkunft, von drei Männern, die als Nazis beschrieben werden, verfolgt und rassistisch motiviert angegriffen. Zwei der Täter werden festgenommen, einer kann flüchten.

ReachOut

#44

25. Juli 2009

Berlin-Neukölln Gegen 9 Uhr 20 wird am S- und U-Bahnhof Neukölln an einem NPD-Infostand ein Anwohner verletzt, der zuvor mit „Nazis raus!“-Rufen seinen Protest geäußert hat. Der Passant erleidet Schürfwunden, weil er zu Boden stürzt, nachdem ihn einer der NPDler angegriffen hat.

Tagesspiegel, 26.07.2009
Antifa Neukölln

#43

21. Juli 2009

Berlin-Schöneberg Gegen 15 Uhr 40 macht sich in der Passauer Straße ein unbekannter Mann über Homosexuelle lustig und wird deshalb von einem Mann angesprochen. Nach einer verbalen Auseinandersetzung schlägt der Unbekannte dem 37-Jährigen mit der Faust ins Gesicht, wodurch dieser leicht verletzt wird.

Polizei Berlin, 22.07.2009
Tagesspiegel, 22.07.2009
queer.de, 22.07.2009

#42

20. Juli 2009

Berlin-Friedrichshain Gegen 4 Uhr wird die Betreiberin eines Imbiss in der Rigaer Str. von zwei Männern rassistisch beleidigt, nachdem sie die beiden aufgefordert hat den Laden zu verlassen. Es kommt zu einer Auseinandersetzung. Einer der Männer

umfasst den Arm der Betreiberin so stark, dass sie ein Hämatom davon trägt. Sie erstattet Anzeige bei der Polizei.

Register Friedrichshain

#41

12. Juli 2009

Berlin-Friedrichshain Ein 22-jähriger Mann wird gegen 5 Uhr 45 auf dem Verbindungsweg zwischen U- und S-Bahnhof Frankfurter Allee von einer Gruppe Männer, die der rechten Szene angehören, zusammengeschlagen. Der 22-Jährige wird schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert. Die Polizei nimmt vier Täter im Alter von 20 bis 26 Jahren fest.

Polizei Berlin, 12.07.2009
diverse Presse
Antifagruppen Berlin

#40

11. Juli 2009

Berlin-Hellersdorf Ein 46-jähriger, der auf der Hellersdorfer Straße mit dem Fahrrad unterwegs ist, wird von einem Unbekannten rassistisch beleidigt. Der Täter tritt gegen das Fahrrad und schlägt dem Mann eine Bierflasche an den Kopf und flieht.

Polizei Berlin, 11.07.2009
Berliner Zeitung, 11.07.2009

#39

7. Juli 2009

Berlin-Prenzlauer Berg Gegen 21 Uhr wird eine Frau von zwei Männern bedroht und antisemitisch beleidigt. Die Polizei nimmt von dem 19- und 22-Jährigen, der in der Nähe wohnt, die Personalien auf.

Blaulichtatlas, 8.07.2009
Emanzipative Antifaschistische Gruppe (EAG)

#38

6. Juli 2009

Berlin-Friedrichshain Ein 45-jähriger Mann wird gegen 18

Uhr 15 im Volkspark Friedrichshain von einem Unbekannten homophob beleidigt und mit einem Stein gegen den Kopf geschlagen. Er wird leicht verletzt.

Polizei Berlin, 7.07.2009
Tagesspiegel, 7.07.2009
Berliner Zeitung, 7.07.2009
queer.de, 7.07.2009

#37

5. Juli 2009

Berlin-Friedrichshain Zwei augenscheinlich linke Jugendliche werden gegen 5 Uhr morgens von einem Neonazi vor der Diskothek Jeton als „Scheiß Antifas“ angepöbelt und bedroht. Als sie weitergehen, rennen ihnen plötzlich der „Pöbler“ und ein weiterer Neonazi hinterher, schlagen einen der Jugendlichen zu Boden und versuchen, auf seinen Kopf einzutreten. Die beiden Jugendlichen wehren sich und können flüchten, während die Neonazis zurück zum Jeton gehen.

Antifa Friedrichshain

#36

29. Juni 2009

Berlin-Hohenschönhausen Am Hansa-Center werden zwei alternative Jugendliche von vier Neonazis angegriffen und verletzt.

Antifa Jugend Hohenschönhausen

#35

27. Juni 2009

Berlin-Kreuzberg Am U-Bahnhof Schlesisches Tor werden Teilnehmer_innen des transgenitalen CSD von einer Gruppe von fünf bis sechs Männern, unter denen ein bekannter Sänger ist, homo- und transphob beleidigt. Aus der Gruppe heraus wird eine Glasflasche auf die Demo-teilnehmer_innen geworfen. Die Männer werden von der Polizei weggeführt.

Gladt (Gays & Lesbians aus der Türkei)

#34

26. Juni 2009

Berlin-Hohenschönhausen Eine Gruppe Jugendlicher wird am Prerower Platz von einem Neonazi mit einem Messer bedroht.

Antifa Hohenschönhausen

#33

14. Juni 2009

Berlin-Friedrichshain Gegen 4 Uhr treffen zwei Linke in der Frankfurter Allee auf zwei Neonazis. Als diese von den beiden Antifaschisten auf ihre Thor Steinar-Kleidung angesprochen werden, kommt es zu einem Wortgefecht. Im Verlauf der Diskussion zieht einer der Neonazis ein Messer und fügt einem beteiligten Linken eine tiefe Schnittverletzung am Arm zu.

Register Friedrichshain
Antifa Friedrichshain

#32

5. Juni 2009

Berlin-Kreuzberg Gegen 23 Uhr 40 küssen sich ein 28-Jähriger und sein 23-jähriger Partner vor einem Imbiss in Kreuzberg. Der Imbissbesitzer will das vor seinem Laden nicht dulden und es kommt zu einem Streit, bei dem er mit einer Stange droht. Bei dem Handgemenge wird der 23-Jährige leicht verletzt.

Polizei Berlin, 7.06.2009
Tagesspiegel, 7.06.2009
Berliner Zeitung, 7.06.2009

#31

21. Mai 2009

Berlin-Prenzlauer Berg Ein Jugendlicher, der sich mit Freunden auf einem Spielplatz an der Kreuzung Erich-Weinert-Straße Ecke Gubitzstraße aufhält, wird gegen 19 Uhr von einem 14-Jährigen rassistisch beleidigt, mehrfach geschlagen und seine Haare werden mit einem Feuerzeug angesengt. Ein anderer 14-Jähriger hilft dem Täter, den

17-Jährigen zu Boden zu schlagen. Die Täter flüchten, werden aber von der Polizei in der Nähe festgenommen. Der 17-Jährige kommt zur ambulanten Behandlung ins Krankenhaus.

Polizei Berlin, 22.05.2009

#30

18. Mai 2009

Berlin-Wedding, U-Bahnhof Gesundbrunnen Ein dunkelhäutiger Mann wird gegen 21 Uhr 45 auf dem U-Bahnhof Gesundbrunnen rassistisch beleidigt. Anschließend wird der 32-Jährige von dem Hund des Täters gebissen, so dass er ambulant im Krankenhaus behandelt werden muss. Die Polizei trifft den Täter nicht mehr an.

Polizei Berlin, 19.05.2009

Berliner Morgenpost, 19.05.2009

#29

15. Mai 2009

Berlin-Weißensee Um 15 Uhr wird in der Tram M13 nach der Haltestelle Antonplatz ein Mann aus China rassistisch beleidigt und getreten. Der Mann hat sich eingemischt, als zwei Männern zwei Frauen mit Kopftuch anpöbeln. Der Fahrer der Bahn und Zeugen rufen die Polizei, doch die Täter können unbekannt entkommen.

ReachOut

#28

13. Mai 2009

Berlin-Wedding Gegen 1 Uhr bemerkt ein Paar, dass ein Mann ein Wahlplakat der Partei „Die Linke“ von einer Straßenlaterne in der Liebenwalder Straße abreißt. Als sie den Mann ansprechen, sticht der auf die Frau und den Mann ein. Die 38-jährige Frau wird leicht und der 41-jährige Mann schwer verletzt, so dass er im Krankenhaus operiert werden muss. Der Täter flüchtet.

Polizei Berlin, 13.05.2009
Berliner Kurier, 13.05.2009
Tagesspiegel, 13.05.2009
BZ, 13.05.2009

#27

10. Mai 2009

Berlin-Schöneberg Zwei 25 und 26 Jahre alte Männer werden um 1 Uhr in einer Bankfiliale am Nollendorfplatz homophob beleidigt und bei einem Angriff von zwei 18- und zwei 19-jährigen Männern leicht verletzt.

Polizei Berlin, 10.05.2009
Tagesspiegel, 10.05.2009
BZ, 10.05.2009
queer.de, 11.05.2009

#26

25. April 2009

Berlin-Schöneberg Ein 22-jähriger Mann, der mit Freunden vor der Eisdiele „Dolce Freddo“ steht, wird von dem Betreiber mit „Schwule Sau“ und „Verpisst euch“ beschimpft und geschubst. Der Mann erstattet Anzeige.

Tagesspiegel, 6.05.2009

#25

24. April 2009

Berlin-Kreuzberg Ein 17-jähriger aus Guinea-Bissau wird am Kottbusser Tor rassistisch beleidigt und angegriffen, wodurch er Verletzungen davon trägt.

ReachOut

#24

24. April 2009

Berlin-Marzahn Am Freitagnachmittag gegen 16 Uhr 30 wird ein Bezirksverordneter der Partei Die Linke von einem Neonazi geschlagen. Der Politiker betreut zu dieser Zeit einen Infostand der Partei am S-Bahnhof Ahrensfelde. Bereits vor dem Angriff hat der Neonazi mit zwei weiteren Personen gepöbelt und seinem Hass gegenüber „Kommunisten und Ausländern“ verbal Ausdruck gegeben. Nach

dem Angriff zeigte der Neonazi den „Hitlergruß“. Der Angreifer kann sich unerkannt entfernen. Der Politiker erstattet Anzeige bei der Polizei

Antifa Marzahn-Hellersdorf

#23

15. April 2009

Berlin-Prenzlauer Berg Ein dunkelhäutiger Mann und sein Sohn fahren durch die Fahrradunterführung in der Norwegerstraße. An deren Ende, an der Behmstraßenbrücke, wird ihnen der Weg durch eine Frau und deren zwei Töchter verstellt. Bei dem Versuch des Jungen weiter zu fahren, wird dieser von einer der Töchter vom Rad gestoßen und als „Nigger“ beschimpft. Daraufhin steigt der Vater vom Rad und fordert sie auf, seinen Sohn in Ruhe zu lassen. Um einer Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen, fahren die beiden Männer weiter.

North East Antifascists (NEA)

#22

15. April 2009

Berlin-Marzahn Eine Frau wird gegen 1 Uhr 40 von zwei Männern in der Straßenbahn Linie M8 rassistisch beleidigt. Als die 18- und 19-jährigen Männer sie und ihren Begleiter schlagen wollen, greifen zwei Zivilbeamte ein und nehmen die Angreifer an der Haltestelle Jan-Petersenstraße fest. Die Beamten hatten die beiden in die Straßenbahn begleitet, nachdem ein Anwohner die Polizei alarmiert hatte, weil die Männer in der Mehrower Allee Plakate der Partei „Die Linke“ abgerissen hatten.

Polizei Berlin, 15.04.2009
Berliner Zeitung, 15.04.2009
BZ, 15.04.2009

#21

9. April 2009

Berlin-Pankow Auf der Straße wird ein indonesischer Mann plötzlich von einem Nachbarn angespuckt, von dem er früher schon verbal angegriffen worden ist. Auf die Frage des Betroffenen, warum er das tue, antwortet der Täter: „Du bist das Problem!“.

Pankower Register

#20

7. April 2009

Berlin-Hellersdorf Nutzer_innen des AJZ Kita in Hellersdorf werden durch drei Neonazis bedroht. Unter neonazistischen Parolen und antisemitischen Beschimpfungen fordern zwei Männer und eine Frau die Nutzer_innen auf, das Gebäude zu verlassen und die gewalttätige Konfrontation mit ihnen zu suchen. Die Neonazis konnten erst durch die herbeigerufene Polizei vom Grundstück entfernt werden.

Antifa Marzahn-Hellersdorf

#19

5. April 2009

Berlin-Charlottenburg Ein 42-jähriger Mann und sein 38-jähriger Freund werden gegen 12 Uhr in einem Schnellrestaurant in der Kantstraße von fünf jungen Männern homophob beleidigt. Sie werden geschlagen und getreten und erleiden Verletzungen. Die Täter entkommen unerkannt.

Polizei Berlin, 5.04.2009
queer.de, 7.04.2009**#18**

4. April 2009

Berlin-Friedrichshain In einer Diskothek in der Straße Am Wriezener Bahnhof wird ein Mann rassistisch beleidigt. Als der 41-Jährige den Club verlassen will, bedroht ihn der unbekannte

Täter und versucht mehrfach, ihn zu schlagen.

Polizei Berlin, 4.04.2009
Berliner Zeitung, 5.04.2009**#17**

3. April 2009

Berlin-Marzahn In einer Grünanlage in der Joachim-Ringelnatz-Straße wird eine 28-jährige Frau, die in Begleitung einer Freundin ist, von einem 13-Jährigen aus einer Gruppe von 12- bis 15-Jährigen heraus rassistisch beleidigt. Nach einer kurzen Rangelei verlassen die Frauen die Grünanlage, um die Polizei zu rufen. Dabei wird der 28-Jährigen ein Stein hinterher geworfen, der sie am Kopf trifft und leicht verletzt.

Polizei Berlin, 4.04.2009
Berliner Zeitung, 4.04.2009
Berliner Morgenpost, 5.04.2009
taz, 6.04.2009**#16**

31. März 2009

Berlin-Lichtenberg Kurz vor Mitternacht wird ein Mann von einem Unbekannten in einer Friedrichsfelder Kneipe in der Straße Am Tierpark rassistisch beleidigt. Als der 37-Jährige sich dies verbietet, wird er mit einer Flasche beworfen, der er ausweichen kann. Ihm wird durch den Täter ins Gesicht geschlagen, wodurch er leicht verletzt wird. Der Täter flüchtet mit zwei anderen Männern, von denen einer den „Hitlergruß“ zeigt.

Polizei Berlin, 1.04.2009
Berliner Morgenpost, 1.04./2.04.2009
Berliner Zeitung, 1.04.2009
Tagesspiegel, 1.04.2009
taz, 2.04.2009**#15**

28. März 2009

Berlin-Weißensee Gegen 1 Uhr wird ein Jugendlicher, der von zwei Freunden begleitet wird, in der Rennbahnstraße von vier Männern rassistisch beleidigt.

Ein Mann schlägt ihn mit der Faust und tritt ihm ins Gesicht, nachdem er am Boden liegt. Ein anderer Täter wirft eine Glasflasche nach ihm. Der 16-Jährige flüchtet und wird von den Männern verfolgt, wobei einer einen abgebrochenen Flaschenhals in der Hand hält. Die Polizei, die von den Freunden alarmiert wird, kann einen 18-Jährigen festnehmen.

Polizei Berlin, 29.03.2009, 1.04.2009
Berliner Morgenpost, 29.03.2009
Tagesspiegel, 30.03.2009
BZ, 1.04.2009**#14**

21. März 2009

Berlin-Wedding Ein Mann aus Kamerun wird von zwei Männern auf der Straße rassistisch beleidigt und angegriffen. Er wird verletzt und ruft die Polizei.

ReachOut

#13

19. März 2009

Berlin-Wilmersdorf, U-Bahnlinie 7

Eine Frau wird zwischen 17 und 18 Uhr in der U-Bahnlinie 7 zwischen den Bahnhöfen Siemensdamm und Eisenacher Straße von einem Mann rassistisch beleidigt. Als der Mann versucht, die 54-Jährige zu schlagen, kommt ihr ein anderer Fahrgast zur Hilfe, indem er sich zwischen die Beiden setzt. Die Frau verlässt am nächsten Bahnhof die U-Bahn und setzt ihre Fahrt später fort.

Polizei Berlin, 20.03.2009
Berliner Morgenpost, 20.03.2009

#12

März 2009

Berlin-Friedrichshain Ein Mann wird morgens am S-Bahnhof Frankfurter Allee die Treppe herunter getreten und bewusstlos am Boden liegend beraubt. Einer der Täter trägt eine blauweiße Thor-Steinar-Jacke.

Antifa Friedrichshain

#11

6. März 2009

Berlin-Lichtenberg Ein Neonazi beleidigt gegen Mittag einen Mann, der in der Dolgenseestraße Naziaufkleber entfernt, und versucht anschließend diesen anzugreifen. Dem Mann gelingt die Flucht.

Augenzeugenbericht
Antifa Hohenschönhausen**#10**

28. Februar 2009

Berlin-Pankow Gegen 2 Uhr wird ein 44-jähriger Mann afrikanischer Herkunft in der Florastraße Ecke Mühlenstraße von vier Männern im Alter zwischen 22 und 27 Jahren, die wie Neonazis aussehen, rassistisch beleidigt und angegriffen. Es gibt einen Schlagabtausch zwischen Angreifern und Opfer. Da die Angreifer in der Überzahl sind, rettet sich der Afrikaner durch Flucht. Die Angreifer rennen erfolglos hinter ihm her. Der Betroffene erstattet Anzeige bei der Polizei.

Bericht des Betroffenen

#9

26. Februar 2009

Berlin-Köpenick Gegen 14 Uhr 20 wird ein 16-Jähriger am Stellingdamm von drei etwa 17 Jahre alten Jugendlichen verbal bedroht, in dem sie ihn als „Zecke“ bezeichnen, die sie „fertig machen“ und „abstechen“ wollen. Ein Jugendlicher hält da-

bei ein Messer in der Hand. Der 16-Jährige flüchtet und alarmiert die Polizei, die die Täter nicht mehr antrifft.

Polizei Berlin, 27.02.2009
Berliner Morgenpost, 27.02.2009
ReachOut**#8**

21. Februar 2009

Berlin-Lichtenberg Während der Durchsuchung des Clubhauses eines Lichtenberger Motorradclubs in der Hauptstraße, Anlass ist ein Neonazi-Konzert, wird gegen 22 Uhr 30 ein Fotograf der Berliner Morgenpost von zwei Neonazis bedroht und angegriffen. Durch das Eingreifen von Bereitschaftspolizisten bleibt er unverletzt.

Polizei Berlin, 22.02.2009
Berliner Morgenpost, 23.02.2009**#7**

6. Februar 2009

Berlin-Lichtenberg, U-Bahnhof Magdalenenstraße Gegen 22 Uhr wird eine Vietnamesin mit zwei Kindern am Ausgang des U-Bahnhofs Magdalenenstraße von einem Mann, Anfang 40, angegriffen und rassistisch beleidigt. Zeug_inn_en helfen der Frau. Der Täter, der in Begleitung einer Frau gleichen Alters und mit einer Bomberjacke bekleidet ist, kann fliehen.

indymedia, 12.02.2009

#6

4. Februar 2009

Berlin-Charlottenburg Ein dunkelhäutiger Mann angolanischer Herkunft wird von zwei Männern im Alter von 22 und 43 Jahren am Bahnhof Zoo rassistisch beleidigt, angegriffen und geschlagen. Die Bundespolizei nimmt die beiden Männer fest.

Berliner Zeitung, 6.02.2009

#5

31. Januar 2009

Berlin-Treptow, S-Bahn Ein dunkelhäutiger Mann wird um 7 Uhr 15 in der S-Bahn zwischen Treptower Park und Bahnhof Schöneweide von zwei circa 20-jährigen offensichtlich rechten Frauen rassistisch beleidigt und zusammengeschlagen. Keiner der anwesenden Fahrgäste kommt ihm zur Hilfe. Alle Drei steigen am Bahnhof Schöneweide aus, wo der Mann weiter attackiert wird.

Register Treptow-Köpenick

#4

23. Januar 2009

Berlin-Friedrichshain Eine Gruppe Jugendlicher wird von drei Neonazis vom U-Bahnhof Samariterstraße in den Bereich südlich der Frankfurter Allee verfolgt und bedroht. Als sie vor einem Kulturprojekt in der Scharnweberstraße angekommen, greifen die Nazis an. Die Gruppe wehrt sich und bleibt unverletzt.

indymedia, 24.01.2009
Antifa Friedrichshain**#3**

20. Januar 2009

Berlin-Weißensee Gegen 18 Uhr 45 wird eine alternativ gekleidete Jugendliche auf der Langhansstraße von einer Frau bedroht. Die Frau im Nazi-Skin-Outlet beschimpft sie als „Scheißzecke“ und bedroht sie mit ihrem Pitbull.

North-East Antifascists (NEA)

#2

11. Januar 2009

Berlin-Pankow, S-Bahnhof Blankenburg Gegen 2 Uhr 15 verlassen 20 jugendliche Touristen aus Dänemark den Zug auf dem S-Bahnhof Blankenburg, nachdem sie während der Fahrt Richtung

Zepernick von anderen Fahrgästen beleidigt worden sind. Auf dem S-Bahnhof Blankenburg wird einem 24-jährigen Dänen von einem 17-Jährigen mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Ein weiterer Angreifer erhebt seinen Arm laut Zeugenaussagen zum „Hitlergruß“. Die Angreifer flüchten und werden am S-Bahnhof Karow von der Bundespolizei festgenommen.

Polizei Berlin, 11.01.2009

Die Welt, 11.01.2009

Berliner Zeitung, 12.01.2009

#1

6. Januar 2009

Berlin-Friedrichshain, S-Bahn-

hof Ostkreuz Im Eingangsbereich des S-Bahnhofs Ostkreuz wird ein 38-jähriger Mann, der als der Punk-Szene zugehörig beschrieben wird, von drei unbekanntem Männern beleidigt, geschlagen und getreten. Gegen 4 Uhr 45 beobachtet ein LKW-Fahrer den Angriff und alarmiert die Polizei. Die Täter, die laut Opfer der rechten Szene angehören, entkommen unerkannt. Der Punk wird verletzt ins Krankenhaus eingeliefert.

Polizei Berlin, 6.01.2009

Tagesspiegel, 6.01.2009

Die Welt, 6.01.2009

Neues Deutschland, 9.01.2009

Antifa Friedrichshain

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

**Mobile Beratung gegen Rechts-
extremismus:** *Ladenschluss jetzt! Kommunale Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremer Infrastruktur*, Berlin 2009
www.mbr-berlin.de/rcms_repos/attach/Ladenschluss_Jetzt_Web.pdf

Bianca Klose, Matthias Müller u.a.
(MBR): *Entwicklung von Standards und Empfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus in der Jugendarbeit. Erfahrungen im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick* in: *deutsche jugend – Zeitschrift für Jugendarbeit*, Heft 1, Januar 2009, Jg. 57

Vera Henßler, Juliane Lang, Yves Müller, Mathias Wörsching: *In der BVV kann der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht gewonnen werden, muss dort aber dennoch geführt werden*, herausgegeben vom VdK e.V., Berlin 2009
www.mbr-berlin.de/Verein/704.html

Thorsten Gerald Schneiders (Hg.): *Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen*, Wiesbaden 2009

Matthias Schmidt: *Rechtsextreme in Kommunalparlamenten am Beispiel der NPD in der BVV Treptow-Köpenick*, in: Braun, Geisler, Gerster (Hg.): *„Strategien der extremen Rechten“*, Wiesbaden 2009

Ulli Jentsch: *Über die Kommunen in den Bundestag. Zum Profil der ‚Kommunalpolitischen Vereinigung‘ (KPV) der NPD bei der Professionalisierung brauner Kommunalpolitik*, in: Burschel (Hrg.): *Stadt - Land - Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz*, Berlin 2010
www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte_63.pdf

Frank Überall: *„Ich bin die Strafe.“ Rechtspopulismus der „Pro-Bewegung“ am Beispiel ihres Antragsverhalten im Kölner Stadtrat*, Köln 2010
www.laga-nrw.de/data/laga_ueberall_broschura5_endfassung.pdf
www.laga-nrw.de/data/laga_ueberall_broschura5_endfassung.pdf

Jan Buruma: *Die Grenzen der Toleranz. Der Mord an Theo van Gogh*, München 2007

Eberhard Seidel, Sanem Kleff: *Stadt der Vielfalt. Das Entstehen des neuen Berlin durch Migration*, Berlin 2009
www.schule-ohne-rassismus.org/.../pdf/stadt_der_vielfalt_bf.pdf

Heiner Bielefeldt et.al (Hrg.): *Religionsfreiheit*, Jahrbuch Menschenrechte 2009, Köln/Weimar 2008.

PROJEKTADRESSEN



**Mobile Beratung gegen
Rechtsextremismus Berlin**

Chausseestraße 29
10115 Berlin
Tel.: 030 - 240 45 430
Fax.: 030 - 240 45 319
info@mbr-berlin.de
www.mbr-berlin.de



**ReachOut – Opferberatung und
Bildung gegen Rechtsextremismus,
Rassismus und Antisemitismus**

Oranienstraße 159
10969 Berlin
Tel.: 030 - 695 68 339
Fax.: 030 - 695 68 346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de



**apabiz
Antifaschistisches
Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin**

Lausitzer Straße 10
10999 Berlin
Tel./ Fax.: 030 - 611 62 49
mail@apabiz.de
www.apabiz.de



**Auseinandersetzung mit
Rechtsextremismus in den
kommunalen Gremien Berlins –
Dokumentation und Analyse**

Chausseestraße 29
10115 Berlin
Tel.: 030 - 275 95 027
Fax.: 030 - 240 45 319
dokumentation-und-analyse@vdk-berlin.de
www.mbr-berlin.de/BVV

IMPRESSUM

Berliner Zustände 2009

Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus und Rassismus

Herausgeber/innen: apabiz und MBR

ViSdP: C. Schulze c/o apabiz e.V., Lausitzer Straße 10, 10999 Berlin

Gestaltung: 123comics

Druck: DT

Schutzgebühr: 3 Euro

Diese Publikation wird Ihnen für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgebenden und Autor/innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur in nicht-kommerziellen Publikationen bei Angabe der Quelle sowie Zusendung eines Belegexemplars gestattet. Bitte senden Sie uns im Fall der Weiterverarbeitung in anderen Dokumenten vorab die entsprechenden Passagen zur Autorisierung zu. Die Weiterverwendung in kommerziellen, insbesondere mehrwertssteuerpflichtigen Publikationen bedarf der ausdrücklichen schriftlichen Zustimmungen der Herausgebenden und Autor/innen.

Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen/verlinkten Seiten ist stets der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich. Entsprechende Seiten wurden zum

Zeitpunkt der Verlinkung auf mögliche Rechtsverstöße überprüft. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist jedoch ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir entsprechende Links umgehend entfernen.

Die herausgebenden Projekte werden gefördert durch das „Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration (apabiz und MBR) und durch das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (MBR).

Wir danken den Fördermitgliedern des apabiz, deren Spenden uns die Erstellung dieser Publikation ermöglicht haben.



www.berliner
ratschlag fuer
demokratie.de



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

